BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

März 1962 DM 2,–
Postverlagsort Köln - G 1800 E

Hermann 35

INHALT

- Chronik des Monats Februar 1962 S. 161
- Die Lage S. 165
- Kommentare S. 172

- Dr. Ernst Schwarz: Wiedervereinigung — Utopie und Wirklichkeit S. 176
- Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik (Aus einer Dokumentation, II) S. 182
- Robert Scholl: Die EWG und der kleineuropäische Organisationsdschungel S. 185
- Oreste Rosenfeld, Paris: Das deutsche Problem — vom Ausland gesehen S. 192
- Gerd Lauschke: Was tut sich in England? S. 197
- Fenner Brockway, M. P.: Afrika 1962 S. 205
- Prof. Dr. Dr. Walther Maas: Was ist und was will Sozialgeographie? S. 210

- Anmerkungen, Glossen, Zuschriften (u. a.: Führende österreichische Wissenschaftler warnen vor Luftschutz-Legende) S. 214
- Buchbesprechungen S. 219

- Dokumente zum Zeitgeschehen (u. a.: Die Antwort an Moskau. Das Memorandum der Acht) S. 224

HERAUSGEBER:

Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VII. Jahrgang Heft 3

Vorgesehen sind u. a.:

Hans Andresen:
Der säkulare Konkurrenzkampf der Gesellschaftssysteme

Fenner Brockway, M.P.:
Kolonialismus und Rassismus

Peter J. Loewenberg:
Der Rechtsradikalismus in USA

Pastor Voge, Paris:
Zur Krise in der Welt und um Berlin

Klaus Ehrler:
Rußlands zweiter Großer Oktober (2. Teil)

Wolfgang Baranowsky:
Sind Meinungsumfragen demokratisch?

In den letzten Heften u. a.:

Prof. Dr. Geoffrey Barraclough:
Das Ende einer Illusionspolitik (9/61)

Prof. Dr. Erich Fromm:
Das neue kommunistische Programm (10/61)

Prof. Dr. Linus Pauling:
Dringender denn je: Allgemeine und totale Abrüstung (11/61)

Prof. Dr. Anton Neuhäusler:
Der Papst und das christliche Gewissen (12/61)

Albert J. Luthuli, Friedensnobelpreisträger:
Afrika und die Freiheit (1/62)

Dr. Hermann Rauschning:
Das erste Jahr John F. Kennedy's (2/62)

Konni Zilliacus, M. P.:
Die Vereinten Nationen in der Perspektive (2/62)

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Telefon 21 53 36; Postscheckkonto Köln 65 14; Bankverbindung: Deutsche Bank, Köln.

Erscheinungsweise Anfang jeden Monats zum Preise von DM 2,—, zuzüglich DM —,15 Porto oder DM —,03 Postzustellgebühr.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe.

Sprechstunde der Redaktion: Montags von 15 bis 17 Uhr.

Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden. Printed in Germany.

BLÄTTER

FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

HERAUSGEBER: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen

VII. Jahrgang | **März 1962** | **Heft 3**

Chronik des Monats Februar 1962

1. 2. — Portugal. Mit Schußwaffen und Tränengasbomben geht die Polizei in der Hafenstadt Oporto gegen demonstrierende Gegner des Diktators Salazar vor.

— Warschauer Pakt. Über die „Festigung der Vereinigten Streitkräfte" beraten in Prag die Verteidigungsminister der östlichen Militärorganisationen. Albanien nimmt an der Tagung nicht teil.

— Deutschland-Frage. In Moskau gehen die Sondierungsgespräche zwischen USA-Botschafter Thompson und Außenminister Gromyko weiter.

2. 2. — Tarife. Mehr als 85% der organisierten Metallarbeiter Baden-Württembergs unterstützen die Forderung ihrer Gewerkschaft (10% Lohnerhöhung, 6 Tage Mehrurlaub) in einer Urabstimmung. — In einigen bayerischen Betrieben kommt es zu Warnstreiks.

— Vatikan. Durch päpstlichen Erlaß werden 3000 katholische Amtsträger zum Zweiten Ökumenischen Konzil am 11. Oktober 1962 nach Rom eingeladen.

4. 2. — Kuba. In einer „zweiten Deklaration von Havanna" protestiert die Generalversammlung des kubanischen Volkes gegen den Ausschluß des Landes aus der Organisation amerikanischer Staaten.

4.—5. 2. — Finnland. Die Bauern-Partei des Präsidenten Kekkonen geht mit 55 (bisher 47) Sitzen als stärkste Fraktion aus der Reichstagswahl hervor. — 199 der 300 Wahlmännerstimmen erhält Kekkonen bei seiner Wiederwahl zum Staatspräsidenten am 8. Februar.

5. 2. — Frankreich. Eine „Absage an die Integration" sehen Beobachter in der Formulierung de Gaulle's, Frankreich werde nur „zum Aufbau einer organisierten Staaten-Union" bereit sein. In seiner Rundfunkansprache kündigt der Präsident einen baldigen Frieden in Algerien an und rühmt sich der „selbständigen französischen Atomstreitmacht".

— Neu-Guinea. Verärgerung in den Haag rufen Entscheidungen der amerikanischen und japanischen Regierung hervor, die Zwischenlandungen holländischer Truppentransporte nach Neu-Guinea auf ihren Territorien verbieten.

6. 2. — Notstand. „Modifizierte Zustimmung" nennen einige Kommentatoren die sechs Grundsätze, die der SPD-Abgeordnete Schmitt-Vockenhausen im Namen der Sozialdemokraten zu den Notstandsplänen des Bundesinnenministers abgibt.

— EWG. Der schwedische Ministerpräsident Erlander führt in St. Gallen (Schweiz) aus, Schweden werde „eine möglichst enge Zusammenarbeit mit der EWG" nur eingehen, wenn seine Neutralitätspolitik gewahrt bleibe. Mit dem Hinweis auf die politischen Ziele der römischen Verträge sei

in jüngster Zeit häufig versucht worden, Schweden zur Aufgabe seiner Bündnislosigkeit zu veranlassen.

7. 2. — N A T O. Im Gegensatz zu den Erklärungen von Bundesverteidigungsminister Strauß und Generalsekretär Stikker lehnt der norwegische Außenminister Lange vor dem Storting „eigene Atomwaffen der NATO" ab.

— T s c h e c h o s l o w a k e i. Der stellvertretende Regierungschef Rudolf Barak verliert wegen „Mißbrauchs seiner Funktion als Innenminister, der illegalen Verwendung von Staatsgeldern und Vergehens gegen die sozialistische Gesetzlichkeit" seine Staats- und Partei-Ämter.

— V i e t n a m. Unter Bezeichnung „US-Military Assistance Command Viet-Nam" errichtet das Pentagon in Süd-Vietnam ein Militär-Kommando unter einem Vier-Sterne-General. Nordöstlich der Hauptstadt Saigon treffen weitere dreihundert Soldaten und 21 Flugzeuge aus den USA ein.

8. 2. — C D U. Seinen Austritt aus der Partei erklärt der Verleger Dr. Gerd Bucerius, nachdem der CDU-Bundesvorstand seine weitere Mitgliedschaft in Frage gestellt hatte. Bucerius, der im Herbst 1961 gegen die Wiederwahl Dr. Adenauers zum Bundeskanzler öffentlich aufgetreten ist, legt gleichzeitig sein Abgeordneten-Mandat nieder.

— F r a n k r e i c h. Der Polizeipräfekt läßt das Feuer auf Demonstranten eröffnen, die im Pariser Stadtzentrum gegen den Terror der OAS protestieren. Acht Menschen kommen dabei ums Leben.

— A r g e n t i n i e n. Nach der ultimativen Aufforderung durch die Staatssekretäre der Armee sieht sich Staatspräsident Frondizi gezwungen, die diplomatischen Beziehungen zu Kuba abzubrechen. Argentinien hatte sich in Punta del Este (22. bis 30. 1.) der Stimme enthalten.

— L u f t k o r r i d o r e. Eigene Rechte auf Flüge in den nach Westberlin führenden Flugschneisen macht der sowjetische Vertreter in der Alliierten Luftsicherheits-Zentrale geltend. In einer Note an die Westmächte erklärt das sowjetische Außenministerium, diese Rechte seien der Roten Armee von den DDR-Behörden eingeräumt worden, die über ihren Luftraum volle Souveränität besitzen.

9. 2. — A b r ü s t u n g. Zugleich mit der Ankündigung von Vorbereitungen „an verschiedenen Orten" für neue Kernwaffenversuche veröffentlichen Kennedy und Macmillan eine Botschaft an Chrustschow, in der sie eine Außenministerkonferenz zur Eröffnung der am 14. März beginnenden Abrüstungsgespräche anregen und vorschlagen, die Regierungschefs sollten „eine persönliche Verantwortung" dafür übernehmen. — Daraufhin lädt der Kreml schon wenige Tage später zu einem „Gipfeltreffen" über Fragen der Abrüstung nach Genf ein.

9.—10. 2. — D e u t s c h l a n d f r a g e. Die Botschafter der Bundesrepublik in Washington, Moskau, London, Paris, Rom und bei der NATO beraten unter Vorsitz von Außenminister Schröder die Bonner Antwort auf das sowjetische Memorandum. — Bundeskanzler Adenauer und CDU-Fraktions-Chef von Brentano hatten schon vorher die von Moskau vorgeschlagenen direkten Gespräche abgelehnt und den FDP-Vorsitzenden Mende wegen seiner abweichenden Stellungnahme getadelt.

10. 2. — O s t - W e s t - K o n t a k t e. Auf der Glienicker-Brücke in Potsdam erfolgt die Freilassung des im Sommer 1960 über der Sowjetunion abgeschossenen und wegen Luftspionage zu zwölf Jahren Haft verurteilten U-2-Piloten Francis G. Powers. Präsident Kennedy amnestiert gleichzeitig Oberst Abel, der 1957 unter dem Vorwurf der Ausspähung militärischer Geheimnisse zugunsten sowjetischer Nachrichtendienste zu dreißig Jahren Gefängnis verurteilt worden war.

10. 2. — T a r i f e. Mit einem Kompromiß (6% Lohnerhöhung und verschiedene Urlaubsverlängerungen) enden die Tarifverhandlungen der Metallindustrie in Baden-Württemberg. Die neue Vereinbarung gilt als Rahmen auch für die übrigen Tarifbezirke der Bundesrepublik. — Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, der Deutsche Beamten-Bund und die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands kündigen die Lohn- und Gehaltsabkommen für ihre Berufszweige.

— Italien. Der bisherige Ministerpräsident Fanfani erhält den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung (mit der parlamentarischen Unterstützung der Linkssozialisten).

— Berlin. Sowjetische Militärbehörden verweigern die Annahme eines westlichen Protestes gegen die Einbeziehung Ost-Berlins in das Wehrpflichtgesetz der DDR.

13. 2. — Frankreich. Zu der eindrucksvollsten Kundgebung seit der Befreiung von Paris im August 1944 versammeln sich viele hunderttausend Einwohner der französischen Hauptstadt, um die Toten der blutigen Unruhen vom 8. Februar zum Friedhof zu geleiten.

14. 2. — Gipfeltreffen. Eine „Konferenz auf höchster Ebene" soll nach Ansicht von Präsident Kennedy und Premierminister Macmillan erst stattfinden, wenn die „klärende Arbeit in den Anfangsstadien der Abrüstungsverhandlung" geleistet ist.

— Berlin. Zu einem Besuch des britischen Stadtkommandanten benutzt der Chef der in Ost-Berlin stationierten sowjetischen Militär-Einheiten, Oberst Solowjew, einen direkten Übergang zum britischen Sektor. Amerikanische Behörden hatten dem Oberst die Einfahrt über den in ihrem Sektor liegenden Ausländer-Übergang Friedrichstraße vorher verweigert .

— Abrüstung. Die Delegationen der drei Atommächte in Genf, deren gemeinsame Konferenz am 29. 1. auf westlichen Antrag vertagt worden war, nehmen wieder „informelle Kontakte" auf.

15. 2. — Adenauer — de Gaulle. Völlig überraschend treffen in Baden-Baden die beiden Regierungschefs zusammen, um die Ost-West-Beziehungen und die weitere „Einigung Europas" zu besprechen. Beobachter vermuten, daß auch die „atomare Zusammenarbeit" zwischen der Bundesrepublik und Frankreich zur Sprache gekommen ist.

— Kuba. Der Rat der Organisation Amerikanischer Staaten vollzieht in Washington den schon in Punta del Este (22.—30. 1.) beschlossenen Ausschluß Kubas. — Nach einer Kuba-Debatte in den Vereinten Nationen begibt sich der Sonderberater des US-Präsidenten, Prof. Walt Rostow, am 17. 2. nach Paris, um die Mitgliedstaaten der NATO für ein Wirtschaftsembargo gegenüber der Inselrepublik zu gewinnen.

16.—25. 2. — Indien. Die regierende Kongreß-Partei des Ministerpräsidenten Nehru muß Stimmenverluste bei den Wahlen zum Zentralparlament und den Landtagen hinnehmen.

17. 2. — UNO. Einen ständigen Sitz für Indien im Sicherheitsrat als Teil der „notwendigen Reformen" und die Aufnahme der Volksrepublik China in die Weltorganisation fordert der britische Oppositionsführer Gaitskell in New York.

17.—18. 2. — Algerien. Die mehrwöchigen algerisch-französischen Geheimgespräche gehen mit der Paraphierung eines umfangreichen Vertragstextes zu Ende. Das Statut für die Unabhängigkeit Algeriens — das sechs Monate nach der Verkündung einer Volksabstimmung unterliegt — soll Garantien zum Schutz der europäischen Minderheit und Bestimmungen über die künftigen wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Bindungen mit Frankreich enthalten. — Noch am Vorabend der Unterzeichnung versuchen in Nordafrika stationierte Militärs, die Verhandlungen durch einen Feuerüberfall auf die marokanische Region Oujda zum Scheitern zu bringen.

18. 2. — Wirtschaft. Die „Lohnexpansion" gefährde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie im Gemeinsamen Markt und gegenüber den Vereinigten Staaten, erklärt Bundesminister Erhard zur Eröffnung der Frankfurter Messe und kündigt staatliche Maßnahmen an, falls seine „letzte Warnung" überhört werde.

— Ost-West-Kontakte. In englischer Sprache richtet Frau Nina Chrustschowa über mehrere amerikanische Fernsehstationen einen Appell an die Frauen der USA.

19. 2. — Kernwaffen. In der Wüste von Newada finden zwei weitere unterirdische Atomexplosionen statt. Die Zahl der amerikanischen Versuche seit September 1961 erhöht sich damit auf sechzehn.

20. 2. — Weltraum. Amerikas Astronaut John Glenn gelingt in der Mercury-Kapsel des Weltraumschiffs „Friendship 7" die

dreimalige Umkreisung der Erde und die Landung im vorgesehenen Zielgebiet. — In einem Telegrammwechsel sprechen sich Kennedy und Chrustschow für eine Zusammenarbeit beider Länder in der Weltraumforschung aus.

21. 2. — Deutschland-Frage. Botschafter Kroll überreicht im sowjetischen Außenministerium die Antwort der Bundesregierung auf das Memorandum vom 27. Dezember 1961 (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen"). — Die „New York Times" berichtet aus Bonn, der Bundeskanzler habe vor seiner Fraktion eine „baldige Ost-West-Außenministerkonferenz über Berlin" angeregt, um die Gespräche zwischen US-Botschafter Thompson und Außenminister Gromyko zu beenden und „unnötige Konzessionen" zu vermeiden.

— Wirtschaftsblöcke. Gegen die zunehmende wirtschaftliche Blockbildung wenden sich Präsident Nasser und sein jugoslawischer Kollege Tito in einem Kommunique. Die damit verbundene Diskriminierung dritter Länder sei eine Gefahr besonders für die neuentstandenen Staaten Asiens und Afrikas. — Aus Kairo wird von den Bemühungen neutraler Politiker um eine Wirtschaftskonferenz der „nichtgebundenen" Staaten berichtet.

22. 2. — Türkei. Regierungstruppen schlagen einen Staatsstreich nieder, hinter dem Anhänger des ehemaligen Ministerpräsidenten Menderes vermutet werden.

22.—24. 2. Berlin. Auf die Frage eines Journalisten antwortet Justizminister Robert Kennedy, der auf einer Weltreise zunächst Berlin und später auch Bonn besucht, über „die Mauer" könne nur nach einer Verminderung der internationalen Spannungen mit den Sowjets verhandelt werden. Kennedy bestätigt die amerikanischen Garantien für Westberlin. — Der jüngste Bruder des US-Präsidenten, Edward Kennedy, unternimmt einen Abstecher nach Ostberlin und legitimiert sich gegenüber den DDR-Behörden.

22.—27. 2. — Algerien. Während in Tripolis (Libyen) der algerische Nationalrat (CNRA) über die Unabhängigkeits-Verträge mit Frankreich berät, entfesselt die OAS in Nordafrika eine Welle von Anschlägen und Morden. Die Exilregierung erhält Vollmacht, die Verhandlungen mit Paris abzuschließen. — Beobachter in der französischen Hauptstadt erwarten einen baldigen Waffenstillstand und für den Monat April eine Volksabstimmung und Parlamentsneuwahlen im Mutterland.

24. 2. — Deutschland-Frage. Acht protestantische Persönlichkeiten, unter ihnen die Atomphysiker von Weizsäcker und Heisenberg, Mitunterzeichner des Göttinger Manifests von 1957, übergeben der Presse ein schon Ende vergangenen Jahres ausgearbeitetes Memorandum zur Politik der Bundesregierung. (Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen")

26.—27. 2. — DDR. Über die Deutschland- und Berlin-Frage und weitere Warenkredite an die DDR konferiert der Staatsratsvorsitzende der DDR Ulbricht mit Ministerpräsident Chrustschow in Moskau.

27. 2. — Süd-Vietnam. Zum drittenmal innerhalb seiner Amtszeit wird auf den südvietnamesischen Staatspräsidenten Ngo Dinh Diem ein Attentatsversuch unternommen. — Diem regiert bereits seit Oktober 1961 mit dem Ausnahmezustand.

— Fernsehen. Auf seiner ersten Sitzung kann sich der Rat der neugegründeten Länderanstalt „Zweites Deutsches Fernsehen" nicht auf einen Intendanten einigen. Der einzige Kandidat, der CDU-Fraktionsgeschäftsführer Bruno Heck, erhält nicht die notwendige Stimmenmehrheit.

28. 2. — Affäre Kroll. Das Auswärtige Amt leitet eine Untersuchung gegen den Botschafter in Moskau ein, weil dieser „in kleinem Kreis" für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Entmilitarisierung West-Berlins und engere Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion eingetreten sein soll.

Die Lage

Bonn will mit NATO identisch werden

Es ist immer wieder einmal vonnöten, den Film der täglich wechselnden Ereignisse anzuhalten und sich zu fragen: Wo stehen wir, worum geht es im Grunde? Wir meinen hier damit weniger das weite Gebiet der internationalen Politik mit allen seinen Verflechtungen (über verschiedene Themen aus diesem Bereich findet der Leser Ausführungen an anderer Stelle unseres Heftes), als vielmehr die Verhältnisse in unserem eigenen Lande, die ja beklagenswerterweise nicht nur so sind, daß sie uns Landeskinder immer von neuem mit Sorge erfüllen müssen, sondern von denen auch auf die wechselseitigen Beziehungen der über Krieg und Frieden entscheidenden Großmächte Wirkungen ausgehen.

Man hat sich angewöhnt, vom „Bonner Immobilismus" zu sprechen. Es ist an der Zeit, auch hier zu differenzieren. Was den längst fälligen aktiven eigenen Beitrag zu Entspannung, Abrüstung und dergleichen mehr betrifft, verharrt Bonn zwar nach wie vor in seinem schon sprichwörtlich gewordenen Immobilismus, doch darf das niemanden zum Trugschluß verleiten, in Bonn werde „überhaupt nichts getan": In einer bestimmten Richtung ist „Adenauer und seine Mannschaft" alles andere als immobilistisch. Um diese Richtung zu bestimmen, braucht man nur zwei Worte unseres so kraftgeladenen, so wendigen Verteidigungsministers Strauß einander gegenüberzustellen. Das erste — es solle dem die Hand abfallen, der noch einmal ein Gewehr in die Hand nimmt — stammt aus jenen Nachkriegsjahren, als die Notwendigkeit eines grundlegenden Wandels bei uns noch allgemein anerkannt wurde, das zweite — ein Staat sei erst dann voll souverän, wenn er über Atombomben verfüge — ist taufrisch und macht jedem schlagartig klar, was aus der Bundesrepublik Deutschland von heut auf morgen geworden ist: ein Rüstungsstaat mit einem Militärbudget von 16 Milliarden. In dieser Richtung also kann von einem „Bonner Immobilismus" keine Rede sein. Mit deutscher Gründlichkeit, mit deutschem Fleiß, mit deutscher Tüchtigkeit, aber auch mit deutscher Sturheit wird unbeugsam und einsichtslos haargenau dort nach einer Lösung gesucht, wo sie nach zwei verlorenen Weltkriegen nicht zu finden sein k a n n: in jenem äußerlichen Sich-stark-machen, an dem schon das Zweite und das Dritte Deutsche Reich zugrundegegangen sind.

Natürlich ist diese Parallele nicht als völlige Deckungsgleichheit zu verstehen. Kaiser Wilhelm war ein hypertropher Chauvinist, Hitler das Inbild des größenwahnsinnig gewordenen deutschen Kleinbürgers. Adenauer ist das alles nicht; Adenauer rüstet auch nicht national auf, sondern supranational. Der Effekt bleibt allerdings so ziemlich der gleiche, mag er diesmal auch nicht gewollt sein: Wieder ist ein Deutschland entstanden, das spannt statt entspannt, wieder wird in Deutschland auf eine Art Politik gemacht, die man nur mit dem ständigen Anziehen einer Saite vergleichen kann, — wieder einmal so lange, bis sie reißt?

Niemand kann der Bonner Politik — die sich ja in erster Linie in ihrer Wirkung nach Osten hin versteht — Konzeptionslosigkeit vorwerfen, und es ist notwendig, ihr Konzept so klar und so einfach wie möglich zu begreifen. Es lief von Anfang an darauf hinaus, die in Osteuropa und in Ostdeutschland in direkter und zwingender Folge des Zweiten Weltkrieges eingetretenen Verhältnisse nicht zu akzeptieren, sondern sie ideologisch ständig anzugreifen und sie eines Tages vermöge der eigenen Stärke zu beseitigen. „Erst stark werden, dann verhandeln" bedeutete: So stark werden, daß die Russen kapitulieren. Aus diesem Grunde — und nicht, um gegen einen nie drohenden Angriff aus dem Osten gewappnet zu sein — ist die Bundesrepublik, als die westliche strategische Konzeption ihr dies

nahelegte, so bereitwillig in die NATO eingetreten. Die Einbeziehung Osteuropas in die „Befreiungs"-Konzeption („bis zum Ural", hieß es gelegentlich sogar) verflüchtigte sich unter der Kraft der Wirklichkeit immer mehr, bis schließlich im großen und ganzen nur Ostdeutschland übrig blieb. Eine in NATO integrierte Bundesregierung, die sich und ihr schnell wachsendes, immer besser ausgerüstetes Militär wechselweise als „Schild" und „Speerspitze", jedenfalls aber als verlängerten, in ausgestrecktem Zustand in den Osten hineinragenden Arm der großen atlantischen Macht empfand, rechtfertigte diese ihre Politik der gewaltigen einseitigen Anstrengung vor sich und der Welt immer wieder mit der Versicherung, die Alliierten hätten Bonns Sache der „Befreiung der Brüder und Schwestern in der Zone" zu ihrer eigenen gemacht, — konkreter: im Falle einer akuten Krise würde die atlantische Macht nicht zögern, Bonns fixer Idee zuliebe blankzuziehen und notfalls einen Krieg zu riskieren.

Eine solche akute Krise hat es gegeben: am 13. August 1961. Aber die Alliierten haben nicht blankgezogen. Die Amerikaner, die Engländer, die Franzosen, sie alle haben dem Bau der Berliner Mauer seelenruhig zugesehen, und so blieb auch Bonn nichts anderes übrig, als das gleiche zu tun. Seit diesem Tage — der einen Wendepunkt in der Nachkriegsgeschichte markiert — liegt eines offen zutage: Bonns Verbündeten ist — und das zeugt nur für ihre Normalität — trotz aller Beteuerungen und trotz NATO-Bruderschaft das Hemd näher geblieben als die Jacke; ihre Interessen liegen anderswo als in Träumereien an deutschen Kaminen; keiner von ihnen wird wegen der deutschen Teilung riskieren, das Dach über dem eigenen Haupt in Flammen aufgehen zu lassen. Nur die extreme Welt- und Zeitfremdheit eines noch im 19. Jahrhundert lebenden alten Mannes am idyllischen deutschen Rhein hatte etwas anderes ernsthaft in Rechnung stellen können. Womit nicht gesagt sein soll, das Problem der Bonner Illusionspolitik sei an die Person Adenauers gebunden. Adenauer ist nicht allein; in gewisser Hinsicht ist er sogar nur ein Exponent alter, gefährlicher Hintergrundskräfte.

Seit dem 13. August 1961 ist Konrad Adenauer von den Amerikanern mehr oder weniger unverhüllt enttäuscht. Und man sage nicht, die mit jenem schwarzen Sonntag unerläßlich gewordene Revision der Boner Politik habe nicht stattgefunden; sie hat stattgefunden, allerdings wieder einmal in der falschen Richtung. Nicht das Verhältnis zur Sowjetunion und zur DDR wurde einer Prüfung unterzogen, sondern das Verhältnis zu den NATO-Partnern, — mit dem Ergebnis, daß es fortan gelte, das Ziel — das man m i t NATO im Rücken nicht hatte erreichen können — nunmehr d u r c h NATO anzusteuern. Der Unterschied zwischen diesen beiden Präpositionen macht alles deutlich; es ist ein Unterschied wie zwischen „haben" und „sein". Man hatte die NATO gehabt — aber NATO hatte zugelassen, daß jener zweite deutsche Staat, der angeblich gar nicht existierte, seine offene Grenze dicht machte und nach Westen hin in einem nicht für möglich gehaltenen Ausmaß machtpolitisch auftrumpfte. Nun wollte man selbst NATO w e r d e n — in der immer noch nicht aufgesteckten Hoffnung, auf diese Weise um ein Arrangement mit dem Osten auf dem Boden der gegebenen Tatsachen doch noch herumzukommen.

Wenn Adenauer de Gaulle gegenüber einen möglichst hohen Grad politischer Integration Westeuropas durchsetzen will, wenn Strauß die Vision einer Atlantischen Union entwirft, wenn Bonn nach wie vor zäh und unbeirrt am Widerstand der Angelsachsen gegen eine eigene thermonukleare Bewaffnung der NATO herumnagt, wenn die Tendenz festzustellen ist, immer mehr Führungspositionen im Bündnisapparat mit Deutschen zu besetzen, so ist das alles nichts anderes als der Versuch, sich von hinten in die NATO hineinzufressen wie beim Baron Münchhausen der Wolf in das Pferd, das zwar noch mit seinen eigenen Beinen

läuft, innerlich aber schon nicht mehr es selber ist. Es wird immer offenkundiger: Nach Adenauers Vorstellungen sollten die Bundesrepublik Deutschland und NATO militärisch, politisch und wirtschaftlich bis zur völligen Identität ineinandergeschoben werden, so daß Bonns ostwärtige Begehrlichkeit und die Interessen der Bündnismächte schließlich doch noch e i n s werden — und zwar eins unter den Auspizien einer zunehmenden Majorisierung durch die Deutschen. Das wäre in dem Augenblick realisiert, wo die NATO eine eigene Atommacht würde; denn da die drei übrigen stärksten Partner, USA, Großbritannien und Frankreich, ohnehin schon über Atomwaffen verfügen, käme das praktisch einer Übergabe der Massenvernichtungsmittel in die Hände der deutschen Bundeswehr gleich, — einer Truppe, deren Dienstherrschaft bis heute auf die im Zweiten Weltkrieg im Osten verlorenen Gebiete nicht verzichtet hat und die bis heute nicht erkennen läßt, daß sie, und sei es auch nur unter gewissen Bedingungen, bereit ist, die Existenz eines zweiten deutschen Staates formell anzuerkennen. Daß eine solche Entwicklung ein direkter Schritt in Richtung auf einen dritten Weltkrieg wäre, braucht nicht besonders erläutert zu werden.

Ebenso einleuchtend ist, daß Bonns geradezu traumatische West-Angleichung nicht mehr deutsche Politik genannt werden kann. Es ist schon würdelos, in welchem Ausmaß hier ein einziger Partner einer Allianz, deren übrige Mitglieder allesamt mit kühlem Kopf in erster Reihe an sich selbst denken, eine Politik kreiert, die der Geschichte des eigenen Volkes den Rücken zuwendet. Wir sind ein Volk, das zwischen West und Ost in die Mitte gebettet ist; dieser nicht aus der Welt zu schaffenden Grundtatsache unserer Existenz trägt die Politik unserer gegenwärtigen Regierung nicht Rechnung. Sie ist nicht einmal gute Teilstaatenpolitik, geschweige denn deutsche Politik zu Nutz und Frommen des ganzen Volkes. Sie liegt letzten Endes aber auch nicht im Interesse unserer Verbündeten, denn sie strebt in der Konsequenz danach, aus den USA, aus England, aus Frankreich sozusagen Länder „direkt am Eisernen Vorhang" zu machen, und wir haben am 13. August bestätigt bekommen, daß die Regierungen dieser Länder dazu wenig Neigung verspüren. Sie wehren sich dagegen, den Punkt, von dem angefangen ihre eigenen Interessen berührt werden, von Konrad Adenauer bestimmen zu lassen. Und ihre Völker sehen nicht ein, warum sie die deutschen Kastanien aus dem Feuer holen sollten.

D e r W i d e r s t a n d w ä c h s t

Immer wieder wird von unvoreingenommenen Beobachtern der Verhältnisse in der Bundesrepublik die Frage gestellt: Wie kommt es, daß eine Politik, die so offenkundig von der Wiedervereinigung immer weiter weg führt, die zugunsten der Aufrüstung lebenswichtige öffentliche und kulturelle Aufgaben vernachlässigt, die ihre Beziehungen nur nach einer Seite hin regelt, nach der anderen aber sträfliche Nachlässigkeit walten läßt, die an politischen Notstandsgesetzen laboriert, die sich immer wieder gegen Verhandlungen zur Sicherung des Friedens sperrt, die nicht im Stande ist, sozialen Progreß und wirtschaftliche Stabilität zu garantieren, — wie kommt es, daß eine solche Politik von einer Wahl zur anderen die Zustimmung der Mehrheit findet? Das kann man sich leichter erklären, wenn man erfährt, daß, wie eine Meinungsumfrage ergeben hat, nur 39 % der Bundesbürger genau wissen, was der Bundestag ist, während 42 % ihn für die Regierung halten ... Das haben 12 Jahre Adenauer-Demokratie aus der nach dem Kriege mit soviel Elan angegangenen politischen und staatsbürgerlichen Bildung der deutschen Wählermassen gemacht! Dennoch sind wir der Überzeugung, daß die Mehrheit unserer Bürger gar nicht mehr „dafür" ist; ja, es mehren sich gerade in letzter Zeit die Anzeichen dafür, daß wir mehr und mehr von einer Minderheit

beherrscht werden, deren Interessen in zunehmenden Gegensatz zu den Interessen des Volkes geraten. Es gilt nur, dem Volk diese seine Interessen bewußt zu machen und die so gewonnenen Erkenntnisse politisch zu aktivieren. Dazu können verschiedene Stimmen und Ereignisse aus diesen Tagen das Ihre beitragen. Wenn wir einige wenige davon hier wiedergeben, so in der Gewißheit, daß hinter jedem einzelnen Namen Ungezählte stehen, die genau so denken.

Wie weit muß es doch gekommen sein, daß sogar Leute wie der als militanter Kalter Krieger bekannte Journalist Sebastian Haffner im Zusammenhang mit Bonns Versäumnissen nach dem 13. August erkennen müssen, daß „mit den Konzeptionen der frühen fünfziger Jahre, die immer noch ungelüftet die deutsche Politik bestimmen, schlechterdings nicht mehr weiterzukommen ist. Der Westen von heute ist durchaus nicht mehr der Westen von damals, auch im Osten hat sich manches geändert, die Machtrelationen, ja man möchte geradezu sagen, die Machtqualitäten sind anders geworden, kurz, Anpassungen sind unvermeidlich. Die einzige Frage ist, ob die Anpassungen ruhig, durchdacht, planmäßig und rechtzeitig erfolgen oder in letzter Minute in ausrutschender und übers Ziel hinausschießender Panik . . ."

Die Publizistin Margret Boveri, immer schon mutig und menschlich und um ein eigenes Urteil bemüht, veröffentlicht in einem dieser Tage erschienenen Buch mit dreizehn Beiträgen zur Deutschlandfrage („Berlin und keine Illusionen") eine Studie unter dem Titel „Im Irrgarten der Mauern". Darin bringt sie, die keineswegs „links" steht, die schöne und leider bei uns nicht selbstverständliche Courage auf, inmitten unseres ganzen Berlin-Fiebers, das die Scharfmacher weiterhin künstlich schüren, an einige simple historische Fakten zu erinnern: „Der Jahrestag der Spaltung Berlins wird allgemein am 30. November ‚gefeiert', an welchem sich ein Ostberliner Magistrat konstituierte. Tatsächlich sind aber schon am 6. September 1948 die Westberliner Stadtverordneten unter undurchsichtigen Umständen aus dem Gesamtberliner Magistrat in der Parochialstraße ausgezogen und haben in Westberlin das Parlament eröffnet, das seitdem für Westberlin verantwortlich gewesen ist. Die Konstituierung der Bundesrepublik erfolgte vor der Konstituierung der Deutschen Demokratischen Republik, die Aufstellung eines Bundesheeres vor der Aufstellung einer Volksarmee (wobei man darüber streiten kann, ob die kasernierte Volkspolizei damals schon den Charakter eines Heeres hatte). Die Bundesrepublik erhielt zuerst, die DDR ein Jahr darauf ihre, mit einigen Vorbehalten ausgestattete, Souveränität, und ebenso wurde die DDR erst Mitglied des Warschauer Pakts, nachdem die Bundesrepublik der NATO beigetreten war . . ."

Bei einer Tagung der Evangelischen Akademie in Berlin-Wannsee, die sich mit „Berlin — Geschichte, Aufgabe, Vision" befaßt, nannte Robert Jungk das Berlin von heute „die Stadt der Unvernunft" und plädierte dafür, aus Berlin — „ganz Berlin oder auch nur Westberlin" — eine Hauptstadt der Wissenschaften und damit eine Stadt der Vernunft zu machen. Auf der gleichen Tagung hängte ein Mitarbeiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung die Zweck-Euphorie gewisser Leute in bezug auf Werstberlin niedriger, indem er trocken feststellte: „Blühen kann diese Stadt nicht mehr. Sie kann sich bestenfalls halten und abwarten, bis die Teilung überwunden wird." Und der Tübinger Historiker Prof. Rothfels hielt nach der „Welt" „nicht viel von den Chancen, für Berlin die Rolle einer Hauptstadt wiederzugewinnen. Der Professor glaubt, daß Berlin am ehesten vor dem Verwelken geschützt wird, wenn die Vereinten Nationen ihr Hauptquartier und ihr Generalsekretariat dorthin verlegen". Alle solche Worte, und sie mehren sich von Tag zu Tag, sind kalte Duschen auf die Köpfe derer, die sich Westberlin auch nach dem 13. August nicht anders denn als „Pfahl im Fleisch des

Ostens" vorstellen können. Wo aber bleibt ein vernünftiger Vorschlag unserer Bundesregierung?

Während sie sich in Schweigen hüllt, muß sie erleben, daß sogar Mitglieder der Regierungskoalition (Mende, Dehler) direkte Verhandlungen zwischen Bonn und Moskau fordern. Die Stunde ist soweit fortgeschritten, daß auch Westberlins Bürgermeister Willy Brandt, sonst zur Bonner Außenpolitik völlig konform, nicht mehr anders kann, als — in einem Interview mit der „New York Herald Tribune" — für eine direkte Initiative der Bundesregierung in Moskau einzutreten. Gegenüber der von Tag zu Tag offener zutage tretenden Notwendigkeit, endlich zu verhandeln, hat es der Bonner Radikalismus immer schwerer.

Ein Nonkonformist aus den eigenen Reihen der CDU, der Hamburger Verleger und Bundestagsabgeordnete Gerd Bucerius, ist aus seiner Partei ausgetreten und hat sein Abgeordnetenmandat niedergelegt. Wenngleich er sich Mühe gab, seinem Schritt nicht das Gewicht einer Demonstration zu verleihen, hat der Vorfall — nicht der erste seiner Art — in der Öffentlichkeit doch Aufsehen erregt. Als Verlierer bleibt eine Partei zurück, deren Grenzen der Meinungsfreiheit nicht so weit gezogen sind, wie sie es von ihren Gegnern verlangt. Der Protestant Bucerius ist hingegen nur einer unter seinesgleichen; die letzten Tage haben beinahe mit eruptiver Stärke klar werden lassen, daß sich unter der evangelischen Mehrheit des deutschen Volkes ein zunehmendes Unbehagen über die Politik Konrad Adenauers breit macht. Das kommt sogar in einem politisch so zurückhaltenden, nur halb entschlossenen Dokument wie der „Handreichung zur Friedensfrage" der Evangelischen Kirche in Deutschland klar zum Ausdruck, wenn „Friede nur durch Koexistenz" proklamiert und gefordert wird, wir sollten „über erste Schritte nachdenken, die praktisch zu tun sind zur Entspannung, zur Entgiftung der Atmosphäre, zum Abbau des Hasses, zur Annäherung und Versöhnung. Wir sollten uns anstrengen, mit der Phantasie der Liebe Möglichkeiten zu entdecken und zu nutzen, wo wir schon heute trotz aller bestehenden Gegensätze zusammenarbeiten können. Das fordert Mut zum Risiko und das Wagnis des ersten Schrittes". Diese auf die Ost-West-Beziehung gemünzten Worte — die in so erklärtem Gegensatz zu Bonns „Keine Experimente" und „Keine Vorleistungen" stehen — erhalten durch Volumen und Substanz der Institution, die hinter ihnen steht, ihren besonderen Akzent.

Politisch konkreter drücken sich die acht „namhaften evangelischen Persönlichkeiten" aus, deren aufsehenerregendes Memorandum wir im Dokumentationsteil dieser Ausgabe im Wortlaut abdrucken. Man kann ruhig sagen, daß es der schwerste Hieb ist, der bisher aus dem „bürgerlichen Lager" gegen die Bonner Politik und den allein schon moralisch anrüchigen Konformismus unserer maßgebenden Parteien geführt worden ist. Zwar sind die Verfasser nicht frei von der mancherorts genährten Wunschvorstellung, man könne den zweiten deutschen Staat (den auch sie nicht zur Kenntnis nehmen) durch die förmliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze irgendwie loskaufen, während uns demgegenüber scheinen will, als wäre die Geschichte in Sachen deutsche Ostgrenze längst zur Tagesordnung übergegangen; aber vor allem an der militärpolitisch entscheidenden Erkenntnis: „Das Streben nach einer europäischen und nationalen Atomrüstung, die uns von Amerika unabhängig machen könnte, scheint uns militärisch illusorisch und politisch gefährlich" werden sich, bis hinauf in die Spitze, noch viele Diskussionen entzünden — und die Geister scheiden. Die Bundesregierung hüllt sich auch in diesem Falle noch in Schweigen — fühlt sie sich am Ende gar nicht angesprochen, weil es sich um ein Elaborat „privater Kreise" handelt? Sie wird nicht umhin können, dazu Stellung zu nehmen, denn unter den Abgeordneten ist Unruhe aufgekommen (etwas für unsere Verhältnisse höchst Rares), und man

kann sich nicht vorstellen, daß nicht auch das eine oder andere Kabinettsmitglied von diesem historischen Dokument angestoßen werden sollte. Ohnehin scheint sich hinter den Bonner Kulissen einiges zu tun — liest man doch, es gebe in der Bundeshauptstadt einen „vielgenannten höheren Beamten", der den deutsch-sowjetischen Ausgleich, koste es was es wolle, propagiere, der zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze rate, der der Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen zustimme, der — es nimmt fast kein Ende — dazu rate, die politische Trennung Westberlins vom Bund und seine Entmilitarisierung zu akzeptieren, und der dafür eintrete, Chrustschow mit 10 Mrd. DM bei seinem Zwanzig-Jahr-Plan zu helfen ... Das dünkt uns zwar etwas verdächtig viel auf einmal (sollte es in dieser Summierung nicht vielleicht das Produkt übelwollender Journalisten sein?), aber da ist ohne Zweifel einer auf der richtigen Spur. (Handelt es sich um Botschafter Kroll? „Bild" enthüllt es so in großer Aufmachung — und fordert zugleich in einem Jargon, der von Faschismus nicht mehr weit entfernt ist, den wackeren Mann s o f o r t „in die Wüste" zu schicken.)

Aus den angeführten Beispielen erhellt, daß die alte Bonner Konzeption der ausschließlichen Westorientierung zunehmender Kritik der Öffentlichkeit ausgesetzt ist — auch dann, wenn die Führung der Sozialdemokraten glaubte, sich noch im letzten Moment mit Elan vor die festgefahrene Karre spannen, und auch dann, wenn die Freien Demokraten glaubten, eine Koalition mit der CDU/CSU vorziehen zu müssen (übrigens gab Erich Mende vor einigen Tagen bekannt, er sei über den Ausgang der Regierungsbildung „enttäuscht", was wir ihm gern glauben). Und noch etwas anderes kann heute resümiert werden: Es wird in Bonn immer schwerer fallen, kritische Stimmen einfach als „kommunistisch inspiriert", „kryptokommunistisch" oder „moskauhörig" abzutun, denn die Kräfte der Opposition gehen bereits durch alle Gesellschaftsschichten, durch alle Parteiungen, durch alle Ideologien und Weltanschauungen mitten hindurch.

Die Antwort an Moskau

Inzwischen hat die Bundesregierung ihre Antwort auf das sowjetische Memorandum vom 27. Dezember 1961 fertigstellen und in Moskau durch Botschafter Kroll überreichen lassen; wir drucken sie im Dokumentationsteil dieser Ausgabe ab. Das Angebot direkter Verhandlungen Bonn-Moskau wird nicht angenommen, doch bleibt immerhin in der Perspektive alles offen; es ist kein Nein für immer. Insofern haben wir es hier mit einem zum Teil wirklich politischen Text zu tun, mit einem Text auch, der zum erstenmal auf ein diplomatisches Gefecht mit dem „Todfeind" (Adenauer) eingeht, im Unterschied zu früheren vergleichbaren Schriftstücken, die nur auf Rechtfertigung der eigenen Position angelegt waren.

Doch kann man sich nach der Lektüre der Antwort nur sehr schwer vorstellen, woher die Voraussetzungen kommen sollen, die dermaleinst von Bonn vielleicht zu führende Verhandlungen erfolgversprechend machen könnten. Während das sowjetische Memorandum vom 27. Dezember 1961 in auffallender Weise — und in auffallendem Gegensatz zu früher — darauf verzichtet hat, der Bundesregierung einmal mehr Verschiedenes unter die Nase zu reiben, zum Beispiel das Treiben der „Revanchisten" und „Militaristen" und anderes mehr, tut die Bundesregierung in ihrer Antwort so ungefähr das glatte Gegenteil. Angefangen von der Warnung, daß ein neuer Krieg „wohl auch das sowjetische Volk vernichten würde", über die finanzielle Hilfe der Vereinigten Staaten („diese Hilfe hat das deutsche Volk nicht vergessen") bis hin zu den „neuen großen Konzentrationslagern" in der DDR wird den Russen so ziemlich alles unter die Nase gerieben, was man ihnen nur unter die Nase reiben kann. Hingegen fehlt beispielsweise von der Einsicht, daß wir für den von uns begonnenen verlorenen Krieg zu zah-

len haben, jede Spur (hatte der Kanzler sie nicht schon einmal?). Das so heikle Problem der Atomwaffen wird abgetan mit der Sophisterei, die Bundesrepublik habe „schon vor Jahren freiwillig darauf verzichtet, atomare, bakteriologische und chemische Waffen h e r z u s t e l l e n" (Sperrung durch uns, d. Red.); als wenn es darum ginge, wer diese Waffen herstellt, und nicht darum, wer sie besitzt und eventuell benutzt. (In der Beschränkung auf diese Worte steckt übrigens das unausgesprochene Eingeständnis, daß die Bundesregierung für ihre Truppe in der Tat nach Atomwaffen strebt.) Weiter wird so getan, als liege es nur am guten Willen der Sowjets, und schon könnte alles bereinigt werden, zum Beispiel auch Grenzprobleme, wie die Lösung der Saar-Frage zeige . . . Die Sowjets werden auf frühere eigene Erklärungen und Wiedervereinigungsangebote festgenagelt — aber kein Wort davon, daß alle diese früheren Angebote von der gleichen Bundesregierung damals nicht einmal in Erwägung gezogen wurden, und auch kein Wort, das den Zusammenhang zwischen der veränderten Lage und der deutschen Wiederaufrüstung erkennen ließe. Während die Sowjets auf dem Standpunkt stehen, „das verhängnisvollste Überbleibsel des Krieges" sei die Nichtanerkennung der durch den Krieg geschaffenen Tatsachen seitens der Westmächte und der Bundesregierung, behauptet diese, „das verhängnisvollste Überbleibsel des Krieges" sei die deutsche Spaltung. Hier gehen die Ansichten am weitesten auseinander. Die Bundesregierung gibt zu verstehen, daß sie in der Wiedervereinigung nach ihren Vorstellungen die wichtigste Voraussetzung für bessere Beziehungen zur Sowjetunion sehe; sie gibt dieser unverhohlen und mehrere Male den Rat, „das Regime" in der DDR fallen zu lassen. Damit fängt der ganze vertrackte Kreislauf von vorne an, am Horizont ist kein Fortschritt zu erkennen. Die Bundesregierung weiß, daß sie ihre Auffassung von Wiedervereinigung (Assimilation der DDR) nicht mehr durchsetzen kann, und dennoch besteht sie nach wie vor darauf. Von einem mittleren Weg — der etwa über eine Konförderation oder über eine Herauslösung beider deutscher Teilstaaten aus den Militärblöcken zur schrittweisen Wiederannäherung und in der Perspektive dann auch zur Wiedervereinigung führt — will sie nichts wissen. In ihrer Antwort auf das sowjetische Memorandum steht einer Reihe von grundlegenden Forderungen nur das Angebot einer größeren Wirtschaftshilfe für den Fall „einer echten, alle Teile befriedigenden Lösung der noch ausstehenden politischen Fragen" gegenüber. Verhandlungen oder auch nur Kontakte mit den Behörden der DDR werden so kategorisch wie nur je abgelehnt.

Soll das die Bonner Position bleiben? Will Bonn diese Position auf Biegen und Brechen halten? Wenn ja, dann muß man weiter fragen: Mit wessen Hilfe? Niemand kann sich länger der Illusion hingeben, die Westmächte würden es wegen der deutschen Wiedervereinigung auf einen Weltkrieg ankommen lassen. Und es wird, je länger je mehr, nicht übersehen werden können, daß die Bonner Außenpolitik beim eigenen Volk an Ansehen verliert. Auf diese Kräfte im eigenen Lande kommt es immer wieder in besonderem Maße an. Es gibt sie in größerer Zahl, als der Wahlausgang vom 17. September vorigen Jahres hätte vermuten lassen. Viele von ihnen sind sich nur politisch ihrer selbst noch nicht bewußt. Hier mitzuhelfen, bewußt zu machen, klarzustellen, zu aktivieren, ist jeder einzelne Bürger unseres Landes verpflichtet — in einer Stunde, da sich ein Nobelpreisträger, ein Kirchenpräsident und ein Rundfunkintendant nicht zu gut dünken, offen in den politischen Kampf, der ein Lebenskampf unseres Volkes ist, einzugreifen. Es geht darum, mit allen nur denkbaren legalen Mitteln, immer im Einklang mit dem Grundgesetz, und von allen nur möglichen Seiten her auf die Hartnäckigen, die Uneinsichtigen, die Scharfmacher in Bonn einzuwirken, damit sie sich dessen bewußt werden, daß w i r, die Verlierer des im Namen unseres

Volkes geführten schrecklichen Krieges, die Hand zur Versöhnung auszustrecken haben, nicht die anderen. W i r haben anzubieten, w i r haben Vorschläge zu machen. Wie man in den Wald hineinruft, so hallt es daraus wider. Wir haben zu wählen zwischen der Politik der Bonner Extremisten — die ins Unheil führen muß — und einer Politik der Entspannung, die zum Beispiel damit beginnen könnte, daß Bonn das Kulturabkommen mit der Sowjetunion erneuert und die politische „Sperrklausel" von ihrem Osthandel nimmt.

„Sicherheit", schreibt Margret Boveri, „die Devise der Bonner Außenpolitik in den letzten Jahren, ist schön, wenn sie nicht zuletzt in die Katastrophe führt. Doch ohne Risiko und ohne Mut, es auf sich nehmen, wird keine Politik uns aus dem Irrgarten der Mauern herausführen. Bauen wir sie, jeder für sich, im unentwegten Widerstand gegen die Schlagworte unserer Propagandapublizistik, in uns selber ab, versetzen wir uns in die Lage nicht nur der Untertanen, sondern auch der Regierenden auf der anderen Seite, dann haben wir einen Anfang gemacht, den Haß zu durchkreuzen, wozu mehr Verstand und Kühnheit gehört als zum bloßen Mißtrauen gegen alles, was auf der anderen Seite geschieht, nur weil es auf der anderen Seite geschieht."

(Abgeschlossen am 28. Februar)

Kommentare

Katastrophen-Wollust

Weite Landstriche standen noch unter Wasser, die Opfer waren noch nicht gezählt — da hatte die politisch-propagandistische Ausbeutung der „Großen Flut" von Hamburg schon begonnen. Beflissene journalistische Apologeten der Bonner Aufrüstungs- und Notstandspolitik witterten die Chance, durch eine Art publizistischer Überrumpelungs-Taktik den Schock, den die Ereignisse von Hamburg in weiten Teilen der Bevölkerung verständlicherweise ausgelöst hatten, auszunutzen, die Reaktionen vor allem der Betroffenen sogleich in eine bestimmte politische Richtung zu lenken. Anders gesagt: während man noch Anteilnahme heuchelte, beeilte man sich schon, aus der furchtbaren menschlichen Not des 16./17. Februar 1962 eine höchst anfechtbare politische „Tugend" zu machen.

Nehmen wir diese Propagandisten der „Politik der Stärke" beim Wort. Bereits am 19. 2. schrieb der Leitartikler der Deutschen Zeitung: „Diese Katastrophe an der deutschen Nordseeküste zwingt aber, den ganzen Komplex der Notstandsgesetzgebung neu zu durchdenken . . . Wieweit muß der Freitagsturm als eine Generalprobe betrachtet werden?" Die Kölnische Rundschau fragte am selben Tag absichts: voll, „ob rechtlich fundierte, zentral gelenkte Notstandsmaßnahmen nicht jene Lücken noch zu schließen vermöchten, die jetzt zweifellos festzustellen waren." Ähnlich äußerte sich am 23. Fe-

Regime empfing einen gefährlichen Stoß, als sein heiliges Prinzip — das der politischen Enthaltsamkeit des Volkes — vor aller Augen zerbrach. Vor allem die Gangsteranschläge der OAS, deren Terror blindlings-verbrecherisch wütet, hatten dieses Resultat bewirkt. Aber die Massenkundgebungen bedeuteten auch Kritik an der Regierung, an ihrer Zahmheit gegenüber den Terroristen, an der Komplizität mancher Behörden, überhaupt an der ganzen Malaise des algerischen Krieges. Den Manipulationen durch die Autoritätsanbeter wurden endlich sehr bestimmte Grenzen gezogen. Diese Warnung ist in Frankreich verstanden worden. Ist das auch in Bonn der Fall, wo man de Gaulles Methoden als beispielgebend zu befolgen scheint?

Die Aktion der Linken hat den Friedensschluß in Algerien zweifellos beschleunigt. Ein weiteres Hinauszögern hätte immer mehr Massen auf die Straße gebracht. Auch die liberale Diktatur des Generals hat die alte Erfahrung bestätigt: Dort, wo Ventile normaler demokratischer Korrektur fehlen, ist die Gefahr gewaltsamer Explosionen um so größer. Noch eine andere Lehre ergibt sich: Ohne eine weitgehende Einheit der Linken wäre es zu diesen Aktionen nicht gekommen. Bis zuletzt schwenkte die Regierung das Gespenst des Antikommunismus, — was sie erst recht schwächte. Bis auf die OAS-Faschisten, die sie angeblich bekämpft, glaubte ihr dies kaum jemand. Die Lüge erbitterte wie eine Provokation. In Frankreich gibt es jetzt eine Linke, die sich stark genug fühlt, mit den Kommunisten gemeinsam zu kämpfen, ohne auf ihre Unabhängigkeit verzichten zu müssen. Die Grundlage dieses Bündnisses waren: der kommunistische und der christliche Gewerkschaftsbund, der Studentenverband und die Lehrergewerkschaft. Die letzte Hürde der OAS kann de Gaulle nur mit Hilfe der Linken überspringen, — was ihm keineswegs behagt. Es ist damit zu rechnen, daß sich das aktiv gewordene Volk nicht mehr in den Schlaf singen lassen wird.

HA

Dr. Ernst Schwarz

Wiedervereinigung — Utopie und Wirklichkeit

Eine konstruktive Antwort auf das Sowjetmemorandum

Ich merk es wohl, bei aller Schätze Flor,
Wie ihr gewesen, bleibt ihr nach wie vor.
Goethe, Faust, 2. Teil

I.

Die Bundesrepublik ist durch außenpolitische Erfolge, außer durch billige, nicht gerade verwöhnt worden. Mit abstumpfender Eintönigkeit hören wir nun seit zwölf Jahren den Refrain von der Wiedervereinigung, bei dauerndem Krebsgang in dieser Sache. Der Bundeskanzler bleibt unerschüttert bei seinen Hypothesen, Unbeweglichkeit („keine Experimente") kennzeichnet seine Politik. Mit der Geduld desjenigen, der alle und alles überleben will, wartet er auf die Schwäche und sogar auf die Einsicht seines östlichen Gegners. Er wartet auf die Gelegenheit, aber er tut nichts, um sie herbeizuführen. Die Erfolglosigkeit macht ihn eher härter.

Wieviele Leute fragen aber auch schon nach solchen Erfolgen oder auch nur ernsthaft nach den Möglichkeiten der Wiedervereinigung? Weitaus die meisten fragen nach den Börsenkursen (der Kanzler selbst hat sich auf diesem Felde einmal mit einem großen Wurf betätigt). Wer weniger materialistisch eingestellt ist, mag glauben, daß hierzulande immerhin Politik im Namen des Christentums gemacht werde. Aber auch hier sollte man nicht zuviel fragen. Der Artikel Christentum ist heute allzu billig geworden, er ist Warenhausware, Christentum für den Großindustriellen, für den Börsianer, aber auch für den Arbeiter und den kleinen Rentner — ein im jahrhundertelangen Gebrauch zerschlissenes Christentum, aber der Name ist gut und tut immer noch seine Dienste.

Forscht man nach, was unter diesem Faltenwurf sich verbirgt, so ist es nichts anderes als die schöngeschmückte Mumie der alten Mächte. Der Krieg schien diese zerschlagen zu haben, aber er hat sie nicht einmal erschüttert. Das faschistische Experiment, zu dem sich jene Mächte hergegeben haben, ist schief gegangen, mit Gewalt und einer einzigen Partei ging es ebensowenig wie mit den vielen der Weimarer Zeit, also macht man eine andere zeitangepaßte Universalpartei und zeigt, wie man auch ohne Gewalt, in voller demokratischer Freiheit, nur mit Geld und wirkungsvollen Parolen, die Einparteienherrschaft der alten Mächte errichten kann. Zu diesen schlagkräftigen Parolen gehört auch der Antikommunismus, das einzige, was aus der Konkursmasse des Nationalsozialismus nicht den Besitzer wechselte. Es zeigte sich, daß dieser Hitlersche Antibolschewismus sich mit ebensoguter Wirkung auch christlich-demokratisch praktizieren läßt und daß er, faschistisch oder demokratisch, gleichermaßen einen pechartigen Zusammenhalt der von Hitler vorgeschulten Massen sichert.

Zu dieser monolithischen „christlichen" Demokratie könnte die von ihr getriebene Außenpolitik mit ihren Ambitionen nicht besser passen. Was man sich unter einer „Politik der Stärke" vorstellen sollte, ist im Halbdunkel der Erklärungen des Bundeskanzlers nie ganz klar geworden, jedenfalls aber war sie weder machtmäßig noch diplomatisch stark genug, um irgendetwas Positives zu erreichen. Die Mauer durch Berlin war zweifellos eine Folge der wirtschaftlichen Schwäche Ostberlins, aber ebenso zweifellos auch ein Zeichen für die politische Schwäche der Bundesrepublik. Der Triumph der Freiheit und der wirtschaftlichen Überlegenheit in der „Abstimmung mit den Füßen" wurde zugleich zum Bankrott unserer Außenpolitik. Was Hitler in falscher Einschätzung der Möglichkeiten verloren hat, suchen wir mit ebenso falscher Einschätzung des Erreichbaren wiederzugewinnen.

Wenn diese Politik Utopie ist — was ist dann Wirklichkeit? Wirklichkeit ist, daß die Russen für jede Art von Politik der Stärke das ungeeignetste Objekt sind. Wirklichkeit ist, daß die siegreiche Macht Sowjetunion, wie auch immer ihr Sieg zustandegekommen sein mag, keine Position räumt und räumen kann, ohne etwas für sie Gleichwertiges dafür zu erhalten. Wirklichkeit ist, daß das Selbstbestimmungsrecht nur dort logischerweise und also mit Erfolg geltend gemacht werden kann, wo es nicht in einer Niederlage verwirkt worden ist. Kann es in dieser Lage etwas Utopischeres geben als „freie Wahlen" oder, was das gleiche ist, Selbstbestimmung für alle Deutschen zu verlangen, als ob wir nicht dies alles in der Unfreiheit aufs Spiel gesetzt hätten? Gewiß, den moralischen Anspruch haben wir unzweifelhaft, aber, wie es gerade paßt, machen wir einmal Politik ohne Moral (weil diese, wie ganz richtig gesagt wird, nicht in die Politik gehört), und ein anderes Mal proklamieren wir Moral ohne Politik.

Einen Landesteil, der unter fremder Gewalt ist, kann man nur wiedergewinnen durch friedliches Arrangement, also mit entsprechenden Zugeständnissen, oder durch Krieg bzw. Drohung mit Gewalt. Vielleicht hoffen wir, so stark zu

werden, daß der Gegner auch ohne Krieg weich wird, z. B. wenn die Bundesrepublik, oder wenigstens die NATO mit uns an der Spitze, Atommacht würde. Aber das ist wohl die allergrößte Utopie, denn das atomare Zerstörungspotential des Westens würde dadurch weder in seiner abschreckenden noch in seiner effektiven Wirkung verstärkt werden, weil beides seiner Natur nach nicht mehr steigerungsfähig ist. Nur wäre dann noch ein Finger mehr am Drücker, dem auch die gewogensten Waffenbrüder nicht ganz trauen würden.

Was bleibt in Wirklichkeit? Wenn wir den Gipsverband der Phrasen entfernen, wird sich zeigen, daß die Bundesrepublik, mit oder ohne Atomwaffen, außenpolitisch an zwei Stöcken gehen muß. Es ist die Wirklichkeit einer Niederlage, die uns in der Nervenanspannung des Kalten Krieges bisher nicht recht zu Bewußtsein gekommen ist. Das heißt nicht, daß wir etwa in diesem Bewußtsein marklos und zerknirscht sein sollten, aber es heißt, daß wir dieses Mal ein genaueres Augenmaß dafür haben sollten, was wir schaffen können und was nicht. Gute zwölf Jahre, die ganze endlose Dauer des Hitlerregimes, haben wir nun dazu Zeit gehabt.

Wir haben, wenn wir einmal moralisch sein wollen und ehrliche Bilanz ziehen, keine Forderungen zu stellen, sondern Verpflichtungen zu übernehmen. So fragen die Deutschen im Osten mit Recht, ob etwa sie allein den Krieg verloren haben. Wiedervereinigung heißt nämlich nicht nur, die Einheit der Nation wiederherstellen, sondern vor allem auch, die ungleich verteilte Last des verlorenen Krieges gemeinsam tragen und also ohne alle Ambitionen eine entsprechende paritätische Friedensregelung anstreben.

Wäre die Forderung der Wiedervereinigung nicht so voller Widersprüche, sie wäre wohl einer Lösung schon nähergekommen. Aber da gibt es abgründige, heimliche Bedenken diesseits und jenseits der deutschen Grenzen. Der große französische Historiker J. Bainville, der schon 1920 eine so glänzende Analyse der künftigen Entwicklung gegeben hat (vor allem in bezug auf das Einverständnis zwischen Deutschland und Rußland über Polen), vertrat, wohl mit den meisten der französischen Führungsschicht, die Auffassung, daß es 20 Millionen Deutsche zuviel gebe, und er verstand diese Auffassung sehr exakt zu begründen. Die damals schon mit Frankreich verbündeten Russen haben inzwischen ihren Bundesgenossen von diesem 20-Millionen-Alpdruck befreit. Welche Anzeichen gibt es in Frankreich dafür, daß es diese 20 Millionen wieder seinem deutschen Partner als Machtzuwachs wünscht? Damit es soweit käme, müßten wohl mehr als 20 Millionen Franzosen umdenken lernen.

Auch in Deutschland selbst gab es ähnlich denkende Leute, denen 20 Millionen eines „militaristischen", preußischen Ostens zwar nicht entbehrlich, so doch problematisch erschienen, so daß sie, wenn auch nur innerhalb der Reichsgrenzen, einen Trennungsstrich dagegen ziehen wollten; sie haben die Rolle Preußens nie begriffen. Deutschland, Land der Mitte, war dem französischen und dem slawischen Kraftfeld ausgesetzt. Das „Bismarckreich" war ein kraftvoller Pufferstaat zwischen Westen und Osten, aber die ausbalancierende Kraft wurde im Ersten Weltkrieg entscheidend geschwächt. Zudem tendierte das infolge seiner besonderen Lage an der slawischen Front soldatische („militaristische") Preußen schon immer nach Osten, die westlichen bürgerlich-händlerischen Reichsteile dagegen neigten zu Frankreich. So kamen nach dem Ersten Weltkrieg im deutschen Westen Bewegungen zustande wie etwa die zur Bildung einer rheinisch-westfälischen Republik, die, wie man damals erwartete, von Adenauer am 1. 2. 1919 ausgerufen werden sollte.

Heute ist Deutschland endgültig auseinandergebrochen, die Föderalisten von 1919 und das östliche Deutschland mit Preußen gehen ihre eigenen Wege. Und nun soll dies alles entgegen den starken trennenden Kräften wieder rückgängig gemacht werden? Welches könnten denn die stärkeren Beweggründe sein, das durch so gegensätzliche Kräfte auseinandergerissene „Bismarckreich" wiederherzustellen? Sollte jener innere Gegensatz geschwunden sein, oder verbirgt sich unter dem Appell zur deutschen Einheit nur der Versuch jeder Seite, den eigenen Machtbereich auf das Ganze auszudehnen? Die deutsche Wiedervereinigung kann jedenfalls nur einen vernünftigen und auf beiden Seiten vertretbaren Sinn haben: das Land d e r v e r b i n d e n d e n M i t t e wiederherzustellen, ohne „Nationalismus", ohne „Pazifismus", ohne „Neutralismus" — um mit einem „Bismarckreich" (nichts anderes natürlich als die beiden heutigen Teilstaaten), aber ohne Blut und Eisen, ein Europa ohne Rußland an der Elbe zu schaffen, ein Gesamteuropa durch Gesamtdeutschland. Bainville war es zwar auch, der gesagt hat, „daß auf der deutschen Einheit ein Verhängnis liegt, das sie mit der Versöhnung Europas unvereinbar macht", aber inzwischen haben sich die Dinge so völlig geändert, daß die deutsche Einheit nur noch durch einen Handschlag zwischen Rußland und Amerika möglich geworden ist. Der Weg ist frei nicht nur für eine Versöhnung Europas, sondern an einem entscheidenden Punkt auch für eine Versöhnung der beiden Weltmächte.

II.

Was kann somit die Bundesrepublik für die Wiedervereinigung und zugleich für die Beendigung des Kalten Krieges tun? Was kann sie tun, um einen Friedensvertrag der Sowjets mit Ostdeutschland und damit die endgültige Spaltung Deutschlands zu verhindern? Mit einer Nichtanerkennung eines solchen Vertrages schafft man die Tatsache nicht aus der Welt, daß Rußland sich damit endgültig aus der Viermächteverantwortung für Deutschland ausschließen würde.

In alledem steckt, machtpolitisch gesehen, keine Chance, sondern höchstens eine moralische Aufgabe. Sollte man deswegen nicht besser alles so lassen, wie es ist? Nun hat zwar Moral, auch nach Ansicht sehr christlicher Politiker, in der Politik nichts zu suchen, und in diesem Punkt sind diese Politiker Adolf Hitler nicht unähnlich, Idealisten auf ihre Art, aber Idealisten ohne politische Moral wie Hitler, wenn auch in ganz anderem Rahmen. Opportunismus ist in der Politik immer weithin überzeugend, aber seine Früchte können, wie eben Hitler zeigte, sehr bitter sein.

Für ein Land, wenn es wirklich seine Einheit und den Frieden sucht — beides nicht unbedingt Ziele für Opportunisten —, wenn es sich Rechenschaft darüber gibt, was es kann und was es nicht kann, was es sollte, ist heute, im Zeitalter der nuklearen Waffen, Moral in der Politik eine letzte Chance — vom Christentum, dessen man sich rühmt, ganz abgesehen. Die Macchiavellisten von heute haben noch nicht allgemein erkannt, daß alle Bedrohung gesellschaftlicher Existenz, ob es sich um sozialrevolutionäre Kräfte oder um Krieg handelt, nur noch mit moralischen Mitteln abgewendet werden kann. Einen anderen Ausweg aus dem Labyrinth der heutigen politischen Situation gibt es nicht.

Die Sowjets verlangen einen Friedensvertrag mit ganz Deutschland oder mit den beiden deutschen Teilstaaten. Sie schlagen vor, daß beide Teilstaaten aus ihren Militärbündnissen ausscheiden, womit Deutschland gewissermaßen „neutral" werden würde. Dieser Vorschlag erscheint dem Westen unannehmbar, weil damit ein „machtleerer Raum" entstünde, in den die Russen hineinstoßen könnten. Wie ließe sich dies verhindern?

Eine Möglichkeit bestünde darin, in den Friedensvertrag mit Deutschland, vertreten durch Bundesrepublik und Ostdeutschland, die Bestimmung aufzunehmen,

daß, auch wenn die beiden Teilstaaten aus ihren Paktbindungen ausscheiden, sie doch jeweils die Interessensphäre ihres bisherigen Partners bleiben und daß der bisherige Pakt aktiviert wird, falls einer der beiden Teilstaaten von der gegnerischen Seite angegriffen werden sollte.

Die Vorteile einer solchen Lösung sind evident: die aus dem Krieg stammenden „Rechte" der beiden Weltmächte bleiben gewahrt, ihre Chancen in bezug auf das von ihnen, sagen wir mal: patronierte Land bleiben gleich. Zwar bleiben auch damit die Deutschen hüben und drüben potentielle Kriegsgegner, aber je mehr ihnen das gemeinsame Interesse bewußt wird, nicht Schlachtfeld zu werden, um so mehr werden sie das an ihnen Liegende tun, um gemeinsam Verwicklungen entgegenzuwirken, die zum Krieg führen könnten; damit allein schon würden sie einander näher gebracht werden. Die Westdeutschen bräuchten nicht zu fürchten, daß sie, allein gelassen, von den Bolschewisten, die Ostdeutschen nicht, daß sie von den Imperialisten überrannt werden. Ein militärischer Rückzug der beiden Weltmächte aus Deutschland könnte allerdings nur unter der Voraussetzung erfolgen, daß auf beiden Seiten militärisch gleichwertige Aufmarschgebiete abgegrenzt werden; ein Zurücksetzen der Streitkräfte auf eine Randzone dürfte indessen von vornherein möglich sein.

Ein Vertrag dieser Art bedeutet keine Anerkennung der „Zone" als solche, sondern nur als — insofern allerdings gleichberechtigter — Teilnehmer an einem Friedensschluß, der seiner Substanz nach auf den Potsdamer Verpflichtungen zu beruhen hätte. Nur eine derartige Totaloperation kann Berlin aus der absurden, konfliktreichen Situation befreien, in welche absolute Hirnlosigkeit es hineingestoßen hat, und damit zu einer wirklich freien Stadt machen.

Dies wäre also ein Disengagement oder eine „Neutralität", bzw. Bündnisfreiheit auf Abruf, ein Zustand, in welchem Friede und Wiedervereinigung nicht ohne einschränkende Bedingungen, aber immerhin möglich werden, ein Zustand, der allen Hoffnungen und Befürchtungen, allen Rechten und Verpflichtungen, allen Chancen und Risiken soweit Rechnung trägt, als dies nach Lage der Dinge möglich ist. Dieser Zustand unterschiede sich machtpolitisch nur wenig vom status quo, psychologisch-politisch jedoch ganz eminent, denn er wäre ein lebendiger Keim für eine positive Entwicklung, zwar etwas Imponderables, wie das Vertrauen in der Wirtschaft, aber wie dieses eben doch von entscheidender Bedeutung.

III.

Berlin müßte eine analoge Regelung erhalten, es könnte nach diesem Friedensvertrag in seiner Gesamtheit zur Hauptstadt eines wiederzuvereinigenden Deutschland erklärt werden. Um diesen verbindenden Hauptstadtcharakter noch stärker zur Geltung zu bringen, sollte weder Westberlin zur Bundesrepublik, noch Ostberlin zu Ostdeutschland gehören, so sehr auch beide Teile durch den bisherigen Einfluß geprägt bleiben mögen. Um dies auch für Ostberlin zu ermöglichen, müßten die Verwaltungsspitzen Ostdeutschlands den Exterritorialitätsstatus erhalten. Ein Gesamtberlin umfassender Vorschlag ist zwar gerade jetzt von der SU abgelehnt worden, aber im Rahmen einer paritätischen Gesamtregelung der deutschen Probleme dürften hier doch bei entsprechenden Zugeständnissen (wie vorgeschlagen) auch Zugeständnisse der SU eingehandelt werden können. Daß eine Wiedervereinigung Gesamtberlins, etwa nur, um auf diesem Wege die Mauer aus der Welt zu schaffen, aufgrund der bisherigen Vorstellungen des Westens über die deutsche Wiedervereinigung unmöglich ist und Versuche in diesem Sinne reiner Zeitverlust sind, müßten eigentlich schon die politischen ABC-Schützen bei uns erkennen. Eine Berlinregelung ohne eine

deutsche Gesamtregelung wäre ohnehin nur ein unzulänglicher lokaler Therapieversuch, sie ließe zu viel und zu Wesentliches in der Schwebe, sie wäre, wie sich erst jetzt wieder gezeigt hat, eine Konstruktion ohne Unterbau. Damit auch die Bundesrepublik in bezug auf Berlin als gemeinsame Hauptstadt die gleichen Rechte habe, müßte sie in Westberlin eine Repräsentanz erhalten. Statt westliche „Frontstadt" und östliche Hauptstadt zu sein, sollte Berlin wieder in erster Linie kultureller Mittelpunkt werden, in dem beide Seiten in friedlicher Konkurrenz ihr Bestes zu leisten versuchen. Würde schließlich Berlin zum Ort des Friedensschlusses, so könnten von ihm auch insofern einigende Kräfte ausstrahlen.

Die Bundesregierung scheint in bezug auf den Osten den Standpunkt zu vertreten, daß man nicht leicht etwas falsch machen könne, wenn man so wenig wie möglich tue und riskiere. Der Bundeskanzler, selbst fast eine Gestalt außer der Zeit, läßt die Zeit ungenützt verrinnen und leiht den Befürchtungen mehr sein Ohr als den Hoffnungen. So hätte er das letzte Sowjetmemorandum wohl am liebsten zu den Akten gelegt. Der Gedanke an Rapallo tauchte auf, und man beeilte sich, ihn mit viel Westwind hinweg zu ventilieren. Rapallo hat damals die Deutschen aus der antikommunistischen Front herausgebrochen, Hitler hat diese dann — mit welchem Erfolg, wissen wir! — wieder geschlossen, und heute stehen wir mit dem Nachexerzieren nach dem alten antibolschewistischen Reglement vor der Berliner Mauer.

Das Sowjetmemorandum ist zwar ein etwas beziehungsloses Schriftstück, aber es ist ein Memento, daß wir als Land der Mitte nicht ungestraft nur nach einer Seite gute Beziehungen unterhalten können. Wenn wir aus der nationalen Misere und aus dem erschöpfenden Rüstungswettlauf wirklich heraus wollen, dann müssen wir, ob uns nun Rapallo gut dünkt oder nicht, nach beiden Seiten wohlabgewogene, realistische und loyale Beziehungen unterhalten. Vor bald vierzig Jahren konnten uns die Russen in Rapallo nur mit dem Artikel 116 des Versailler Vertrages beunruhigen, heute beunruhigen sie uns weit mehr dadurch, daß sie an der Elbe stehen. Darauf muß heute die Antwort gegeben werden; Atomraketen, die man aus guten Gründen nicht abschießen kann, sind keine Antwort.

Keine Antwort ist auch das NATO-Wirtschaftsimperium. Im „Ozean" des Osthandels mag es Haie geben, aber die größten und gefährlichsten Haie gibt es weiter östlich; man sollte sie nicht hungrig machen. Ein russisch-chinesischer Wirtschaftsblock, vielleicht noch unter Einschluß Japans, könnte zu einer bedrohlichen Herausforderung für den Westen werden.

Übrigens hat schon der Vertrag von Locarno*) ähnliche Reaktionen ausgelöst. Luther, der damals Reichskanzler war, schreibt in seinen Erinnerungen, daß Hugenberg Stresemann wegen Locarno zu Fall bringen wollte und daß Deutschnationale, Kommunisten und NSDAP, auch hier in einträchtig-destruktivem Zusammenwirken, insgesamt dagegen waren („Staatsmann ohne Partei", S. 366 und 367). Luther sagt ferner, Locarno sei keine Option zwischen West und Ost gewesen, denn dies wäre bei Deutschlands geographischer Lage (von mir gesperrt) eine Dummheit (a.a.O. S. 394).

Heute haben wir optiert, allerdings unter einem ganz anderen Zwang der Verhältnisse. Ist es eine Dummheit? Wir haben unser Schicksal auf Grund sehr unkomplizierter machtpolitischer Erwägungen mit der westlichen Weltmacht verbunden, einer großen Nation von sehr widerspruchsvollen und schwer kontrollierbaren Kollektivregungen, glücklicherweise jetzt geführt von einem Mann von hohen menschlichen und staatsmännischen Fähigkeiten. Die Mentalität des be-

*) Zu Beziehungen zwischen den Verträgen von Rapallo und Locarno vgl. Frh. v. Rheinbaben, Außenpolitik 1953, S. 37.

siegten, ressentiment-geladenen, wieder den Puls der Macht spürenden Rumpfdeutschland und die Mentalität des siegreichen, von der überwertigen Idee seiner Weltmission erfüllten Amerika geben zusammen einen harten Klang; der Klang der Friedensglocke ist es nicht. Nur wenn mit der Macht der Neuen Welt die Intelligenz, der in seiner Geschichte gereifte Geist der abendländischen Welt und ihre Moral sich verbinden, kann und wird das Zusammengehen mit den USA glückhaft für uns sein.

Man präsentiert so mancherlei Lehren aus der Vergangenheit und rechnet dabei mit dem kurzen Gedächtnis und dem kurzen Verstand der Zeitgenossen. Man studiere aber einmal genau und nicht mit irgendeiner parteipolitischen Brille die Lage, die zu Rapallo und Locarno führte, und man wird für die heutige Lage Lehren daraus ziehen, die nur Oberflächlichkeit und Dummheit übersehen können.

Die nun vorliegende Antwort der Bundesregierung auf das Sowjetmemorandum ist insofern eine gute Antwort, als sie auf dessen Beziehungslosigkeit im gleichen Stil erwidert hat. Sie ist jedoch damit auch eine nichtssagende Antwort geworden. Allgemeine Betrachtungen, wie sie bisher nie Eindruck auf die Sowjets gemacht haben und eigentlich zu nichts verpflichten, verdecken die fehlende politische Substanz. Das Paradepferd der Selbstbestimmung wird in der Hohen Schule geritten, aber das vermag über das eigentliche Problem der Machtansprüche der Weltmächte in bezug auf Deutschland nur hinwegzutäuschen; dieses Problem bleibt in seinem ganzen Ernst unangesprochen. Sicherlich kann, ja muß man die Gesichtspunkte dieser Antwort, natürlich auch die Selbstbestimmung, im Prinzip bejahen, aber ohne sich die Einsicht in die leider notwendigen Einschränkungen dieser Grundsätze nach Maßgabe der konkreten Situation abzuringen, wird dergleichen eine gute Wirkung nach innen, aber schwerlich nach außen haben.

Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik (II)

Eine Dokumentation zur „Politik der Stärke"

Wir setzen in dieser Ausgabe den in unserem Februar-Heft begonnenen Vorabdruck aus einer größeren Dokumentation zur Geschichte der westdeutschen Wiederaufrüstung fort, die voraussichtlich im April als Sonderdruck der „Blätter" erscheinen wird. Mit dieser Publikation, die in ihrer Art in der Bundesrepublik kaum ihresgleichen haben dürfte, soll in konzentrierter Form die gewiß schwerstwiegende Wendung der westdeutschen Nachkriegspolitik dokumentiert werden: der Übergang von den Friedens-, Entwaffnungs- und sogar Neutralitäts-Beteuerungen der ersten Nachkriegsjahre zur „Politik der Stärke" mit allen ihren verhängnisvollen politisch-militärischen, wirtschaftlichen und moralischen Folgen.

Der Sonderdruck wird einen Umfang von 50 bis 60 Seiten im Format der „Blätter" haben und für unsere Abonnenten DM 1,50, für Nichtabonnenten DM 2,— kosten. Da die Auflage begrenzt ist, empfehlen wir unseren Lesern, ihre Bestellung schon jetzt aufzugeben und dazu die diesem Heft beiliegende Bestellkarte zu benutzen.

Verlag und Redaktion

Vorbereitungen

In der Süddeutschen Zeitung schreibt Chefredakteur Werner Friedmann:

Die unbekannten und in keinem Planstellenregister verzeichneten Dienststellen, die in Bonn — vorerst ohne unser Wissen — unterhalten werden, dienen, wie

rein taktische Luftwaffe Aufklärer, Jäger und Transportflugzeuge vorgesehen.
Bulletin v. 13. IV. 1954

Nicht Ausgleich, sondern Befreiung

Als Abgeordneter der Deutschen Partei erklärte der heutige Bundesminister von Merkatz:

Es gibt nur e i n Deutschland und nur einen deutschen Staat, und das ist die Bundesrepublik, und die Aufgabe ist nicht ein im Wege des Verhandelns und des Brückenbaus zu schaffender Ausgleich. Die Aufgabe ist vielmehr die Befreiung der besetzten deutschen Gebiete, die man de facto von uns abgetrennt hat.
Deutscher Bundestag, 255. Sitzung v. 19. III. 1953 S. 12 337

Niemand bildet sich ein . . .

Bundeskanzler Dr. Adenauer gegenüber dem sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin am 10. 9. 1956 im Moskauer Kreml:

Sie haben davon gesprochen, daß in Deutschland von der „Position der Stärke" geredet werde. Ich glaube, daß da ein sehr großes Mißverständnis vorliegt. Kein Mensch in Deutschland bildet sich etwa ein, mit der Sowjetunion aus der Position der Stärke heraus verhandeln zu können.
Bulletin, Sonderausgabe v. 20. IX. 1955

Strauß spricht vom „Fall Rot"

Wir wissen doch aus der Vergangenheit, daß der frühere deutsche Generalstab das Rundumdenken hatte. Da hat man die Fälle Anton bis Zeppelin — Blau, Gelb, Weiß, Grün usw. — gehabt, und da hatte man eine Lösung für Westen und Osten — und nun kam der Norden noch hinzu — in Generalstabsstudien niedergelegt. Die Zeit der Auseinandersetzung der europäischen nationalstaatlichen Demokratien oder auch nichtnationalstaatlichen Demokratien ist historisch vorbei. Es gibt heute für die militärische Vorbereitung zur Verhanderung eines Krieges nur mehr einen einzigen Fall; das ist der Fall Rot und sonst kein Fall mehr auf der ganzen Welt.
Deutscher Bundestag, 18. Sitzung v. 20. III. 1958, S. 870.

O b e r b ü r g e r m e i s t e r i. R. R o b e r t S c h o l l

Die EWG und der kleineuropäische Organisationsdschungel

Ein konsequenter Weg zur Zementierung der deutschen Spaltung

1.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, auch Gemeinsamer Markt genannt, soll nach dem Gründungsvertrag von 1957 in Rom eine Art Zollunion ihrer 6 Mitgliedsländer (Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Italien und die 3 Beneluxländer Belgien, die Niederlande und Luxemburg) sein. Neben der Aufhebung der

Binnenzölle und der Aufstellung eines einheitlichen Außenzolltarifs hat die EWG den ungehinderten Warenverkehr und die Freizügigkeit der Arbeitskräfte innerhalb des Unionsgebiets zum Ziel. In der für ihre Verwirklichung vorgesehenen 12jährigen Übergangszeit mit 3 Stufen von je 4 Jahren gelten innerhalb des Unionsgebietes wie auch nach außen noch die Zolltarife der einzelnen Staaten. Diese Zölle sollten innerhalb der Union (Binnenzölle) bis zum vorgesehenen Ablauf der ersten Stufe am 31. 12. 1961 um 40% gesenkt werden. Für Agrarprodukte wurde jetzt die Ablaufzeit bis 30. 6. 1962 verlängert. Die Freizügigkeit der Arbeitskräfte gilt zunächst noch bedingt, soll aber in 4 Jahren voll hergestellt sein. Nach der erklärten Erreichung der ersten Stufe beginnt automatisch die zweite Stufe, der sich automatisch spätestens nach weiteren 4 Jahren die letzte Stufe anschließen muß, nach der dann das Ziel des Gemeinsamen Marktes erreicht ist. Konnten während der ersten Stufe Regelungen, die für alle Mitgliedstaaten gelten sollten, nur durch einstimmigen Beschluß des Ministerrats, also mit Zustimmung aller 6 Länder getroffen werden, so entscheidet ab der zweiten Stufe der Ministerrat mit Stimmenmehrheit.

Auf den Zusammenschluß der 6 EWG-Länder hin bekamen es andere Länder mit der Angst zu tun, ihre Wirtschaft könnte durch den größeren Wirtschaftsblock der EWG zu Schaden kommen. Die Folge war der Zusammenschluß von 7 weiteren europäischen Ländern zur EFTA (European Free Trade Association), bestehend aus Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Österreich, der Schweiz und Portugal. Neuerdings suchen die 7 Länder der EFTA Anschluß an die EWG, wiederum aus der Angst heraus, sie könnten mit ihrem kleineren, dazu geographisch nicht zusammenhängenden Wirtschaftsraum gegenüber dem Block der EWG nicht konkurrieren. Premier Macmillan begründete im Sommer 1961 vor dem Unterhaus den Beschluß seiner Regierung, Antrag auf Beitritt Großbritanniens zur EWG zu stellen, damit, die britische Wirtschaft würde Schaden leiden, wenn sie außerhalb der EWG bleibe, denn der wirtschaftliche Aufschwung der EWG-Länder sei ihrem Zusammenschluß zu danken. Diese Begründung Macmillans zeigt einmal mehr die Fehlschlüsse, denen auch führende Staatsmänner in wichtigen Fragen verfallen. Keineswegs verdanken nämlich einige EWG-Länder ihren wirtschaftlichen Aufschwung der erst werdenden EWG. Der Vorteil niedriger Warenzölle für den Warenaustausch zwischen EWG-Ländern kann sich erst jetzt allmählich geltend machen, denn in den abgelaufenen 4 Jahren waren die Zollsenkungen innerhalb der EWG nicht kräftig und ausschlaggebend, während die Liberalisierung des Handels und die freie Umtauschbarkeit der Währungen nicht auf die EWG-Länder beschränkt waren. Macmillan hätte mit einem Blick auf die Schweiz, auch auf Portugal und die skandinavischen Länder das Irrige seiner Meinung feststellen können, denn die genannten Länder hatten einen wirtschaftlichen Aufschwung, der dem der EWG-Länder nicht nachsteht. Sogar das kleine, früher wirtschaftlich so arme Österreich zeigt seit einigen Jahren einen Wirtschaftsaufschwung, der sich mit dem seines unter wirtschaftlich günstigeren Vorbedingungen stehenden Nachbarlandes Bundesrepublik Deutschland wohl sehen lassen kann. Was aber die EWG-Länder selbst betrifft, so datiert beispielsweise der bundesdeutsche Wirtschaftsaufschwung schon aus einer Zeit, die weit vor der Gründung der EWG liegt. Frankreichs Wirtschaft floriert allerdings erst seit einigen Jahren, aber nicht dank der EWG, sondern seit dieses Land, lange politisch und wirtschaftlich zerrüttet, endlich ein stabiles Verwaltungs- und Währungssystem hat.

Unbestreitbar hat die moderne arbeitsteilige Wirtschaft größere Möglichkeiten, wenn ihr ein großer Absatzmarkt zur Verfügung steht. Wohl kann auch innerhalb eines kleinen Wirtschaftsgebietes jedes Industrieerzeugnis hergestellt wer-

den; eine andere Frage aber ist die preisliche Konkurrenzfähigkeit. Einzelfertigungen von Wirtschaftsgütern sind teuer und lohnen sich höchstens für das Handwerk, keineswegs aber für die Industrie. Industrielle Produktion setzt, soll sie rentabel sein, Serienfertigung voraus, wozu aber teuere Maschinen und Automaten mit den dazu gehörigen Betriebsvorrichtungen, Entwicklungsversuche und Spezialfachkräfte gehören. Die dadurch entstehenden fixen Kosten sind verloren, wenn sie nicht durch einen genügend großen Produktionsausstoß, auf das einzelne Fabrikat in kleinsten Beträgen verteilt, wieder hereingebracht werden können. Ein Massenabsatz benötigt in der Regel einen großen Wirtschaftsraum. Dies ist der einzige Grund, warum sich in kleinen Ländern z. B. noch keine Personenautoindustrie durchsetzen konnte; sie ist trotz Schutzzoll mit ihren Erzeugnissen gegen die in Massenfertigung hergestellten Fahrzeuge aus großen Industrieländern preislich nicht konkurrenzfähig. Sogar in den großen Industrieländern können die kleinen Automobilwerke auf die Dauer gegen die billiger arbeitenden Großbetriebe nicht bestehen, außer in Sonderfällen, etwa bei Klein- oder Sportfahrzeugen, die von Großbetrieben nicht hergestellt werden. In Amerika, dann in England und Frankreich wie auch neuerdings in Deutschland wurden nach und nach die meisten kleineren Automobilwerke von den paar großen, mit denen sie preislich nicht konkurrieren konnten, aufgesaugt oder mußten aus Verlustgründen aufhören. Daher ist auch nicht gesagt, daß nach der Integration kleinerer Länder in den größeren Wirtschaftsraum dort bisher nicht mögliche Großbetriebe für gewisse Massenfabrikate nun aufkommen können.

Die Verteuerung durch hohe Kosten für weite Transportwege schützt höchstens die Hersteller von Schwer- oder sperrigen Gütern, sofern es sich nicht um hochwertige Erzeugnisse handelt. Bei solchen kann schon ein Mehrtransport von 100 km und weniger das Konkurrenzerzeugnis aus Kostengründen ausschließen.

Durch die Höhe der Transportkosten wäre die Landwirtschaft für ihre Erzeugnisse vor der Konkurrenz aus entfernteren Gebieten geschützt, wenn keine zu große Differenz bei den Erzeugerpreisen bestünde. Auffallend groß ist das Preisgefälle zwischen der Bundesrepublik und den westlichen Ländern z. B. beim Getreide. In der Bundesrepublik werden jährlich Richtpreise gesetzlich festgelegt. Diese betragen derzeit beispielsweise für Weizen im Durchschnitt 45 DM je dz. In Frankreich dagegen beträgt der Weizenpreis etwa 10 DM je dz weniger, und in den USA beträgt am Verschiffungsplatz Chicago der staatlich gestützte Weizenpreis sogar nur 27,50 DM je dz. Dieser preisliche Vorsprung des westlichen Auslandes wird noch vergrößert durch bessere Qualität, begründet durch das wärmere und trockenere Klima in Frankreich, Amerika und Australien. Trotz der Mehrkosten für weiten Transport also und trotz zusätzlicher Belastung durch den deutschen Schutzzoll ist das ausländische Getreide in Deutschland immer noch billiger als das inländische. Den Preisunterschied muß der deutsche Importeur oder Verarbeiter an die amtliche Einfuhr- und Vorratsstelle abführen.

Was über die strukturelle Lage des Getreidebaues in der Bundesrepublik, über die dafür maßgeblichen klimatischen Einflüsse und das Preisgefälle von Ost nach West (und Süd) gesagt ist, trifft mehr oder weniger auch auf Obst und Gemüse, sowie auf Geflügel und Eier zu.

Überall in der Welt hat sich die Lage der Landwirtschaft so entwickelt, daß sie in allen Staaten unterstützt werden muß. Besonders ist dies beim Getreidebau der Fall, dann aber auch bei der Milchwirtschaft. Die nationale Förderung geschieht mit unterschiedlichen Mitteln, z. B. mit Schutzzöllen in Verbindung mit Einfuhrsperren (Einfuhrkontingenten), durch gesetzliche Mindestpreise, durch Dünger- und Betriebsstoffverbilligung, außerdem, zwecks langfristiger Strukturverbesserung, durch direkte finanzielle Staatshilfe. Trotz aller Schutz- und Förderungs-

maßnahmen ist groteskerweise die Landwirtschaft in eine solche Lage geraten, daß sie sich in keinem Land, ja in keinem Erdteil mehr rentiert. Schuld an dieser Tatsache trägt in erster Linie die technische Entwicklung und die dank ihr möglich gewordene Besserung der sozialen Lage des Industriearbeiters durch eine Entlohnung, die ihn in die Nähe des früher eine gehobene Lebensstellung einnehmenden Mittelstandes brachte. Infolge dieser Entwicklung mußten sich selbstverständlich auch die Lohnkosten und manche Produktionsmittelpreise der Landwirtschaft erhöhen. Doch trotz höherer Bezahlung auch des landwirtschaftlichen Personals wollen weder fremdes Personal, noch die eigenen Kinder und Familienangehörige der Landwirte mehr in der Landwirtschaft tätig sein, einmal weil sie bei dieser Berufstätigkeit notwendigerweise den Unbilden des Klimas ausgesetzt sind, zum andern aber auch, weil in der Landwirtschaft kein für die meisten Berufe selbstverständlicher Feierabend und Feiertag mit damit verbundener persönlicher Unabhängigkeit möglich ist. Die Flucht aus der Landwirtschaft ist nicht auf Deutschland beschränkt, sie ist mehr oder weniger überall anzutreffen. So wollen z. B. in den USA nur noch Einwanderer oder deren nachfolgende erste Generation in der Landwirtschaft bleiben. Die Unlust zu landwirtschaftlicher Arbeit blieb auch nicht auf die Industrieländer beschränkt, sie kommt sogar schon in unterentwickelten Ländern vor. So überlassen beispielsweise hinter dem Atlasgebirge und in der Nähe der Sahara, weitab der Meeresküste, die erwachsenen Kinder der Berber oder Araber die heimische Scholle ihren Eltern und ziehen in die Küstenstädte wie Algier u. a. oder auch nach Frankreich.

Wir sehen heute die merkwürdige Tatsache, daß, nicht allzulange nach der letzten großen Ernährungsnot, sogar die dicht bevölkerten Industrieländer unter Überproduktion an manchen landwirtschaftlichen Erzeugnissen leiden, während sie doch die Nahrungsprodukte der Agrarländer und besonders der unterentwikkelten Gebiete abnehmen sollten, denen sie die Erzeugnisse ihrer Industrien verkaufen wollen. Die auffallende Lebensmittelüberproduktion der Industrieländer hat ihre Ursache nicht zuletzt in der staatlichen Förderung und der daraus entsprungenen Produktionssteigerung. Im amerikanischen Senat hieß es kürzlich einmal, Deutschland solle die künstliche Föderung seiner Landwirtschaft aufgeben und die dann freiwerdenden Arbeitskräfte in seiner Industrie beschäftigen, wodurch es auf die Hereinnahme des großen Heeres ausländischer Arbeiter verzichten könne.

Zu der Produktionsförderung tritt als weitere Ursache des Überschusses an Getreide, Schlachtvieh, Kartoffeln u. a. die Änderung der Geschmacksgewohnheiten beim Verbraucher hinzu. Brot und Kartoffeln haben dank des höheren Lebensstandards ihre Stellung als Grundnahrungsmittel des Menschen weitgehend verloren; sie werden vielfach nur noch als Beilage zur täglichen Kost genossen. Das grobe Fleisch von Großvieh (Schwein und Rind) wird zurückgedrängt zugunsten von weißem Fleisch (Kalb, Geflügel u. a.), das wegen seiner leichteren Verdaulichkeit bevorzugt wird. An Stelle der Quantität der Nahrung tritt mehr und mehr deren Qualität.

Trotz aller Förderung und finanzieller Beihilfen der öffentlichen Hand ist die Lage der Landwirtschaft immer unbefriedigender geworden. Unter den heutigen Zuständen gilt das, was sich für die gewerbliche Wirtschaft schon länger erwiesen hat, auch mehr und mehr für die Landwirtschaft: Rentabel kann im allgemeinen nur noch in der Großwirtschaft mit ihren Planungs- und Rationalisierungsmöglichkeiten gewirtschaftet werden. Das Dilemma, das daraus für die Landwirtschaft entstanden ist, hat man auch in Amerika eingesehen. Präsident Kennedy führte bei Antritt seiner Regierungsperiode voriges Jahr in seiner „State of the Union Message" zu dem Problem der Landwirtschaft aus, die bisherige Methode der För-

derung der amerikanischen Landwirtschaft durch staatlich garantierte Mindestpreise und Prämien für Brachland habe sich als unwirksam erwiesen; während die großen „Agrarfabriken" auch ohne Staatshilfe gewinnbringend wirtschaften könnten, habe sich die Lage der kleinen und mittleren Farmen nicht gebessert; es müßten daher neue Wege eingeschlagen werden.

2.

Während für die Waren der gewerblichen Wirtschaft (Industrieerzeugnisse) bei den jüngsten Brüsseler Verhandlungen zur Durchführung des Gemeinsamen Marktes keine nennenswerten Schwierigkeiten zu überwinden waren (für Kohle, Eisen und Stahl bestand schon bisher durch die Montanunion eine supranationale Ordnung), gab es um die Agrarwirtschaft erbitterte Kämpfe, die beinahe zum vorläufigen Scheitern des Gemeinsamen Marktes geführt hätten. Dies ist nach den oben angeführten Preisunterschieden und den zum Teil obwaltenden Produktionsüberschüssen, besonders bei Getreide, Obst und Gemüse sowie Geflügel, auch gar nicht verwunderlich. Frankreich kann mit seinen wesentlich niedrigeren Getreidepreisen nicht hinauf auf die Höhe der deutschen, obwohl seine Bauern dies erbittert verlangen. Von einem Steigen der Getreide- und, entsprechend, der Brotpreise befürchtet Frankreich Lohnbewegungen mit den oft damit verknüpften Streiks, dazu von einem Steigen der Preise und Löhne inflationistische Auswirkungen. Es verlangt daher die Festsetzung gleicher Richtpreise für das ganze Gebiet der EWG, wogegen sich aber wiederum die deutschen Landwirte mit allen Mitteln wehrten. Italien und Holland wollten der Inkraftsetzung des Gemeinsamen Marktes nicht zustimmen, wenn die Bundesrepublik nicht auf das von ihr geforderte Recht zur Einfuhrsperre für Obst und Gemüse verzichtete, womit wiederum die deutschen Obst- und Gemüsebauern nicht einverstanden waren. Aber letzten Endes kam unter Vorbehalten für Notsituationen und einer Verlängerung der Übergangsfrist für Agrarerzeugnisse doch eine Einigung zustande.

Nun also wird mit Hängen und Würgen der Gemeinsame Markt in Gang kommen. Nach konformistischer und opportunistischer Gewohnheit herrscht bei Regierungen, Parteien und Publikationsorganen eitel Freude über den damit verbundenen Fortschritt. Wäre es nicht sture Negation, in solche Freude nicht vorbehaltlos miteinzustimmen? Ist die jetzt gelungene EWG nicht für Europa das gleiche, was einst die Gründung des deutschen Zollvereins für Deutschland war?

Unsere E i n e Welt ist ein runder Himmelskörper, auf dem Handeln und Wandeln des Menschen von Urbeginn an nur einige natürliche Hindernisse gesetzt sind: Wasser, Klima (Arktis und Antarktis), sowie hohe Gebirge. Staats- und Verwaltungsgrenzen sind nur formaler Natur und waren ursprünglich keine Hindernisse für den Menschen, sind es aber bis in unsere Zeit herein mehr und mehr geworden. Je mehr und je vollständiger sie wieder beseitigt werden, desto besser für den Menschen. Schon aus diesem natürlichen Grunde wäre die EWG ein Fortschritt und als positiv zu begrüßen, w e n n d a h i n t e r n i c h t a n d e r e A b s i c h t e n s t e c k t e n.

Zunächst bedeutet die Existenz der EWG eine protektionistische Politik gegenüber anderen Ländern, die außerhalb der EWG stehen. Ihnen gegenüber wirkt sich der wirtschaftliche Sinn der EWG als Diskriminierung deshalb besonders empfindlich aus, weil zur EWG nicht nur europäische Länder, sondern mit den Gliedstaaten der französischen Communauté auch außereuropäische Gebiete gehören. Sollte auch noch Großbritannien mit dem Commonwealth oder auch, was wahrscheinlicher ist, mit einem Teil seiner Dominien der EWG beitreten, so baut sich, sieht man ab von den Ostblockländern, eine wirtschaftliche Front gerade gegen die wirtschaftlich weniger oder unterentwickelten Länder auf, denen die

wirtschaftlich hochentwickelten Länder jährlich Milliardenbeträge an Entwicklungshilfen beisteuern oder beisteuern sollen. Ist die EWG für ihre Mitgliedsländer wirklich ein solch wirtschaftlicher Vorteil, wie die Europa- oder EWG-Ideologen behaupten, so wäre sie logischerweise auch eine Schädigung jener Länder, die außerhalb stehen. Das wären, sofern die übrigen Länder der EFTA auch der EWG beitreten, neben Finnland in Europa alle mittel- und südamerikanischen Länder — die USA wollen sich in irgendeiner Form noch arrangieren —, sodann die unabhängigen afrikanischen Länder, der Vordere Orient einschließlich Israel, ferner Südostasien und auch Japan.

Wer sich diese ganze Situation klar vor Augen hält, der kann nicht umhin, festzustellen, daß die durch die EWG sich vollziehende wirtschaftliche Aufteilung der Welt eine unnatürliche Kunstform anzunehmen im Begriffe ist. Daher liegt in ihr nicht die Synthese hin zu einer Harmonisierung und Vereinheitlichung unserer E i n e n Welt, in der wir zu leben haben. Vielmehr muß man in dieser künstlichen Konstruktion eine Antithese erblicken.

Eine Antithese ist die Konstruktion zunächst einmal in wirtschaftlicher Hinsicht insofern, als die außerhalb der EWG stehenden Länder als Fremde und als solche wirtschaftlich schlechter behandelt werden sollen als die EWG-Mitglieder mit ihrem Anhang. Durch den technischen Fortschritt ist die Welt nahe zusammengerückt und so klein geworden, daß sie wirtschaftlich eine Einheit ist, zusammengehört und kein Land autark leben darf, wenn es nicht sich und anderen zum Schaden werden will. Ist man überzeugt davon, daß der Gedanke, der die EWG gezeugt hat, an sich richtig ist, so darf er nicht nur in einem begrenzten Gebiet durchgeführt werden, sondern auf der ganzen Welt und für alle, die sich nicht selbst ausschließen wollen. E i n s o l c h e r P l a n k ö n n t e a b e r n u r v o n d e r U N O i n d i e H a n d g e n o m m e n u n d d u r c h g e f ü h r t w e r d e n. Einen gewissen Präzedenzfall hierfür gibt es im früheren britischen Empire, in dem ungehinderter Freihandel herrschte.

Aber die EWG mit ihrem ganzen Konglomerat bedeutet nicht nur keine Synthese zur Harmonisierung und Vereinheitlichung unserer Welt, sie bedeutet vielmehr eine Antithese in politischer Hinsicht. Seit Jahren leidet der Westen an seinem antibolschewistischen Komplex, entzündet und fortlaufend angefacht von dem Heer der Ideologen und berufsmäßigen Kalten Krieger. Dieser Komplex ist nur verständlich für den, der ihn in Vergleich setzt zu den Glaubenskämpfen zwischen Christentum und Islam oder den späteren zwischen Katholizismus und Protestantismus.

Heute geschieht nichts Wichtiges ohne den Blick auf den Kalten Krieg. So ist auch die EWG als ein weiteres Bollwerk gegen den kommunistischen Osten gedacht. Aus solchem Ursprung und Geist heraus kann aber die EWG nur zur weiteren Versteifung des Ost-West-Gegensatzes beitragen, also unsere — hoffentlich nur einstweilen — verfeindete E i n e Welt noch weiter auseinanderrükken lassen. Doch auch die neutralen Länder, die sich der EWG nicht anschließen wollen oder können, werden durch sie in eine unverschuldete Not gedrängt. Man denke nur an das kleine Finnland. Von den Motiven her betrachtet, kann die EWG nicht in erster Linie ein Produkt wirtschaftlicher Vernunft, sondern nur ein Produkt des Kalten Krieges sein. Geographische Einheiten und territoriale Zusammenhänge spielen für die Ideologen des Kalten Krieges keine Rolle. Aus dieser Einstellung heraus darf Osteuropa auch wirtschaftlich keine Rolle spielen.

Daß die EWG nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern auch aus solchen des Kalten Krieges entstanden ist, dafür zeugen einige authentische Auslassungen. So schrieb der ehemalige amerikanische Außenminister Herter, die EWG

sei das Musterbeispiel eines äußerst hoffnungsvollen Vehikels zur Stärkung des Westens und zur Überwindung Chrustschows im Kalten Krieg. Auch nach Auffassung des Präsidenten der EWG-Kommission, Professor Hallstein, ist der Tatbestand der EWG auch politisch zu werten. Der frühere Völkerrechtslehrer Hallstein ist kein praktischer Politiker und noch weniger ein praktischer Wirtschaftsmann, eher ein lebensfremder Theoretiker. Als solcher ist er Miturheber des westeuropäischen Organisationsdschungels, wie von ihm ja auch die „Hallstein-Doktrin" stammt, die sich immer wieder für die Bundesrepublik und andere Staaten als ein formales Hindernis gegen normale politische Beziehungen erweist. Über die EWG erklärte neuerdings Hallstein in Zürich, da sie eine im politischen Raum entstandene Organisation sei, verlange der Beitritt zur EWG eine politische Vorentscheidung, nämlich die Aufgabe einer Neutralität, die ohnehin gegenstandslos geworden sei.

Neben der EWG wurden im Laufe der letzten Jahre noch folgende Organisationen gegründet: Die Montanunion zur einheitlichen Marktordnung für Kohle, Eisen und Stahl, umfassend die 6 EWG-Länder; Euratom zur gemeinsamen Entwicklung der Atomenergie mit einem Forschungsreaktor in Genf, umfassend die 6 EWG-Länder; die WEU (Westeuropäische Union), umfassend 6 EWG-Länder und Großbritannien — eine Schöpfung des Europaparlaments, das von Zeit zu Zeit in Straßburg tagt, jedoch keine gesetzgebende Befugnisse hat.

Hinzu kommen noch weitere, über Westeuropa hinausgreifende Organisationen, wie OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung); GATT (Ständige Kommission für Zoll- und Handelssachen); NATO (Nord-Atlantik-Pakt-Organisation), in erster Linie ein Militärbündnis mit enger Verflechtung der Streitkräfte.

Geplant ist außerdem eine EZU (Europäische Zahlungsunion). Sodann besteht noch die Weltbank für Währungskredite an devisenschwache Länder.

Last but not least ist noch zu nennen die UNO, Vereinte Nationen genannt, die alle Nationen der Erde umfassen soll.

Ein Deutscher, der die Aufgaben und die Befugnisse der EWG nüchtern prüft, kann nicht glauben, daß ihre Urheber an eine künftige Wiedervereinigung Deutschlands gedacht oder noch daran geglaubt haben. Die in ihr vorgesehene unwiderrufliche Westintegration der Bundesrepublik kann nur als weitere Zementierung der Spaltung Deutschlands beurteilt werden.

Oreste Rosenfeld, Paris

Das deutsche Problem — vom Ausland gesehen

1.

Es ist unbestreitbar, daß das deutsche Problem im allgemeinen und das der Wiedervereinigung im besonderen in Deutschland und im Ausland auf verschiedene Art betrachtet wird. Die Deutschen empfinden die gegenwärtige Lage ihres Landes als sehr schmerzlich. Sie ist für ihren Nationalstolz und ihre Vaterlandsliebe unerträglich. Dieses Gefühl wird noch durch die Sorgen verstärkt, die ihnen die Situation des Teils des deutschen Volkes bereitet, das einem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Regime unterworfen ist, welches die Sowjetunion auferlegt hat und durch die Anwesenheit seiner Truppen aufrechterhält.

Es ist normal, daß die Völker Europas und Amerikas, die an dem von Hitler hervorgerufenen Krieg teilnahmen, nicht alle Gefühle und Sorgen des deutschen Volkes teilen. Welches auch die Unterschiede in der Reaktion von seiten der Völker Frankreichs, Englands, Belgiens, Hollands, Luxemburgs, Dänemarks und Norwegens einerseits und die der slawischen Völker des europäischen Ostens anderseits sein mögen, alle hatten am Ende des Krieges ein gemeinsames Gefühl: die Furcht, daß Deutschland zu neuer wirtschaftlicher, politischer und militärischer Macht gelange. Alle hatten den einheitlichen Willen, das Wiedererstehen dieser Gefahr zu verhindern.

Für Frankreich war der Krieg zwischen 1939—45 die dritte deutsche Aggression in weniger als einem Jahrhundert. Für die anderen Völker Europas bedeutete es im Zeitraum von 25 Jahren den zweiten deutschen Aggressionskrieg und die totale oder teilweise Besetzung ihres Gebiets. Für Kanada, die USA, Australien und Neuseeland war es ebenfalls innerhalb von 25 Jahren der zweite von Deutschland hervorgerufene Krieg. Er bedrohte nicht allein Demokratie und Freiheit, sondern auch die Grundsätze von Moral und Menschlichkeit durch die Rassentheorien Hitlers, die die SS in allen besetzten Ländern in die Tat umsetzte, mit dem Ziel, ganze Rassen — Juden, Zigeuner — und andere „Untermenschen" auszurotten. Das darf nie vergessen werden, wenn man die Haltung der Völker hinsichtlich des deutschen Problems verstehen will.

Ich übersehe nicht, daß sich in manchen Ländern Ereignisse zugetragen haben, die diese Völker dazu brachten, das deutsche Volk und seine Schuld anläßlich der nazistischen Grausamkeiten weniger streng zu beurteilen. Diese Ereignisse schwächen gewiß nicht den Schrecken, den die Welt noch heute bei der Erinnerung an die Grausamkeiten empfindet, die das Hitler-Regime sowohl gegenüber dem deutschen Volk beging wie gegenüber den Völkern der besetzten Länder. Aber sie zeigen, daß Folter, Massenhinrichtungen, Kollektivverfolgung, der niedrigste Rassenhaß, der die Form des Völkermords annimmt, nicht zum Laster eines einzelnen Volkes gehören. Sie gehören zur terroristischen Diktatur, zu einem totalitären Regime oder zu einem schwächlichen Regime, das seine Befugnisse den Händen von Abenteurern und Sadisten überträgt. Ich denke dabei insbesondere an Frankreich, an die Haltung seiner Polizei und gewisser Militärs gegenüber dem algerischen Volk, das mit den Waffen für seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpft. Und ich denke ebenfalls an die UdSSR zur Zeit Stalins.

Der „Geheimbericht" Chrustschows auf dem 20. Parteitag der sowjetischen KP 1956 und seine zusätzlichen öffentlichen Enthüllungen auf dem 22. Parteikongreß im Oktober 1961 haben amtlich bestätigt, was wir von den Terrormethoden Stalins und den Grausamkeiten seiner Polizei bereits wußten. Wenn es schwierig ist, das russische Volk in seiner Gesamtheit für diese Verbrechen verantwortlich zu

machen, da man die Unterdrückung, unter der es lebte, berücksichtigen muß, so kann man hinsichtlich des französischen Volkes die gleiche Großmut nicht walten lassen. Diejenigen, die vorgeben, nichts gewußt zu haben von dem, was in Algerien geschieht, wollten nichts wissen. Diesen Dingen zum Trotz halte ich aufrecht, was ich über die Gründe der Haltung der verschiedenen Völker gegenüber Deutschland gesagt habe.

2.

Im Verlaufe der Nachkriegszeit ist das deutsche Problem — durch die beklagenswerte Tatsache der deutschen Teilung — in eine neue Phase eingetreten. Es hängt heute mehr denn je von der internationalen Lage, insbesondere den Ost-West-Beziehungen, ab. Ich bin davon überzeugt, daß ein Fernbleiben Deutschlands von der Westeuropäischen Union und dem Nordatlantik-Pakt die ost-westliche Entspannung erleichtert hätte. Das Problem der Wiedervereinigung würde nicht die unüberwindlichen Schwierigkeiten bieten, wie das jetzt der Fall ist. Denn man darf sich diesbezüglich keinen Illusionen hingeben. Unter den gegenwärtigen Bedingungen und wenn man nicht die Gefahr eines dritten Weltkriegs in Betracht ziehen will, erscheint mir eine befriedigende Lösung dieses Problems als ausgeschlossen.

Im Gegensatz zu der neulich im „Observer" von dem ansonsten guten Rußlandkenner Isaac Deutscher aufgestellten Theorie kann Chrustschow zur Zeit gewiß nicht daran denken, auf Ostdeutschland zu verzichten. Von den Albanern angegriffen, von den Chinesen bedrängt, von den hohen zivilen und militärischen Kadern seiner eigenen Partei kritisiert, kann er sich — selbst wenn er wollte — keinen solchen Verrat an einer Bruderpartei und kein so fundamentales Zugeständnis an die kapitalistische Welt erlauben. Bei einer Prüfung der Wiedervereinigungsfrage müssen wir folglich in Betracht ziehen, daß es gegenwärtig unmöglich ist, die UdSSR in dieser Frage zum Nachgeben zu zwingen. Das ist die erste Schlußfolgerung, zu der ich gelange.

Der zweite Schluß betrifft ebenfalls die UdSSR, aber auch alle anderen slawischen Staaten, mit Einschuß Jugoslawiens. Er gründet sich auf die Beziehungen, die sich im Laufe der letzten Jahrhunderte zwischen diesen Ländern und Deutschland herausbildeten. Bis in die ersten Jahre dieses Jahrhunderts hatten alle slawischen Staaten fast ausschließlich landwirtschaftlichen Charakter. Nur die Tschechoslowakei, oder vielmehr Böhmen, war industrialisiert und folgte dem Rhythmus der österreichischen und deutschen Wirtschaftsentwicklung. In einem schwächeren Maße war auch Polen in den europäischen Wirtschaftsstrom einbezogen. Aber das zaristische Rußland, wo die Leibeigenschaft erst 1861 aufgehoben wurde, Bulgarien, Rumänien und Serbien waren noch Bauernländer. Seit langem — in Rußland schon vor Peter dem Großen — wanderten ausländische Handwerker, in der Mehrzahl Deutsche, ein. Entweder hatte man sie in diese Länder gerufen, oder sie kamen aus eigenem Antrieb, um Güter zu erzeugen oder Handel zu treiben. Ihre Kenntnisse, ihre Geschicklichkeit, ihre stolze und unabhängige Haltung beeindruckten die ungebildete Bauernbevölkerung. Ihnen gegenüber gab es viel Achtung, aber auch viel Furcht. Hinzu kam sehr oft die Verachtung der Orthodoxen (in Rußland und Bulgarien) gegenüber den katholischen und protestantischen „Ungläubigen". In Polen, Böhmen und Serbien wurde den Deutschen ein Haß entgegengebracht, wie ihn Eroberer oder Besatzungsmächte hervorrufen. Seit der Auflösung der österreichisch-ungarischen Donaumonarchie verschwand dieses Gefühl gegenüber den Österreichern.

Der letzte Krieg, mit seiner Besetzung dieser Länder durch die deutschen Truppen und die gegen die slawischen „Untermenschen" ausgeübten Grausamkeiten,

hat sowohl Haß wie auch Furcht geweckt. Diese neuen Gefühle fügten sich der vielschichtigen Psychologie an, die ich soeben beschrieb. So entstand eine Art von Psychose: Angst und Mißtrauen gegenüber Deutschland. Hinsichtlich Deutschlands sind die Erinnerungen an seine einstige militärische Macht noch zu lebendig, um nicht seine potentielle Macht zu fürchten. Aus diesem Grunde glaube ich, daß die Wiederaufrüstung Westdeutschlands, von den drei Westmächten mehr auferlegt als erlaubt, ein sehr schwerer Irrtum war. Für viele Jahre verschloß sie jede Möglichkeit, mit der Sowjetunion die Wiedervereinigung zu verhandeln. Die Wiederaufrüstung erweckte von neuem die Angst der slawischen Völker. Daher ihr heftiger Widerstand gegen den Gedanken der Wiedervereinigung. Die UdSSR braucht keine Anstrengung zu unternehmen, um dieses Gefühl auszunutzen. Ihr Veto gegen eine westlich ausgerichtete deutsche Einheit läßt sie in den Augen aller slawischen Völker als einziger Verteidiger gegen die Wiedergeburt des deutschen Militarismus erscheinen. Die stürmischen Kundgebungen von Verteidigungsminister Strauß, die unklugen Äußerungen des Bundeskanzlers fachen das Feuer von Mißtrauen, Angst und Haß noch an. Sollten die westdeutschen Repräsentanten fortfahren, Nuklearwaffen für die Bundeswehr oder sogar nur für die NATO zu verlangen, dann werden sich die Beziehungen Deutschlands zu den Oststaaten immer mehr verschlechtern. Denn jeder weiß, daß die Bundesrepublik im Laufe dieses Jahres zur größten Militärmacht in Westeuropa werden wird. Infolgedessen würde die atomare Ausrüstung der NATO in der Tat nichts anderes bedeuten als die atomare Bewaffnung Deutschlands. Ich schreibe diese Worte mit äußerster Vorsicht: Ich bin nicht sicher, ob die Sowjetunion es sich erlauben kann, der Nuklearbewaffnung Westdeutschlands beizuwohnen, ohne sofort zu reagieren. Meine Reisen, die ich 1956 und 1959 in die UdSSR unternahm, die Gespräche, die ich mit Verantwortlichen — darunter Chrustschow selber — hatte, zwingen mich zu dieser sehr ernsten Warnung.

3.

Betrachten wir nun die Haltung der Staaten und Völker des Westens. Als die USA, Großbritannien und Frankreich zur Verhinderung einer neuen militärischen Gefahr Deutschland aufteilen wollten, widersetzten sich die britische Arbeiterpartei, die sozialistische und republikanische Linke in Frankreich und einige amerikanische Intellektuelle dieser törichten Lösung. Als die gleichen Regierungen die Aufrüstung Westdeutschlands begannen, war ein Teil derselben linken Elemente in der Opposition. In Frankreich ist es meinen Freunden und mir gelungen — mit der diskreten Unterstützung des damaligen Ministerpräsidenten Mendès-France —, das Parlament zur Ablehnung der Ratifizierung der Europa-Armee (August 1954) zu veranlassen. Es ist uns aber nicht gelungen, die Wiederaufrüstung auf dem Umweg über die Westeuropäische Union zu verhindern.

Warum handelten wir so? Für mich ist die Antwort sehr deutlich. Außer den Gründen, die aus einer Prüfung der internationalen Lage resultierten, gab es einige besonderer Art. Die französische Linke (ich spreche nicht von der SFIO, die unter der Führung Guy Mollets seit langem die Sache der Demokratie verlassen hat und an den Rockschößen General de Gaulles hängt) ist voller Mißtrauen gegenüber dem Deutschland Adenauers. Dessen Erklärungen über die „Mission des deutschen Volkes im Kampf gegen den Bolschewismus" erinnern uns an die Phrasen Hitlers. Wir fürchten das Wiedererstehen des Militarismus. Die häufigen Vorstöße von Strauß beschwören unangenehme Erinnerungen. Jakob Kaiser ließ die Vergangenheit wieder lebendig werden, als er 1951 — er war damals Minister — folgendes von sich gab: „Ein wirkliches Europa kann nur gebildet werden, wenn der deutsche Block wiedererstanden ist. Ich möchte unterstreichen, daß zu diesem Block außer Deutschland Österreich, ein Teil der Schweiz, die Saar und

natürlich Elsaß-Lothringen gehören . . . Wenn ich an das Straßburger Münster denke, wird es mir traurig ums Herz." Man wird mir vielleicht entgegnen: Aber das ist doch alt, seitdem . . . Ja, seitdem gab es leider Dinge, die die Richtigkeit unseres Verhaltens im Jahre 1954 unterstrichen. Wenn Bundespräsident Lübke am 3. Februar in West-Berlin kundgibt, daß „das deutsche Volk zu groß und zu stark ist, um artig seine Teilung zu ertragen", so frage ich: Wo soll das hinführen? Um so mehr, als er mit den Worten „Verletzung des atlantischen Bündnisses" die Haltung derjenigen bezeichnet, die die Teilung annähmen. Ähnliche Drohungen hätte Lübke nicht ausstoßen können, wenn die Wiederaufrüstung nicht von neuem das Wiederentstehen eines kämpferischen Nationalismus erlaubt hätte. Denn für mich ist es klar, daß diese Worte besagen, Deutschland sei jetzt in der Lage, allein für seine Wiedervereinigung zu kämpfen, in dem Bewußtsein, einen großen Krieg hervorrufen zu können. Heute geht es um die Wiedervereinigung. Wer wird verhindern, daß Deutschland morgen, auf die Armee gestützt, die Rückkehr zu den Grenzen von 1939 fordert? Oder sogar die Ratschläge von Jakob Kaiser befolgt?

Davor haben die slawischen Nachbarn Deutschlands Angst, aber davor fürchten sich ebenfalls die Völker des Westens. Man sollte sich keiner Täuschung hingeben. Das französische Volk — obwohl es sich von de Gaulle vorübergehend regieren läßt — ist nicht bereit, für die Wiedervereinigung zu sterben. Ich hoffe, daß es auch die Ansicht deutscher Demokraten ist, denn ein gegenwärtiger Krieg wäre total, das heißt nuklear. Ich fürchte sehr, daß die Vereinigung Deutschlands durch einen Krieg die Vereinigung der Völker Europas (und vielleicht auch Amerikas) im Tode bedeutet.

4.

Welche Lösung läßt sich vorschlagen? Ich sage es aufrichtig: Soll die Wiedervereinigung Deutschlands in den nächsten Jahren vonstattengehen, dann könnte das nur im Rahmen der allgemeinen, international kontrollierten Abrüstung geschehen. Insbesondere im Rahmen der ersten Phase der allmählichen Abrüstung: der militärischen Verdünnung in einer Zone, die sowohl östliche als auch westliche Gebiete umfassen müßte und deren Zentrum in der Nähe Berlins liegen würde. Diese Zone — im Laufe des Fortschreitens der allmählichen und international kontrollierten Abrüstung immer mehr nach Osten und Westen ausgeweitet — würde schließlich ganz Deutschland, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn umfassen. Die SPD unterbreitete einen ähnlichen Plan, den sie leider glaubte aufgeben zu müssen. Die britische Arbeiterpartei, der polnische Außenminister Rapacki, der amerikanische Botschafter Kennan, mein Freund Mendès-France haben interessante Vorschläge ausgearbeitet. Sie alle können als Diskussionsgrundlage dienen. Ich bin überzeugt, daß die Sowjetunion sich dem nicht entzöge. Ohne die Zustimmung Chrustschows hätte Rapacki seinen Plan nicht vorlegen können. Natürlich muß die militärisch verdünnte Zone sich zu beiden Seiten einer Linie auf die gleiche Zahl von Kilometern nach Ost und West erstrecken. Dieser Plan macht den Austritt der betreffenden Staaten aus den Militärbündnissen, wie NATO und Warschauer Pakt, notwendig. Dagegen muß er ihnen volle Freiheit hinsichtlich der politischen und wirtschaftlichen Ausrichtung überlassen. Ihre normalen wirtschaftlichen Strömungen dürfen nicht gestört werden, und ihre politischen Auffassungen allein haben über die Zugehörigkeit zu politischen Bündnissen zu entscheiden.

Es scheint mir, daß dies der einzige Weg ist zur friedlichen Lösung des Berlin-Problems. Sonst kann eine vorübergehende Lösung dieser peinlichen Frage nur auf der Basis der Anerkennung der DDR durch die Westmächte und die Verwand-

lung West-Berlins in eine „westliche" Stadt erreicht werden, die rechtlich von Bonn abgetrennt ist und der Verwaltung der Besatzungsmächte oder der Vereinten Nationen unterliegt.

Will man die Welt nicht in die Nuklearkatastrophe stürzen, muß man zugeben, daß die gegenwärtigen Umstände kein Ende der Teilung Deutschlands in zwei deutsche Staaten erlauben. Niemand hat das Recht, diesbezüglich Illusionen zu erwecken. Daher stellt die deutsche Wiederaufrüstung eine äußerste Gefahr dar. Mit der Wiederherstellung seiner Militärmacht — nach dem bewunderungswürdigen Aufbau seiner wirtschaftlichen Macht — kann man befürchten, daß sich Deutschland von neuem dem militaristischen Geist hingibt. Natürlich findet er seine beste Nahrung in der Trennung des Landes, die das Nationalgefühl verletzt. Dies Gefühl ist durchaus verständlich, aber es kann sehr gefährlich für die Aufrechterhaltung der deutschen Demokratie und des Weltfriedens sein. Statt jedoch zu verhindern, daß die Vaterlandsliebe sich in eine Art undurchdachter Kriegspsychose umsetzt, trachten die westdeutschen Verantwortlichen jedes Gefühl zu verschärfen, indem sie sich auf die wiedergebildete Militärmacht berufen. Sollte die Bundesrepublik, in direkter oder indirekter Form, Nuklearwaffen erhalten, ist zu befürchten, daß der sowjetische Block das nicht passiv erträgt und eine Präventivaktion unternimmt. Nur die allgemeine, international kontrollierte und in Etappen vorgenommene Abrüstung kann den Rahmen abgeben für eine befriedigende und endgültige Lösung des Problems der Wiedervereinigung und der Berlin-Frage. Zur Erreichung dieses Ziels müssen alle Mächte — und die Bundesrepublik in erster Linie — die Versuche Kennedys und Macmillans unterstützen, die die Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung wieder aufzunehmen trachten. Alles, was zur Entspannung führt, muß unterstützt werden. Im Augenblick ist Kennedy am besten in der Lage, ein Resultat zu erzielen. Weit davon entfernt, ihm Hindernisse in den Weg zu legen, muß man ihm helfen. Denn, ob man es will oder nicht, die USA und die UdSSR sind die beiden mächtigsten Staaten. Von ihrer Verständigung hängt das Schicksal der Welt ab.

Deutschland würde einen Fehler begehen, unterstützte es die Politik de Gaulles und richtete es seine Haltung danach ein. Obwohl der französische General sich Vollmachten, insbesondere auf außenpolitischem Gebiet, angeeignet hat, ist seine Stellung alles andere als fest. Heute ist sein Regime von der geheimen, sehr gut organisierten faschistischen OAS bedroht, die morgen bereits einen neuen Aufstand anzetteln kann. Da die Regierung von Männern gebildet ist, die zusammen mit den OAS-Führern die Vierte Republik stürzten, besteht die Gefahr eines Kompromisses zwischen diesen verschiedenen Elementen. Es ist zu erwarten, daß das gaullistische Regime härter wird und zu einer militär-faschistischen Diktatur abgleitet. Diese Faschisierung Frankreichs — nicht von Dauer, weil sie den Bürgerkrieg heraufbeschwört — wird auf seine Nachbarn, vor allem auf die deutschen Militärführer, nicht ohne Einfluß sein. Wenn die deutsche Demokratie nicht auf der Hut ist, kann sie sich unter den Stiefeln ihrer Generale wiederfinden, die mit den militär-faschistischen Verschwörern in Frankreich befreundet sind. Die Folgen sowohl für Deutschland als auch für den Frieden lassen sich unschwer voraussehen.

Gerd Lauschke

Was tut sich in England?

Das neue Verteidigungs-Weißbuch

Am 20. Februar hat die britische Regierung ihr mit Spannung erwartetes neues Weißbuch zur Verteidigung veröffentlicht, das das Dokument des ehemaligen Verteidigungsministers Sandys für die nächsten fünf Jahre ablöst. Folgendes sind die Hauptpunkte der neuen Verteidigungsplanung:

1. „Die Regierung glaubt nicht, daß die Verteidigung Europas den atomaren Langstreckenwaffen allein überlassen bleiben kann, noch, daß sein Schicksal durch in die Länge gezogene, auf konventionelle Waffen begrenzte Kämpfe entschieden werden könnte."

Das entspricht im Grunde dem, was Strauß sagt. Die Anregungen von Lidell Hart und Helmut Schmidt sind ausdrücklich verworfen. Krieg in Europa bedeutet also den Atomkrieg.

2. Zwar ist sich die Regierung in London klar darüber, daß sie nur über eine relativ kleine eigene Abschreckungsmacht verfügt. Ihre Wirkung allein übersteigt aber nach Meinung der Regierung ein Opfer, das der Gegner im Ernstfalle zu riskieren bereit ist.

„Deshalb wird die Wirksamkeit unserer Abschreckung während der 60er Jahre aufrechterhalten werden."

3. Man hat sich für Berufssoldaten und gegen die allgemeine Wehrpflicht entschieden. Zur Zeit sind 484 800 Soldaten unter Waffen, darunter noch auslaufende Jahrgänge von Wehrpflichtigen. Für 1962 sind 443 400 und für 1963 426 300 Soldaten eingeplant. Der Rückgang der Truppenstärke wird mit den zunehmenden Kosten für die technische Ausrüstung begründet. Man will in England den Verteidigungsetat 7% des Bruttosozialprodukts nicht übersteigen lassen. Darüber hinaus steigende Sachkosten müssen also durch Personaleinsparungen aufgefangen werden.

Mit der geplanten Verminderung der Personalstärke haben die Engländer aber auch als erste NATO-Großmacht die Konsequenzen aus der personalen Überlegenheit der Westmächte über den Ostblock gezogen. Die NATO-Staaten unterhalten über 6 Mill. Soldaten, die Warschauer-Pakt-Länder hingegen nur 5 300 000 (Betriebskampfgruppen und paramilitärische Einheiten einbegriffen). (Zahlen: Hansard, House of Lords 1962, Sp. 1040).

4. England hat auf Grund seiner Beteiligung an NATO, SEATO und CENTO Truppen in allen drei Vertragsgebieten zu unterhalten, zu denen noch die zweiseitigen Bündnisse, Commonwealth- und Kolonialverpflichtungen und die immer noch umfangreichen militärischen Überseeverpflichtungen hinzukommen.

Die Truppen sollen künftig mobil gehalten werden. Die Regierung hat sich hier weitgehend die Gedanken Montgomery's zu eigen gemacht:

„Wir müssen uns gegen einen möglichen Verlust unserer festen Einrichtungen in Übersee sichern und Truppen und schweres Material auf See unterhalten, sowie die Wasser- und Lufttransportmöglichkeiten der strategischen Reserve vermehren."

„Überdies bedeutet unser Beitrag zu den NATO-Schildstreitkräften eine weitere Stationierung von Truppen in Übersee und deshalb eine schwere Belastung unserer Zahlungsbilanz. Nach einer unvoreingenommenen Prüfung unseres Falles erkennt NATO die Bedeutung dieser Belastung an, und wir hoffen, angemessene Mittel aushandeln zu können, um uns von diesem Druck auf unsere Zahlungsbilanz zu befreien. Wir anerkennen jedoch, daß die Gestellung ausreichender Truppen zur Unterstützung der strategischen Ziele von NATO fortgesetzt werden muß als eine von Englands Hauptverantwort-

> lichkeiten, soweit wir in dieses Jahrzehnt vorausschauen können. Während dieses Zeitraumes muß das Verhältnis von diesen Truppen, die auf dem europäischen Festland, beziehungsweise in Großbritannien stationiert werden sollen, zu einem Großteil von der Lage unserer Zahlungsbilanz abhängig gemacht werden. In der Zwischenzeit haben wir Schritte in dem Armee-Reserve-Gesetz unternommen, um die Stärke von B.A.O.R. (British Army on the Rhine) aufrechtzuerhalten, die, wenn sich die Berlin-Situation weiterhin verschlechtert, innerhalb von wenigen Tagen durch Einberufung von Reservisten auf Kriegsstärke gebracht werden könnte."

6. Wo möglich, soll eine Zusammenlegung der drei Wehrmachtteile erfolgen.

7. Steigerung der Luftschutzanstrengungen. Planung einer Evakuierung der Städte nach dem Prinzip ‚ladies and children first'.

Die rechten Labour-Führer werden gegen die neue Kriegsplanung der konservativen Regierung Sturm laufen. Sie bezeichnen das Weißbuch als ein Anti-NATO-Dokument, weil es

I) nicht die von NATO gewünschte Anhebung der „atomaren Schwelle" berücksichtigt,

II) im Gegensatz zu General Norstad die Möglichkeit eines längeren nichtatomaren Krieges in Europa ausschließt,

III) die Stationierung von Truppen auf dem europäischen Kontinent von der Zahlungsbilanz abhängig macht. (Die „Times" spricht ganz offen: „Es bereitet den Weg vor für einen teilweisen Abzug aus Deutschland . . .").

Damit zöge sich die britische Regierung auf den Edenplan zurück. Dieser Plan sah seinerzeit die Stationierung von vier britischen Divisionen und einer strategischen Luftflotte in Deutschland vor, um den Franzosen eine Beteiligung an der europäischen Verteidigung schmackhaft zu machen.

Das neue britische Verteidigungs-Weißbuch beweist, daß irgendetwas nicht stimmt: Entweder ist die Lage gar nicht so ernst, daß man ständig mehr Soldaten haben muß, oder aber, wenn die Bundesregierung darauf beharrt, daß sie so ernst sei, dann ist die Teil-Demobilisierung der Briten und das Ausmaß derselben ein Zeichen dafür, daß sie weniger Deutschland an der Elbe (Verzeihung, das klingt wirklich so) als England am Rhein verteidigen wollen.

Es wird immer klarer: NATO ist kein Ersatz für verhandeln.

Kritik an der UNO

Mit zunehmender Stärke des neutralen Lagers nimmt auch die Unzufriedenheit der westlichen UN-Mitglieder über den Verlust ihrer gesicherten Mehrheit in diesem Weltforum zu.

Man hat in England häufig dazu geneigt, in den Vereinten Nationen eine Neuauflage des alten Völkerbundes zu sehen, diesmal nur mit Beteiligung der Amerikaner (s. hierzu die Ausführungen von K. Zilliacus, „Blätter", 2/1962, S. 123 ff.). Kulminiert hat die britische Kritik an den Vereinten Nationen in einer Rede von Außenminister Lord Home vom 28. Dezember 1961, in der dieser von „einer Vertrauenskrise in den UN" sprach. In der gleichen Rede beklagt Home die Abstimmung in der Goa-Resolution, in der einige Länder „öffentlich und ohne Scham" für die Anwendung von Gewalt zur Erreichung nationaler Ziele" gestimmt hätten. Lord Home weiter:

> „Eine große Anzahl von neuen Ländern gibt ihrer Kampagne zur Beschleunigung der Unabhängigkeit für koloniale Territorien den Vorrang vor dem Hauptzweck der Charta, welcher ist, für Frieden und Sicherheit zu sorgen."

Der britische Außenminister am 2. Februar in London:

> „Wenn die Vereinten Nationen nicht gegen den Einsatz von Gewalt eintreten, sind sie für die zivilisierte und freie Welt nutzlos."

Freilich meint man damit nicht den Kolonialismus, der, nach Krishna Menon, eine permanente Aggression ist.

England wird nicht ohne Grund immer wieder in eine Reihe mit den schlimmsten aller Kolonialmächte gestellt: Am 30. Oktober 1956 stimmte es, zusammen mit Frankreich, gegen eine Aufforderung an Israel, seine Truppen aus Ägypten zurückzuziehen, und legte im Sicherheitsrat Veto gegen eine gleiche Resolution ein. Am 2. November 1956 befand sich die englische Stimme unter den fünf, die sich gegen einen sofortigen Rückzug aller ausländischen Truppen aus Ägypten aussprachen. Am 14. Dezember 1960 und am 27. November 1961 enthielt sich England — zusammen mit Frankreich, Portugal, Spanien und Südafrika — der Stimme bei einer Resolution, die „unmittelbare Schritte" zur Übertragung der Herrschaft an die Völker der noch bestehenden Kolonien forderte. Am 19. Dezember enthielt sich England der Stimme, als die Vereinten Nationen die Weigerung Portugals bedauerten, Unterlagen über seine überseeischen Gebiete vorzulegen. England enthielt sich, als ein Komitee zur Untersuchung der portugiesischen Überseegebiete gebildet und als Südafrikas Weigerung, in Sachen Südwestafrika mit den UN zusammenzuarbeiten, bedauert wurde. Der „Observer" berichtete am 19. November 1961 aus New York, daß England und die USA hinter der Szene Anstrengungen unternähmen, um Südafrika vor Sanktionen oder einem Ausschluß zu bewahren.

Über dieses politische Verhalten kann auch nicht der britische Anteil von 7,58 % an der Finanzierung der UN-Arbeit hinwegtäuschen: England zahlt jährlich 12 300 000 Pfund Sterling, davon 5 Mill. für Wirtschafts- und Flüchtlingshilfe und etwas weniger als 2 Mill. für UN-Sonderorganisationen. Das ist natürlich im Vergleich zum Verteidigungshaushalt nicht zu viel. Da aber die ganzen Beträge Englands Reputierlichkeit ohne entsprechendes politisches Verhalten nicht herzustellen vermochten, bildet sich so etwas wie ein UN-Komplex heraus. Nach Berichten der „Times" sagte Lord Home am 2. Februar:

> „In NATO ist England einer von 15 Alliierten, im Commonwealth einer von 13 Partnern. In den Vereinten Nationen ist England eines von 104 Mitgliedern, in Europa wäre es eine von 7 oder mehr Nationen."

Rechnet man hinzu, daß man im Westen nur allzu leicht geneigt ist, die Neutralen mit den Kommunisten gleichzusetzen — wobei man UN-Beschlüsse wie die zur 50-Megatonnen-Bombe, zu Tibet und Ungarn vergißt —, so ist erklärlich, daß man mit Frankreich, Holland, Belgien und Portugal und auf transatlantischer Ebene mit den ‚Kuba-Befangenen' besser kooperieren kann.

Atlantische Gemeinschaft (?) *)

Anfang Februar hat es in England eine weitverbreitete Diskussion um die Atlantische Gemeinschaft gegeben, ausgetragen in fast allen seriösen Zeitungen des Landes. Der Zeitpunkt hängt zusammen mit einer Zusammenkunft von 100 NATO-Politikern, die vom 8.—20. Januar unter Vorsitz von Christian Herter in Paris stattgefunden hat. Auf dieser Tagung wurde eine „Erklärung von Paris" verabschiedet, deren Einleitung wie folgt lautet:

> „Wir, die Bürger-Delegierten (sic!) zu der atlantischen Konferenz von NATO-Nationen . . . sind überzeugt, daß unser Überleben als freie Menschen und die Möglichkeit des Fortschritts für alle Menschen die Schaffung einer wahrhaft Atlantischen Gemeinschaft innerhalb der nächsten zehn

*) S. Arno Behrisch, „Blätter", 2/1962, S. 114 ff.

Jahre verlangen. Deshalb legen wir diese Erklärung unserer Überzeugungen vor."

Das Vehikel für eine solche Gemeinschaft soll offenbar NATO sein, „ein Militärbündnis mit dem negativen Ziel, die russische Expansion in Europa zurückzuhalten", wie Samuel Brittan im „Observer" vom 4. Februar schrieb. Brittan fährt fort: „Versuche, sie mit einem hochtönenden Zweck anzureichern, gehen daneben."

So problematisch wie die Basis einer solchen Gemeinschaft, so schwierig wird es auch sein, ihre Mitgliedschaft abzugrenzen. In einer Diskussion über die Pariser Tagung im britischen Oberhaus am 31. Januar hat Lord Gladwyn darauf hingewiesen, daß man im allgemeinen die Mitglieder der OECD zur atlantischen Union rechne, zu der neben den NATO-Ländern auch die europäischen Neutralen (!) und Japan gehören. Kuba, Mexiko und Ghana liegen aber auch am Atlantik. Und dann kann man nicht gut die anderen afrikanischen oder asiatischen Länder ausschließen. Lord Gladwyn schloß:

„Dann werden wir einen Rat der Freien Welt haben. Wenn man in Kategorien von Mitgliedschaft denkt, ist es wirklich eine Schwierigkeit."

Die Engländer gehen mit der ihnen eigenen Gelassenheit an die Probleme heran. Sie haben ja auch ihre Erfahrungen im Umgang mit den Amerikanern. Schließlich schieben sie es, wohl nicht unbegründet, den USA in die Schuhe, daß EFTA wegen der einseitigen amerikanischen Unterstützung der EWG nicht floriert hat. Und jetzt findet man eine Reihe von Ausreden in Sachen Atlantische Gemeinschaft. So sagte Außenminister Lord Home am gleichen Tage im Oberhaus:

„Wir verhandeln zur Zeit darüber, ob das Vereinigte Königreich in den Europäischen Gemeinsamen Markt eintreten kann . . . First things first."

Er warnte davor, die NATO-Länder zu einem monolithischen Block zu machen:

„Es war die Ansicht eines jeden Landes im NATO-Rat, daß, obgleich wir die Ansichten eines jeden anderen über Fragen der Weltpolitik verstehen sollten, wir doch nie zusammen als ein Block — etwa in den Vereinten Nationen — auftreten sollten."

Mit den Erfahrungen, die England erst kürzlich auf der Lagos-Konferenz der afrikanischen Staaten sammeln konnte, wo Nigeria veranlaßt wurde, sein Verteidigungsbündnis mit England aufzugeben, konnte Lord Home weiter sagen:

„Die afrikanischen Länder könnten zum Beispiel ernstlich die Zwecke der NATO mißverstehen, wenn man ihnen Gelegenheit gäbe, zu glauben, daß NATO sich in afrikanische Angelegenheiten einmischen würde."

Und schließlich sollte man erst einmal die bestehenden europäischen Einrichtungen ausbauen.

Den Grund für das Streben einiger Politiker auf dem Kontinent nach einer engeren Gemeinschaft mit den USA hat Andrew Shonfield, Studien-Direktor des Royal Institute for International Affairs, sehr gut beschrieben (Encounter 1962, Seite 59):

„Nicht die britische, sondern die europäische ‚avant-garde' um M. Jean Monnet ist es heute, die ständig von der Notwendigkeit, die Einheit der atlantischen Allianz weiter zu entwickeln, redet, und von der Gefahr der ‚Isolierung der Vereinigten Staaten'.

Tatsächlich ist es eine anerkannte Doktrin, die sich durch die ganze Europäische Kommission in Brüssel zieht, daß keinem Nichtmitglied des Europäischen Gemeinsamen Marktes irgendein Privileg oder ein Vorteil gewährt wird, der Europas Haupt-Alliiertem und Beschützer, den Vereinigten Staaten, verweigert wird. Es ist den Neutralen, insbesondere der Schweiz und Schweden, bereits bedeutet worden, daß sie keine irgendwelchen Rechte geltend machen könnten, bloß weil sie Europäer sind. Wenn die Kommission ihren Wünschen entgegenkäme und kommerzielle Begünstigungen mit ihnen austauschen würde, die ihnen das Recht zollfreien Zutritts für ihre Exporte

in den Gemeinsamen Markt gäben, wie, fragt man, könnten die gleichen Rechte den Vereinigten Staaten verweigert werden?"

Die EWG kann jedoch nicht auf einen atlantischen Geist in den amerikanischen Gesetzgebungs-Körperschaften rechnen, der die Zölle im Interesse einer transozealen Annäherung quasi aufheben würde. Es ist verhängnisvoll für die weitere Entwicklung in Europa, daß man außerhalb der EWG liegende, aber eigenkontinentale Interessen mit den amerikanischen gleichbehandeln will. Wie wenig Aussicht auf einen fließenden innereuropäischen Handel besteht, läßt sich am Stimmenverhältnis im amerikanischen Kongreß ablesen; Karl Meyer schreibt hierzu im „New Statesman" vom 2. Februar 1962:

„Von 263 Demokraten sind nur etwa 150 Liberale aus dem Norden oder Westen des Landes, die im allgemeinen mit den Ansichten des Präsidenten übereinstimmen. Weitere 50 sind Süd- oder Grenzstaaten-Demokraten, die in vielen Dingen mit der Regierung stimmen, immer ausgenommen die bürgerlichen Grundrechte. Dann gibt es 63 hartgesottene ‚Dixiekraten', die der Führung des Vorsitzenden des Verfahrensfragen-Ausschusses, Howard Smith, folgen, einem Mann aus Virginia, der dieses Jahrhundert überwiegend für geschmacklos hält.

Auch die Republikaner sind geteilt. Ca. 150 der 174 republikanischen Mitglieder trotten pflichtgemäß hinter Charles A. Halleck, dem listigen Minderheitsführer, her. Die übrigen 24, viele aus den großen Städten, bilden so etwas wie eine Anti-Partei-Gruppe und könnten mit den Demokraten wählen. Das läßt erkennen, warum der Verlust von 21 demokratischen Sitzen in den Wahlen von 1960 so ein grausamer Schlag für die Regierung war "

Bei solchen Mehrheitsverhältnissen wird erst recht keine Rede von einer stufenweisen Aufgabe von Souveränität sein. Das hat offenbar auch die amerikanische Regierung erkannt. Prof. Beloff schreibt in einem ausführlichen Artikel in der „Times" vom 2. Februar:

„Präsident Kennedy hat ausdrücklich jedes Gerede von einem Beitritt (der USA) zum Gemeinsamen Markt, einer Veränderung des amerikanischen Konzepts der politischen Souveränität, der Schaffung einer atlantischen Freihandelszone oder der Aufgabe des Prinzips der Meistbegünstigung verworfen. Und sein Hauptberater auf diesem Gebiet der Politik, Mr. McGeorge Bundy, ... sagte kürzlich, daß eine Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten auf der einen Seite und einem vereinigten Europa, das eine Großmacht ähnlichen Ausmaßes wäre, ‚sinnvoller wäre als eine vollständige Atlantische Union, die für den Menschen der Vereinigten Staaten verfassungsmäßig und psychologisch außer Reichweite ist'."

Es sieht in der Praxis also ganz anders aus, als der Gedankenschaum einiger Atlantik-Besessener vermuten läßt. Noch einmal Andrew Shonfield:

„Zwei Punkte ragen hervor. Erstens, der Typ einer Institution, die man jetzt so eilig anstrebt als Instrument gemeinsamer europäisch-US-amerikanischer Politik auf verschiedenen Gebieten, wird mit ziemlicher Sicherheit nicht souverän sein; und zweitens, die Vereinigten Staaten werden die Initiative in der Errichtung derselben übernehmen müssen.

Schließlich, Englands Rolle in diesen sich verändernden atlantischen Beziehungen ist äußerst delikat. Die ideologischen Bande zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft schaffen die Voraussetzungen für ein gemeinsames Mißtrauen in Englands Motive. Mehr noch, der Einsatz, den England für eine Sonderbehandlung der neutralen Länder in EFTA unternimmt, enthält etwas Diskriminierung gegenüber den Vereinigten Staaten. (Etwa, weil die USA einen Verteidigungsbeitrag leisten, G. L.) Das tut auch das britische Ersuchen in Brüssel, daß der Europäische Gemeinsame Markt den Commonwealth-Produzenten Vorteile einräumen solle.

> Kein Zweifel, die Leute in diesem Lande werden äußerst indigniert sein, wenn man erwähnt, daß England versuche, irgendwie einen Keil zwischen die EWG und die Vereinigten Staaten zu treiben. Aber das ist es, wie die europäischen Aktivisten und ihre Verbündeten in den Vereinigten Staaten es sehr wohl sehen konnten."

Es ist unwahrscheinlich, daß dem atlantischen Gerede auch eine atlantische Gemeinschaft folgen wird.

Drinnen im Inselreich...

Eine Konzernverschmelzung selten großen Ausmaßes, die, wenn sie gelingt, zu einem Monopol-Unternehmen mit einem Kapital von 1 Milliarde Pfund Sterling = ca. 11,3 Mrd. DM und 170 000 Beschäftigten führte, ist die Sensation auf dem englischen Aktienmarkt. Am 18. Dezember berichtete die „Daily Mail" erstmals über Absichten des britischen Chemiekonzerns I.C.I. (Imperial Chemical Industries), den Courtaulds-Konzern zu übernehmen. Courtaulds' Stärke liegt in der Kunstfaserproduktion, wo er 83 % des englischen Marktes einnimmt, und in seinen auf dem Kontinent weitverzweigten Anlagen.

Dies ist nur ein Fall in einer Unzahl von „take-overs" und „mergers", in die 1961 534 Firmen verwickelt waren und in der 800 Mill. Pfund Sterling an Kapital bewegt wurden. „Merger" ist eine Zusammenlegung mehrerer Unternehmen im gegenseitigen Einverständnis. Wenn ein Unternehmen ein anderes schlucken will, ohne daß der andere Vorstand mitspinnt, dann muß, meist auf dem Wege eines öffentlichen Kaufangebotes für Aktien des letzteren, der schluckende Betrieb mindestens 90 % der Aktien erwerben, ehe er zwangsweise einverleiben kann.

Andere Verschmelzungen fanden im Brauereigewerbe statt, wo im wesentlichen nur noch zwei Konzerne übriggeblieben sind. Von hier hört man auch von ersten Reaktionen der Arbeitnehmer, die jetzt diesen Unternehmen, praktisch ohne den Arbeitsplatz wechseln zu können, ausgeliefert sind. Besonders bekannt ist auch der Kauf der britischen Staatsanteile an den Fordwerken in Dagenham bei London durch die amerikanische Muttergesellschaft (Preis: 190 Mill. Pfund Sterling).

Im Pressewesen hat die „Daily Mail" den „News Chronicle", der „Sunday Expreß" den „Sunday Dispatch", die „Evening News" den „Star" geschluckt, weil sich eine Auflagenhöhe von unter 1,5 Millionen nicht mehr lohnte. Es entstanden Massenbeeinflussungsorgane von 3 bis 5 Millionen Auflage. Die „Daily Mirror"-Gruppe hat den „Odhams"-Verlag geschluckt, der u. a. die ‚Labour-Zeitung' „Daily Herald" herausgibt. Eine beachtliche Konzentration in der öffentlichen Meinungsmache, zu der die Verflechtungen von Presse und kommerziellem Fernsehen noch hinzukommen.

Solche Zusammenschlüsse gibt es auch in der Luftfahrtindustrie, wo sie von der Regierung offen gefördert werden, insbesondere auf dem Wege der Auftragsvergabe.

Es gibt vier Erklärungen für diesen Konzentrationsdrang:

1. Die Firmen wollen langfristig planen. Dafür müssen sie groß genug sein.

2. Bei einem möglichen Eintritt in die EWG will man auf dem jeweiligen Markt eine geschlossene Front bilden.

3. Die ganz Großen fürchten, daß ihnen nach einem EWG-Beitritt Schwierigkeiten in der Vergrößerung ihrer Konzerne wegen des Monopol-Verbotes von Art. 91 EWG-Vertrag bereitet werden könnten.

4. Alle befürworten sie aber den Eintritt in die EWG, um einer möglichen Enteignung durch Labour zu entgehen.

...und draußen vor der Tür

Im März wird vom englischen Parlament ein Gesetz verabschiedet werden, das die bisherige Freizügigkeit innerhalb des Commonwealth drastisch reduzieren wird, das „Commonwealth-Einwanderungs-Gesetz". Offizielle Regierungserklärungen, daß das Gesetz nicht rassendiskriminatorisch sei, und offizielle Beteuerungen eines auch weiterhin bestehenden Willkommens für bestimmte Sektionen der Commonwealth-Bevölkerung können nicht darüber hinwegtäuschen, daß man die Farbigen, und insbesondere die westindischen Neger, treffen will. Die x-te Generation der einst nach Jamaika versklavten Afrikaner, die auf der Suche nach Arbeit nach einer Reise um die Welt in den britischen Häfen eintrifft, ist nicht erwünscht.

Einwanderungs- und arbeitswillige Commonwealth-Bürger müssen im Besitze des Anrechts auf einen Arbeitsplatz sein. Dieses Anrecht erhalten, wenn nicht Beziehungen mitspielen, in erster Linie gelernte Arbeitskräfte, danach ungelernte, in der Reihenfolge der Antragseingänge.

Die Regierung will, so sagt sie, in erster Linie eine Kontrolle über die Einwanderung ausüben, die wegen des bisher freien Zutritts von Commonwealth-Bürgern nur schwer möglich war. Eine solche Kontrolle liegt sicher im Interesse einer jeden Verwaltung. Und dazu bedarf es eben eines Gesetzes.

Daß etwas geschehen muß, meinen aber auch jene Kreise innerhalb und außerhalb der Tory-Partei, denen es in erster Linie darum geht, Britannien „weiß" zu erhalten. Da ist die „Anti-Colour-Claque" (Observer) der Sir Cyril Osborne M. P. („Wollen Sie, daß dieses Land schwarz wird?"), Charles Pannel M. P., Harold Gurden M.P., der als bekannter Bekenner zur Moralischen Aufrüstung hier die Kehrseite gegenseitigen Caux'schen Stiefelputzens zeigt. Da sind die „Empire-Loyalisten", die gebildete Neger mit Rufen wie „Primitive" und „barbarische Affen" bedenken. Da ist die britische National Party, die gleichermaßen für Sauberkeit von Negern und Juden sorgen will. Alles kommt aus der Gosse hoch und „unterstützt" die Regierung: Jene Jünger des Charles Lynch, die vor einigen Jahren harmlose Neger in Notting Hill ermordeten, und sicher im Geiste auch jene Bürger, die vor einigen Wochen 300 Zigeuner von ihrem Winterplatz in Darenth Woods in Kent mit Unterstützung der Kreisbehörden vertrieben, wobei brennende Wohnwagen auf der Strecke blieben. Und da sind schließlich die durch Meinungsumfragen entdeckten 90,3% der Gesamtbevölkerung (und 84% der Labour-Wähler), die Restriktionen der Einwanderung begrüßen. Das geht runter bis zu jenen Gepäckträgern, die untätig zusahen, als sich Mitte November 600 westindische Neger, die nach Hause zurückkehrten, mit ihrem Riesengepäck und ihren Familien abplagten, weil sie „aus dieser Crowd keinen Penny" zu ziehen erwarteten. — Eine Scheidung zwischen „Gemäßigten" und „Radikalen" nach ihren Motiven fällt schwer.

Es war die dem Gesetz zugrundeliegende Rassendiskriminierung, die die Labour-Führung zu äußerster Opposition veranlaßt hat. So sagte der offizielle Labour-Sprecher Gordon Walker im Unterhaus: „Der Entwurf enthält unverhüllte, offene Rassendiskriminierung, . . . nicht nur in Geist und Praxis, sondern sogar in seinem Wortlaut." Und Gaitskell forderte die Regierung auf, den „miserablen, schändlichen, schäbigen Entwurf" zurückzuziehen. Sir Grantley Adams, Premierminister der westindischen Föderation, vergleicht in einem Telegramm an Mr. Macmillan die Maßnahmen der britischen Regierung mit der südafrikanischen Apartheid-Politik.

Natürlich wird auch die EWG mit den geplanten Restriktionen in Verbindung gebracht: England soll nicht der Schlauch sein, durch den beliebig viele Farbige

nach Europa kommen können. Der Vorwurf, daß Entsprechendes in Brüssel besprochen worden sei, wurde, soviel bekannt, bisher nicht dementiert.

Die Neger von den karibischen Inseln führen sich hier durchaus gesittet auf. Sie sind freundlich und adrett und tun ihre Pflicht als U-Bahn- und Bus-Personal oder als Ärzte und Krankenschwestern in den Hospitälern, kurz, sie und andere Farbige sind überall da zu finden, wo die Arbeit im öffentlichen Dienst für den Einheimischen anscheinend nicht lukrativ genug ist. Sie haben einen starken Familiensinn, denn sie schicken fast die gleiche Geldsumme nach Hause, die die britische Regierung für ihre dortigen Kolonien ausgibt. Häusermangel und das häufige „Sorry, no coloured" der Vermieter haben dazu geführt, daß sie sich in geschlossenen Gemeinschaften, oft genug slums, ansiedeln. Das bedauert man zwar. Andererseits ist aber ein jetzt zum siebenten Male von Fenner Brockway im Unterhaus vorgelegter Gesetzentwurf noch immer nicht verabschiedet, der Rassendiskriminierung unter Strafe stellt. — Ich habe verschiedentlich versucht, schon um fair zu sein, von Konservativen ein hieb- und stichfestes Argument für die geplanten Restriktionen zu erfahren. Es gibt keins. Wohnungsmangel, Mietwucher und mögliche Rezessionen sind Probleme, mit denen man fertig werden kann, wenn auch vielleicht nicht als Tory. Und immer, wenn ich mich vom „Argument der großen Zahl" der zu erwartenden Zuwanderer wenig beeindruckt zeigte und darauf hinwies, daß wir in Deutschland bei völlig zerstörter Wirtschaft 1945 all die Flüchtlinge zu verkraften hatten, entgegnete man mir: Ja, das waren aber auch keine Neger.

Wie in Südafrika, wo man die Apartheid-Politik mit dem Antikommunismus begründet, oder in Little Rock, Arkansas, wo auch McCarthy's Seelenjäger mitwirkten, so ist, wie oben aufgezeigt, auch in England ein Zusammenwirken der ‚Anti'-Ideologen festzustellen.

Andererseits entwickelt sich aber auch im demokratischen Lager eine Gemeinsamkeit in Wollen und Handeln. Stuart Hall, führender Vertreter der ‚Neuen Linken' in England und selbst Jamaikaner, sagte auf einer Kundgebung in London mit Dr. Martin Luther King:

> „Die gleichen Stimmen, die sich für Rassengleichheit erheben, sprechen für soziale Gerechtigkeit, sprechen für wirtschaftliche Gerechtigkeit unter den Nationen, und dieselben Stimmen sprechen jetzt auch für den Frieden. Was man einst als zwei völlig verschiedene Auseinandersetzungen ansah, den Kampf der Menschen um Gleichheit untereinander und den Kampf, um zu leben, beide bilden jetzt ein und dieselbe Bewegung."

Diesseits des Eisernen Vorhangs...

102 Monate Gefängnis erhielten am 20. Februar 5 Männer und eine Frau, alle Mitglieder des „Komitees der 100" in der englischen Anti-Atombewegung, weil sie einen Sitzstreik auf dem Luftstützpunkt Wethersfield bei London unternommen hatten. Die Verurteilten sind: Terence Norman Chandler (21), Ian Edward Dixon (25), Trevor Richard Hatton (30), Michael Joseph Randle (27), Patrick Pottle (23), der sich selbst verteidigt hat, und Helen Allegranza (33). Am erstaunlichsten war bei dem Prozeß die Weigerung des Richters, die Beschuldigten Fragen an die Zeugen richten zu lassen, um die Motive ihres Tuns — wichtig für die Schuldfrage — zu klären. Der „New Statesman" vom 23. Februar schreibt:

> „Was Pottle vor Gericht getan hat, durch Fragen, die der Richter ständig für unzulässig erklärt hat, war, die Voraussetzungen des angewandten Gesetzes in Frage zu stellen ...
>
> Es ist leicht, zu sagen, daß die Beschuldigten normale politische Aktionen für aussichtslos hielten, daß die sich statt dessen für den Bruch des Gesetzes als ein Mittel für Publizität entschieden haben, und daß sie deshalb

bereit sein müßten — was sie auch sind — die gesetzliche Strafe für ihr Handeln auf sich zu nehmen. Aber bevor man sie als unverantwortliche und undemokratische Fanatiker ablehnt, die nach Märtyrertum streben, ist es notwendig, daß man völlig überzeugt ist, daß sie moralisch und politisch falsch liegen. Und wer kann so totsicher sein? Ist es nicht fanatisch, die Doktrin der Abschreckung unkritisch zu akzeptieren, und alles, was daraus folgt? . . .

Als Lord Russell im Zeugenstand erklärt, daß er bereit sei, sich zusammen mit den Beschuldigten zu belasten, rühren seine Worte direkt an unser aller Gewissen. Es ist der Schrei Cromwell's: ‚Ich flehe Sie an, um Christi willen daran zu denken, daß Sie sich irren könnten!', der diese Woche in dem Gerichtssaal von ‚Old Bailey' widerhallte. Es sind jene, die eingesperrt wurden in den Kämpfen für eine freie Presse, für freie Gewerkschaften, für freie Rede und für das Frauenstimmrecht, die das Prinzip begründet haben, daß Gesetze (oder Regierungspolitik) legal richtig, aber moralisch verkehrt sein können . . .

Was wirklich anlag, waren die Voraussetzungen, was auch im Prozeß hervortrat. Wenn die nukleare Abschreckung eine Garantie des Friedens ist, dann folgert daraus, daß man den Frieden mit technischen Fortschritten erhalten muß. Mr. Gaitskell kann also die Labour Party über Nacht dazu bewegen, ihre Proteste gegen vorhergegangene nukleare Tests für Unsinn zu erklären, mit der Begründung, daß neue Verteidigungsmittel entwickelt werden müßten. Die Regierung kann ein Weißbuch erzeugen, das dieses Land zu einem teuren, fortgesetzten und schließlich vernichtenden Wettrüsten verpflichtet, — auf der Voraussetzung beruhend, daß solche Politik richtig sei — immer weiter, bis zu dem Augenblick, wo sie in einem Massenmord endet. Und die, die diese Politik bekämpfen, verspielen ‚die Sicherheit und Interessen des Staates' in einer rücksichtslos unverantwortlichen Weise. Was aber, wie Lord Russell fragt, wenn das Richtige woanders liegt? Jene unbequeme Frage wurde angeschnitten von diesem Prozeß, aber nicht entschieden."

Haften bleibt: 102 Monate Gefängnis für eine politische Demonstration gewaltlosen Widerstandes, — heute, im Europa diesseits des Eisernen Vorhangs.

Fenner Brockway, M. P.

Afrika 1962

1.

Es ist immer gefährlich, in der Politik zu prophezeien. Es ist dies besonders gefährlich für das dynamische und explosive Afrika. Es sei jedoch versucht, die Tendenz aufzuzeigen.

Mit Ausnahme von Algerien sind heute der ganze Norden Afrikas und weite Teile in Zentralafrika politisch unabhängig. Diese freien Teile Afrikas umfassen nicht weniger als zwei Drittel der Gesamtbevölkerung des Kontinents. Das Aufgeben kolonialistischer Herrschaft spiegelt die größte politische Revolution der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts wieder. Wie weit wird sie sich in den kommenden Monaten fortentwickeln?

Wir können in Algerien einen Frieden erwarten, der mit der Anerkennung der Souveränität für das algerische Volk verbunden sein wird. Die Franzosen sind des Krieges müde und erschöpft. Der Krieg hat länger als sieben Jahre gedauert; die französischen Wehrpflichtigen, die in Algerien dienen, brennen darauf, nach

Hause zurückkehren zu können, und ihre Mütter und Frauen sind der jahrelangen Trennung überdrüssig. Die Regierung selbst ist bestürzt über die Kosten der Feindseligkeiten. Kriege können geführt werden, wenn der Patriotismus groß ist; sie können nicht durchgehalten werden, wenn ihnen die Popularität genommen ist. Die Algerier haben den Krieg gewonnen, weniger auf militärischem Gebiet als durch die Unterminierung des Willens der Franzosen — und durch die Stärke ihres Anspruches.

Ihr Anspruch ist stark, weil sie acht Millionen Menschen sind, verglichen mit einer Million Europäer (meistens, aber nicht ausschließlich, Franzosen). Er ist stark, weil die benachbarten ehemals französischen Territorien Marokko und Tunesien schon unabhängig sind. Er ist stark durch die Unterstützung aller afro-asiatischen Nationen, der kommunistischen Länder und Jugoslawien, wegen der Unterstützung des ständig zunehmenden Einflusses der anti-imperialistischen Bewegungen in allen Ländern — und weil Amerika und andere westliche Nationen befürchten, daß, wenn man den algerischen Ansprüchen nicht entgegenkomme, kommunistische Tendenzen auf fruchtbaren Boden fallen würden.

Präsident de Gaulle war ein wichtiger Faktor. Wie undemokratisch auch immer er sein mag, seit seiner Rede von Brazzaville im Jahre 1945 hat er eine Neigung gezeigt, die unausbleibliche Befreiung der Kolonialvölker von ausländischer Herrschaft anzuerkennen. Er hatte den Traum einer französischen Gemeinschaft, die aus souveränen Nationen in Afrika zusammengesetzt ist, die die alte erzwungene Integration ihrer Völker mit Frankreich ersetzen soll. Er hat sich durchgesetzt und, wenn auch nur für beschränkte Zeit, eine solche Gemeinschaft in den alten französischen Territorien von West- und Äquatorialafrika, mit der Ausnahme von Guinea, aufgebaut.

Die eine Million Europäer in Algerien sind ein Problem gewesen. Sie brachten de Gaulle an die Macht; sie rebellierten gegen ihn, sie mögen noch Aufstände gegen ihn unternehmen. Aber das Jahr 1962 wird ihre Niederlage sehen. Einige werden sich vor Gram in Algerien verzehren; einige werden nach Frankreich zurückkehren, wo sie es schwer haben werden, sich der modernen Welt anzupassen; einige werden neue Katangas suchen, wo ihr überlebter Rassismus Genüge finden kann in zum Tode verurteiltem Fanatismus.

Dennoch erwarte ich nicht, daß Algeriens Provisorische Regierung, wenn sie im Triumphzug von Tunis nach Algier umzieht, den vollen Sieg über den französischen Imperialismus davontragen wird. Imperialismus ist ebenso militärisch und ökonomisch wie politisch. Im allgemeinen kommt die politische Freiheit zuerst, die aber häufig durch Kompromisse auf Kosten militärischer und wirtschaftlicher Freiheit erlangt wird. Ich fürchte, daß selbst nach der offiziellen Anerkennung der Unabhängigkeit Algeriens die französischen Marinestützpunkte am Mittelmeer und die französische Ausbeutung der Öl- und Gasvorkommen in der Sahara bleiben werden. Die Basen werden in Afrika nur in dem Maße verschwinden, wie der Neutralismus über den Kalten Krieg die Oberhand gewinnt. Wirtschaftliche Ausbeutung wird nur aufhören, wenn die unabhängigen Nationen ihre eigenen sozialistischen Bewegungen entwickeln und ihre eigenen Techniker heranbilden, um von ihren Naturschätzen und Industrien selbst Besitz zu ergreifen.

Wenn Algerien unabhängig wird, wird ganz N o r d a f r i k a , mit Ausnahme der spanischen und portugiesischen Enklaven, politisch frei sein. Diese Enklaven mögen 1962 überleben, aber nicht für lange Zeit.

2.

O s t a f r i k a sollte zum Jahresende politisch völlig frei sein. Nur Uganda und Kenia bleiben unter ausländischer Vormundschaft, und sie können, meine ich, damit rechnen, von England die Unabhängigkeit um Dezember herum zu erlan-

gen. Dann wird ein Riesenprojekt auftauchen: Julius Nyerere, der erste Premierminister und führende Politiker des kürzlich unabhängig gewordenen Tanganjika, hat den Plan einer ostafrikanischen Föderation entworfen: Tanganjika, Kenia, Uganda, Somalia und Zanzibar. Die Nationalbewegungen eines jeden dieser Länder haben dem Plan zugestimmt. Er wird möglicherweise in diesem Jahre nicht mehr realisiert werden, aber die Verhandlungen werden beginnen. In Somalia und Zanzibar mögen Schwierigkeiten aufkommen; Tanganjika, Kenia und Uganda werden sich aber willig auf eine Konföderation zubewegen.

Es ist möglich, daß sich die Föderation mit der Zeit ausdehnt zu dem, was als Britisch Zentral-Afrika bekannt war, obgleich dies eine der schwierigsten Regionen auf dem Kontinent ist, über die etwas vorauszusagen voreilig wäre.

Es gibt bereits eine Föderation in Zentralafrika, bestehend aus Njassaland und Nord- und Südrhodesien; aber sie wird von den Europäern beherrscht und von den Afrikanern gehaßt. In dieser Föderation leben 300 000 Europäer und sieben Millionen Afrikaner. Nur in der Territorialregierung von Njassaland haben die Afrikaner eine Mehrheitsvertretung. In der Legislative der Föderation haben die Europäer eine Zweidrittel-Mehrheit.

Njassaland will mit der europäischen Vorherrschaft in Zentralafrika brechen und sich der vorgeschlagenen ostafrikanischen Föderation anschließen. Das Jahr 1962 sollte die Entscheidung sehen. Dr. Banda's Kabinett wird es sicherlich ablehnen, in politischer Gemeinschaft mit den beiden Rhodesien zu bleiben, solange dort die europäische Minderheitenherrschaft existiert. Weder die föderative Regierung noch die britische Regierung werden in der Lage sein, Njassaland gegen den Willen seines Volkes zurückzuhalten.

Kann die europäische Vorherrschaft in den beiden Rhodesien 1962 überdauern? In Nordrhodesien ist es sehr zu bezweifeln. Die britische Regierung stimmte im vergangenen Juni einem Verfassungsentwurf zu, der in der gesetzgebenden Versammlung eine afrikanische Mehrheit gestattete. Sir Roy Welensky, Premierminister der Föderation, und seine weißen Siedler widersetzten sich dem so heftig, daß Großbritannien nachgab. Eine neue Verfassung wurde entworfen, die Sir Roy eine Mehrheit sicherte. Nun war die Reihe an den Afrikanern, sich zu widersetzen. Ihr sehr energischer Protest wurde von den weißen Liberalen und den christlichen Kirchen unterstützt. Einmal mehr wurde der Plan einer Verfassung zurückgezogen. Wie wird die nächste Version aussehen? Man kann es nicht mit Bestimmtheit sagen, aber nach meiner Erwartung wird sie Afrikanern und Europäern gleichstarke Vertretungen zubilligen.*)

Kampf und Auseinandersetzung herrschen schon in Südrhodesien. Die britische und die südrhodesische Regierung haben den 2 500 000 Afrikanern nur 15 Sitze in der gesetzgebenden Versammlung angeboten, während sie 50 Sitze für die 250 000 Europäer beanspruchen. Als die von Afrikanern geführte Nationaldemokratische Partei beschloß, die Wahlen zu boykottieren, wurde sie von Sir Edgar Whitehead, dem Premierminister, unterdrückt. Daraufhin formten die Führer eine neue Partei. Da auch diese Partei beschloß, die Wahlen zu boykottieren, wird sie sicher auch unterdrückt werden; vielleicht ist sie es schon, wenn diese Worte in Druck erscheinen. Die Afrikaner, denen man den Ausdruck ihres politischen Willens versagt, werden notwendigerweise nur außerverfassungsmäßigen Widerstand leisten können.

Wenn Nord- und Südrhodesien ihre Unabhängigkeit erlangen, wird es sich her-

*) Soeben wurde vom britischen Unterhaus unter recht dramatischen Umständen eine neue Verfassung für Nordrhodesien verkündet, die die Möglichkeit einer Mehrheit von afrikanischen Abgeordneten in der Legislative schafft.

ausstellen, daß auch sie bereit sind, sich der Föderation der ostafrikanischen Staaten anzuschließen. In der Tat, in Ost- und Zentralafrika zeichnet sich das Muster einer neuen afrikanischen Macht ab, die nicht nur ehemals britische Kolonien umschließen wird, sondern auch das belgische Treuhandgebiet von Ruanda-Urundi und vielleicht sogar den belgischen Kongo, Katanga eingeschlossen. Ost- und Zentralafrika sah man immer als im Freiheitskampf auf dem Kontinent etwas zurückgeblieben an, aber es mag sich erweisen, daß sie am fortgeschrittensten sind in der Bildung größerer Einheiten.

3.

Zerrüttetes Zentralafrika! Wir überschreiten die Grenze von den beiden Rhodesien nach Katanga und dem Kongo. Ich erwarte bessere Zeiten; es könnte auch nicht viel schlimmer kommen. Adoula und Tschombe werden sich vielleicht auf eine Föderation einigen — und auch ich kann ehrlicherweise in diesem künstlichen Gebilde des Kongo, das keine Stammesgrenzen berücksichtigt, keine andere politische Lösung sehen. Aber was wird aus Gizenga werden? Adoula, in dessen Hand er sich als Gefangener befindet, scheint ihm das Schicksal Lumumbas ersparen und zwischen diesem und Tschombe so etwas wie einen Mittelweg einschlagen zu wollen.

Ich unterbreche meine Geschichte für einen Augenblick, um etwas zum Stammeswesen zu sagen. Es gibt keinen Zweifel,daß der Fortschritt auf der Seite derer ist, die darauf drängen, daß Stammesherrschaft in nationaler Einheit aufgehen sollte und nationale Einheit in panafrikanischen Föderationen und schließlich in den Vereinigten Staaten von Afrika. Aber niemand kann der Geschichte entrinnen. Der Kolonialismus teilte Afrika in künstliche Staaten ein, deren Grenzen mitten durch die Stämme verliefen oder Stämme miteinander verschmolzen. Sobald die imperialistische Besetzung zurückgezogen wurde, machten die Stämme ihre Ansprüche geltend. Es ist unrealistisch, sie zu ignorieren. In vielen dieser von den Kolonialmächten hinterlassenen politischen Einheiten muß erst eine Föderation innerhalb der Staaten vollzogen werden, ehe Afrika zu einer Föderation über Staaten hinweg übergehen kann.

Wir gehen südwärts nach Angola und Mozambique, portugiesische Diktaturen. Portugal ist selbst eine Diktatur. Es weigert sich sogar, Angola und Mozambique auch nur als Kolonien anzuerkennen. Sie sind Provinzen von Portugal, auf die die Diktatur auf einer niedrigeren Ebene übertragen wurde.

Für Angola war 1961 ein entsetzliches Jahr. Fünfzigtausend Afrikaner sollen in Massakern ums Leben gekommen sein; wie groß auch immer die Zahl ist, es ist mit unvorstellbarer Grausamkeit vorgegangen worden. Es ist die größte Unmenschlichkeit gewesen, seit Hitler sechs Millionen Juden vergast hat. Ich glaube nicht, daß 1962 hier eine Lösung bringen wird. Die portugiesischen Truppen haben zur Zeit die Oberhand. Aber Ereignisse außerhalb Angolas werden ihre Schatten werfen: Indiens Eroberung von Goa, liberaler Druck in Portugal selbst. In diesem Jahr werden sich die Kräfte sammeln, die politische Befreiung bringen werden, ehe viele es erwarten.

Und Mozambique. Es befindet sich in dem Zustand, in dem sich Angola vor einem Jahr befand. Es gibt Gruppen von Befreiungsbewegungen, im Untergrund, unkoordiniert. Es gibt Exilgruppen von Flüchtlingsaktivisten in Tanganjika, Kenia und Njassaland. Ich erwarte, daß sich 1962 in Mozambique wiederholt, was sich 1961 in Angola ereignet hat.

Die Krise in Mozambique wird durch die Entscheidung der portugiesischen Regierung beschleunigt werden, in Verfolg der indischen Befreiung von Goa die zahlreiche indische Bevölkerung zu internieren. Die Inder sind die Händler und

Geschäftsleute des Landes. Die dem Leben der Menschen nahe Wirtschaft wird so zerstört. Aber diese Maßnahme wird einen noch bleibenderen Effekt haben. Die indische Bevölkerung wird so antiportugiesisch werden wie die Afrikaner.

Wir gehen weiter nach Süden, zum kritischsten Gebiet von allen — der Republik von Südafrika. Die reaktionärste Partei der Welt kontrolliert die Regierung — eine Partei, die Afrikaner und Asiaten, wenn auch nur mit einem Tropfen farbigen Blutes, als Unberührbare ansieht. Sie stehen außerhalb der Zivilisation. Ihnen wird nicht nur das Stimmrecht verweigert, sondern auch jeglicher soziale Kontakt.

Die gesamte zivilisierte Welt hat die Regierung der Republik von Südafrika verurteilt. Was gibt es dort für Hoffnungen auf einen Wandel? Ein Faktor, der einen zuversichtlicher macht, ist das Aufkommen einer Meinung selbst unter den Industriellen, daß der vollständige Ausschluß von Afrikanern und anderen vom politischen Leben der Nation nicht aufrechterhalten werden kann. Dr. Harry Oppenheimer, Haupt des großen Diamantentrusts, hat die Progressive Partei unterstützt, die in ihren Reihen auch gebildete Afrikaner, Inder und Farbige hat.

Ein zweites hoffnungsvolles Zeichen ist die große Zahl der Stimmen, die die Progressive Partei bei den letzten Wahlen erhielt. Es ist richtig, daß nur e i n Mitglied in das Parlament einzog, aber in einer Anzahl von Wahlbezirken kamen die Progressiven dem Erfolg sehr nahe. Wenn man bedenkt, daß nur die Europäer wählen dürfen, ist das bemerkenswert.

Aber der Zusammenstoß in Südafrika ist so akut, daß es zweifelhaft ist, ob irgendein neues Denken unter den Europäern die Kluft zwischen den Rassen noch überbrücken kann. Nur die Liberale Partei — die Labour-Partei ist an der Rassenfrage zerbrochen — tritt für eine grundsätzliche Gleichheit ein, aber sie ist in einer bedauernswerten Minderheit. Sie ist hervorragend und mutig, aber ein Tropfen im Strom der Meinung. Die Afrikaner wissen, daß die notwendige Revolution von ihnen selbst abhängt.

Da ist Südwest-Afrika, von der Republik annektiert, obgleich es vom Völkerbund nur als Mandatsgebiet unter Südafrikas Obhut gestellt wurde, damit dieses die Eigenregierung anleite. Die Vereinten Nationen ernannten eine Untersuchungskommission. Südafrika verweigert die Einreisegenehmigung. Die Vereinten Nationen verurteilten Südafrika. Südafrika schert das einen Dreck.

Da sind die drei britischen Protektorate: Basutoland, umgeben von Südafrika, Betschuanaland, das an Südafrika, Südwestafrika und die beiden Rhodesien angrenzt, Swasiland, das an Südafrika und Mozambique angrenzt. Welchen Einfluß diese Inseln in dem Ozean der Reaktion ausüben könnten? Wenn die Protektorate zu Modellen afrikanischen Fortschrittes und rassischer Gleichheit gemacht würden, könnten sie zu einer Veränderung in Südafrika mehr beitragen als irgendein anderer einzelner Faktor.

Ein wenig, ein klein wenig wird getan. Gesetzgebende Körperschaften sind in Basutoland und Betschuanaland errichtet worden, die, obwohl undemokratisch, Afrikanern erlauben, als Mitglieder neben Europäern zu sitzen. Swasiland wird vielleicht eine solche Körperschaft noch in diesem Jahr bekommen. Aber erziehungsmäßig und wirtschaftlich sind diese Protektorate die Cinderellas des britischen Empire.

Was können wir für die nächste Zeit von Südafrika erwarten? Denselben Kampf und dieselbe Auseinandersetzung wie in den beiden Rhodesien, in Angola und Mozambique, aber schärfer und drastischer unterdrückt. Bislang hat die nationalistische Bewegung der Afrikaner unter der Führung von Chief Luthuli, dessen Verdienst durch die Verleihung des Friedens-Nobel-Preises geehrt wurde, nur zu gewaltlosen Maßnahmen des Widerstandes gegriffen. Aber unter ihnen greift die

Verzweiflung um sich. Der militantere Panafrikanistische Kongreß fordert jetzt den Afrikanischen National-Kongreß heraus. Es ist durchaus möglich, daß wir Gewalttätigkeit sehen werden, noch nicht in großem Ausmaß, vereinzelt nur, kleine Wolken, die den folgenden Sturm ankündigen. Man kann sicher sein, daß die Regierung in ihrer Unterdrückung noch mehr Gewalt anwenden wird.

Das ist Afrika 1962. Der dynamischste und explosivste Kontinent der Welt. Es ist unsere Verantwortung, wo auch immer wir stehen mögen, alles zu tun, um diese Erhebung in die Richtung der Realisierung von Freiheit und Gleichheit zu lenken.

Prof. Dr. Dr. Walther Maas

Was ist und was will Sozialgeographie?

Mit Alexander von Humboldt nahm die Geographie im 19. Jahrhundert eine starke Wendung zur Naturwissenschaft. Das führte schließlich dahin, daß viele den Menschen völlig aus der Geographie ausschließen und nur noch physische Geographie betreiben wollten. Dagegen hat sich schon vor 50 Jahren sehr temperamentvoll der große serbische Geograph Jovan Cvijic gewandt. Aber auch anderswo sah man ein: der Mensch gehört nun einmal zur Geographie. Die französische Geographenschule mit Vidal de La Blache und seinen Schülern hat das sehr bald eingesehen. Aber was in Frankreich möglich war, wo man an den freien Willen der Menschen glaubte, das war in Deutschland nicht so. Für die Deutschen sah es beinah wie Anarchie aus, sie brauchten Gesetze, Regeln; so kam man zu Determinismen. Der erste dieser Determinismen war der Raumdeterminismus: das menschliche Leben finde in Räumen statt und alles sei durch die Natur dieser Räume vorgezeichnet; ewige Gesetze beherrschten die Politik, Gesetze der Geographie. Daher sprach man von der Geopolitik, und es war der General Karl Haushofer, der diese Lehre besonders ausbaute. Es war kein Wunder, daß es ein General war, denn diese Theorie war mehr eine Geostrategie als etwas anderes. Es ist bezeichnend, daß die Amerikaner, die während des Krieges gegen die deutsche Geopolitik Feuer und Flammen spien, heute eine solche betreiben, ja, daß sie in der amerikanischen Zone frühzeitig das Wiedererscheinen der deutschen Zeitschrift für Geopolitik erlaubten. Da werden nun all die Ideen, die der amerikanische Staatssekretär Dulles hatte — „containment", „Rolling back" und andere — pseudo-wissenschaftlich durchgeführt. Die andere Art, den Determinismus zu sehen, war der Rassendeterminismus. Die in der Geschichte schon von Houston Stewart Chamberlain, Rosenberg und anderen dargelegten Rasseneinflüsse dehnte man auch auf die Geographie aus. Einer der „Führer der deutschen Geographenschaft" auf internationalen Kongressen, Walther Geisler, sagte z. B.: „Da die Einwirkung des Menschen auf die Landschaft eine Funktion seiner Weisheit ist, da der Mensch gemäß seiner Rasse und seines Kulturzustandes in ganz verschiedener Weise auf die Landschaft einwirkt, haben wir in der Kulturlandschaft ein untrügliches Zeichen der Leistung der Völker. Jedes Volk wandelt die Landschaft seinem Wesen nach um und drückt ihr den nationalen Stempel auf.

Es kann also eine einheitliche, große Naturlandschaft durch die Leistungen der Völker in verschiedene Kulturlandschaften gegliedert werden."

Nun ist es mit allen diesen Pseudowissenschaften so, daß sie von einem durchaus richtigen Kern ausgehen. Es ist natürlich richtig, daß alle menschliche Geschichte (und was wir heute Geschichte nennen, war für die Leute früher Politik, die Politik von heute wird einst als Geschichte gelernt werden) in Räumen stattfindet und daß man also nicht völlig von diesen Räumen abstrahieren kann; aber w a s man nun in diesen Räumen betreibt, also welche Politik, das eben ist der menschliche Wille. Ebenso ist es richtig, daß die Menschen verschieden sind, daß also nicht alle Menschen dasselbe an derselben Erdstelle betreiben werden. Und nun erhebt sich die Frage: Warum sind denn nun Landschaften, in denen die physischen, also klimatischen, geologischen usw. Verhältnisse dieselben oder fast dieselben sind, doch in ihrem Anblick sehr verschieden? Nun, fahren wir z. B. von Braunschweig nach Warschau, wie ich es Anfang September 1961 tat. Betrachten wir die Landschaft durch das Fenster des Zuges (die Landschaft, das heißt hier weitgehend die Landwirtschaft, denn Wald, Heide, Bruch werden also nicht beachtet, trotz ihrer starken Verbreitung, besonders in der Mittelmark). Von Braunschweig bis Helmstedt sieht man große und kleine Felder: vielleicht wird man sagen können, daß auf gutem Boden (Löss) größere, auf schlechterem kleinere Felder überwiegen. Dann sehen wir in der Altmark von Marienborn bis Magdeburg nur noch große Schläge, die wir auf der letzten Reise, zwei Jahre vorher, nicht gesehen hatten: hier spiegelt sich die inzwischen durchgeführte Kollektivierung im Landschaftsbilde ab. In der Mittelmark war ähnliches zu beobachten, aber bald zeigten sich die bekannten Thünenschen Ringe um Berlin, das heißt, die Gürtel immer intensiverer Landnutzung: Getreidebau, Milchvieh- und Geflügelzucht, Gemüse- und Obstbau (Werder!), Schrebergärten. Gleichartiges sieht man östlich von Berlin, hier aber auch schon die Einflüsse der kürzlich durchgeführten Kollektivierung. Wir überschreiten die Oder. In der Neumark haben die Polen die früheren Großgüter belassen, sie werden heute als Staatsgüter oder Sowchosen bewirtschaftet. Im Posener Lande ist es auch so, dort sehen wir aber auch kleinere Felder, die 1945 bestehenden Bauernwirtschaften sind als solche erhalten (bzw. nach 1956, nach der Aufhebung der Kolchosen, wiedererstanden). Dies gilt auch für das ehemalige Kongreßpolen, ja, ab Lowicz überwiegen die kleinen Feldstücke, die z. T. ihre Entstehung den Agrarreformen 1920—39 verdanken. Es machen sich dann freilich auch schon die Thünenschen Ringe um Warschau bemerkbar: Getreide- und Kartoffelanbau ab Lowicz (vorher Zuckerrübenanbau auf Großgütern um Kutno), dort auch schon Gemüse und Obstbau, besonders bei Sochaczew, dann Geflügelfarmen und schließlich Schrebergärten und Laubenkolonien.

So sehen wir Wirtschafts- und Sozialverhältnisse in ihrem Niederschlag auf die Erdoberfläche, die nicht einfach „vom Menschen" gestaltet ist, sondern von den s o z i a l u n d p o l i t i s c h v e r s c h i e d e n g r u p p i e r t e n Menschen. Und dies nun schlagen wir vor, Sozialgeographie zu nennen.

Die Menschen verändern die Erdoberfläche vermittels ihres Geistes (nous). So entstehen die Kulturlandschaften, deren Gesamtheit man als Noosphäre bezeichnen kann. Der Eindruck der Noosphäre, das heißt, der vom Menschen gestalteten Umwelt, ist am stärksten in Städten und Industriegegenden. Solche müssen daher Objekt sozialgeographischer Forschung sein. Aber die Industrielandschaften sind erstens verhältnismäßig neu, in heutiger Form höchstens 200 Jahre alt, dann aber auch sehr gleichartig: ein Stahlwerk in Indien unterscheidet sich nicht sehr von einem in den USA oder in Europa, und die drei in Indien von Deutschen, Engländern und Russen geschaffenen Stahlwerke unterscheiden sich

auch nicht sehr. Denn hier ist der „Geist" der Erbauer der Geist der Mathematik, und die mathematischen Formeln gelten unter allen Himmelsstrichen gleich.

Größere Unterschiede finden wir dagegen in den Agrarlandschaften, einmal weil der Zusammenhang der Landwirtschaft mit Boden und Klima stärker ist, andererseits weil sich hier der Einfluß der verschiedenen Gemeinschaftsformen der Menschen am stärksten geltend macht: Großgrundbesitz, Bauerntum, Kolchose, Volkskommune, Kibbutz, das sind wirkliche sozialgeographische „Faktoren" oder „Elemente".

Agrarreformen ändern das Landschaftsbild. Der Ersatz von Großgrundbesitz durch Kleinbesitz macht sich im Landschaftsbild durch eine Vermehrung der Häuser und Wege, durch eine Verkleinerung der einzelnen Feldflächen geltend. Gewöhnlich führt der Ersatz des Großgrundbesitzes durch Kleinbesitz zur Rodung des Waldes. Bei den östlichen Agrarreformen nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Gutshäuser oft zerstört, die hingebauten Behausungen der Neusiedler sind oft menschenunwürdig, gegen die „Poniatowki", die Buden der von Landwirtschaftsminister Poniatowski zur Zeit Pilsudskis im Posener Land angesetzten Kongreßpolen, protestierten selbst die Posener Polen. Ähnliches sah ich in Lettland und Litauen. Nun muß man bedenken, daß Agrarreformen nach 1918 in Rumänien auf 20%, in Ungarn auf 7%, in der Tschechoslowakei auf 29% des Bodens erfolgten. Leider habe ich für Polen keine Zahlen, aber auch diese Zahlen zeigen schon, daß, je näher man der Sowjet-Union war, die Agrarreformen um so stärker waren.

Wie ändern die Menschen die Landschaft? Nun, sie tun es durch ihre Arbeit. Hören wir Jean Brunhes: „Der Mensch tritt in Beziehung mit dem Naturrahmen durch die Tatsache der Arbeit, durch das Haus, das er baut, durch das Feld, das er bebaut, durch den Steinbruch, den er abbaut, und seine Arbeit selbst schafft für ihn Verpflichtungen, Neigungen und Fähigkeiten, die sich in der Geschichte erweisen. Die Geschichte verbindet sich mit der Geographie durch diesen Sozialzusammenhang. Es sind nämlich der Zusammenhang der Arbeit und die direkte Folge dieser Arbeit, welche die wirkliche Verbindung zwischen Geographie und Geschichte darstellen".

Die Arbeit ist also wichtig, wie das schon der englische Philosoph John Locke 1690 in längeren Ausführungen darlegte. Ich selber habe 1938 an der Universität Krakau einen Vortrag gehalten über „Die menschliche Arbeit als Zentralproblem der Anthropogeographie", der 1940 in französischer, 1958 in deutscher Sprache veröffentlicht wurde (siehe „Geographie und Soziologie" S. 11—25).

Aber nun wird mir entgegengehalten: Sie haben recht, wenn Sie auf die Vielzahl der Kulturlandschaften hindeuten und nicht, wie die Franzosen, einfach vom „paysage humanisé", von der vom Menschen geprägten Landschaft, sprechen. In Deutschland hat man seit vielen Jahren den Begriff der Kulturlandschaft, des Kulturbodens usw. herausgestellt. Warum sprechen Sie von Sozialgeographie? Dabei denkt man doch gleich an soziale Zustände, vielleicht gar an Klassen ... Auf dem Geographentag in Köln 1961 hat sich ein junger Mann erhoben und erklärt, man sollte nicht von Sozialgeographie sprechen, das sei beinahe Marxismus, das würde falsch verstanden werden, man sollte von Soziogeographie sprechen, dann sähe man, daß es sich um ein Teil der Kulturgeographie handelt. So stellt man mir also die Frage: Können Sie nachweisen, daß die Landschaft irgendwo von Klassen oder einer Klasse geprägt ist? Ja, das kann ich an mehreren Stellen nachweisen. Nicht nur, daß man Ostelbien früher in fast seiner Gesamtheit als Großagrarierland bezeichnen konnte, während etwa Südwestdeutschland in diesem Sinne Bauernland ist. Wir können noch weitergehen. Wir lesen in den Erinnerungen von Friedrich Spielhagen über Pommern vor 100 Jahren:

„In einiger Entfernung vom Hofe lagen die Katen, das heißt, die Wohnungen der zu dem Gute gehörenden und auf dem Gute beschäftigten Arbeiter. Ein Dörfchen, verschieden in der Zahl der Häuschen, je nach der Zahl der Köpfe, denen sie Obdach gewähren sollten, noch mehr verschieden — denn die Differenz der Kopfzahl ist meistens nicht groß — nach ihrem Aussehen und Zustande. Bei guten Herrschaften, die etwas auf sich und ihre Leute halten, sind die Häuschen bei aller Bescheidenheit sauber geweißt, mit ordentlichen Türen, Fenstern, mit Schornsteinen auf dem Strohdach. Die beiden Gärtchen rechts und links vor der Haustür — es wohnen fast immer zwei Familien unter demselben Dach — sind anständig gehalten, auch an ein paar Sonnenblumen oder gar Nelken oder Levkojen fehlt es nicht. Die Ställchen hinter und neben dem Häuschen sind in gutem Zustande, die Düngerhaufen regelrecht geschichtet, die Wege durch das Dörfchen außer bei ganz schlechtem Wetter selbst für Damenfüße passierbar. Aber bei Herrschaften, die nicht gut, die geizig oder faul oder zu dumm sind, um einzusehen, daß, von der Menschlichkeit zu schweigen, das Wohlbefinden der Leute der eigene Vorteil ist, und umgekehrt, da sah es bös aus in dem Dorfe, manchmal sehr bös; wollte ich es beschreiben, ich würde dem Verdacht böswilliger Übertreibung schwerlich entgehen. Nur so viel darf ich sagen, daß der Torfrauch, der sich in Ermangelung eines Schornsteins durch die in der oberen Hälfte stets geöffnete Tür und die mit Papier mit Lumpen verstopften Fenster einen Ausweg verschaffen mußte, in diesen Höhlen menschlichen Elends noch lange nicht das Schlimmste war".

Der Dichter Seume, der ja weite Wanderungen in Europa gemacht hat, sagte 1800: „Die Dörfer in Schlesien haben meistens das Aussehen der Wohlhabenheit. Die Häuser sind zwar alle nur mit Stroh gedeckt, aber Schornstein und Fenster und Türen sind überall nett und reinlich, und diese nehme ich immer zur Probe guter Haushaltung und liberaler Bewirtschaftung". Falls es nun jemand vergessen haben sollte: „Gute Haushaltung und liberale Bewirtschaftung" bezieht sich damals natürlich nicht auf die fronpflichtigen Bauern, sondern auf ihre Herren. Hier sehen wir also den Einfluß des Großagrariertums, um es mit einem Worte zu sagen, der Junker. Ein anderes gutes Beispiel sind die englischen Binnenwasserstraßen. Diese waren im 18. Jahrhundert sehr schnell und weitschauend entwickelt worden, worüber man bei A. W. Flemming, „Wüsten, Deiche und Turbinen", Göttingen 1957, S. 245 bis 253, nachlesen kann. Im 19. Jahrhundert wurden die Kanäle von den Eisenbahngesellschaften aufgekauft, mit der ausgesprochenen Absicht, sie, da sie der Eisenbahn Konkurrenz bereiteten, verfallen zu lassen. Das ist denn auch „vorzüglich" gelungen. Wenn man in England reist und die melancholischen Bilder verfallener Wasserstraßen sieht, hat man ein Beispiel vor sich, wie die kapitalistische Gesellschaft einer bestimmten Epoche und Gegend die Landschaft veränderte. Ein Staat mit anderer Klassenstruktur, etwa Preußen, hätte die Eisenbahnen neben den Kanälen ausgebaut; wenn man auch das England der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch nicht hochkapitalistisch nennen kann — die anonymen Kapitalgesellschaften (solche waren ja die Eisenbahngesellschaften) waren in England damals viel stärker entwickelt als auf dem Kontinent. Dieser Einfluß des mobilen Kapitals ist eine in der Landschaft sichtbare Wirkung von Klassenverhältnissen, also Sozialgeographie sensu stricto.

Und warum betreibt man nun Sozialgeographie, oder warum sollte man sie betreiben? Nun, die Wissenschaft hat es bekanntlich nicht nur mit dem Seienden zu tun, sondern auch mit dem Seinsollenden. Wir müssen heute die Erde für das nächste Jahrhundert einrichten, es sei denn, daß man glaubt, daß die Atombomben alles vernichten werden und es nicht mehr nötig ist, für die Jahre nach 2000 zu planen. Aber wir wollen für diese Zeit planen, und da müssen wir wis-

sen, daß menschliches Tun die Landschaft verändert, gutes Tun die Landschaft im Guten verändert, schlechtes, nachlässiges Tun oder Treibenlassen die Landschaft so stark schädigt, wie das z. B. im Dustbowl *) in den USA der Fall ist oder in Südamerika, Afrika und anderen Gebieten noch täglich vor sich geht.

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Zur Diskussion um das sowjetische Memorandum

Die Ausführungen von Dr. Hilf in Heft 2/1962, denen ich nur zustimmen kann, veranlassen mich, Ihnen folgende Gedanken zu übermitteln:

Der Geist unserer politischen Vergangenheit ist — trotz aller Warnungen der Geschichte und trotz unseres politisch-militärischen Zusammenbruchs im außenpolitischen Bereich — lebendig geblieben. Die Orientierung unserer Außenpolitik nach den überholten Begriffen und Methoden der Vergangenheit hat zu einem sichtbaren Mißerfolg geführt. Das hervorragendste staatspolitische Ziel, die Wiedervereinigung — im Grundgesetz als das dringlichste Anliegen des deutschen Volkes hervorgehoben — ist nicht erfüllt. Vielmehr sind die Möglichkeiten der Wiedervereinigung, verglichen mit der Situation vor 12 Jahren, erheblich verschlechtert.

Vom Standpunkt des deutschen Volksinteresses und unseres Deutschtums in seinem wertvollen Bestand kann man die Lage unseres Volkes und die Möglichkeit seiner staatlichen Neuformung nur mit großer Sorge beurteilen. Welch schwere Opfer hat unser Volk seit Generationen im Glauben an die großen Aufgaben seiner obrigkeitlichen Führung zur Erhaltung und Festigung seiner staatlichen Existenz bringen müssen! Und nun steht es nach dem politisch-militärischen Zusammenbruch von 1918 und von 1945 vor den Trümmern all seiner Hoffnungen, vor den Trümmern des einst so stolzen Deutschen Reiches, für das es erwartungsvoll seine Jugend und seine besten Kräfte immer wieder zum Opfer brachte. Und wieder spricht man an oberster Stelle von neuen Opfern — selbst so weitgehend, daß im Ernstfall Deutsche gegen Deutsche stehen müßten.

Warum dieser Rückblick auf die Vergangenheit, auf die Dinge, die nicht mehr zu ändern sind? Weil dies die grundlegende realpolitische Lehre für unsere Außenpolitik ist, daß man im Geist der Vergangenheit mit den geschichtlich widerlegten Ideen von Waffenmacht und Ordenspracht keine wirkliche Aufbauarbeit leisten kann. Man arbeitet politisch mit untauglichen Mitteln, wie es z. B. bei unserer Wiedervereinigung so deutlich sichtbar ist, und nennt dies dann „Politik ohne Experimente".

Dieser Rückblick auf die Vergangenheit, das traurige Ende alles einstigen Glanzes und Stolzes, die enttäuschende Zwecklosigkeit der unübersehbaren Leistungen und Opfer unseres Volkes und nicht zuletzt die Tatsachen unserer Geschichte bis zu den jüngsten Tagen müßten ausreichen, um das Unrealistische unserer Außenpolitik darzutun, die es — im Gegensatz zu Österreich — infolge Ausschlagung gegebener Möglichkeiten nicht vermochte, unserem Volk die ihm staatspolitisch als wichtigste Existenzvorraussetzung zukommende Einheit im Sinne des Grundgesetzes zu schaffen.

Dieser Rückblick müßte ausreichen, um die Dogmatisierung unserer Politik in den ideologischen Vorstellungen eines

*) Sandsturmgebiet.

tischen Notwendigkeiten und von der Erkenntnis der politischen Unzulänglichkeit einer Vergangenheit, die keine Aufbaugedanken für die Welt von heute zu liefern vermag, läßt sich eine Wende in der geistigen Erstarrung und eine politische Neugestaltung vollziehen. Es ist wirklich so: Die alten, restaurativen Konzeptionen verbauen den einzig möglichen, sinnvollen Weg in die Zukunft. Bei dem offensichtlichen Niedergang Europas und seiner einstigen Weltgeltung und seiner innerlich absterbenden christlich-abendländischen Kultur müßte der aufreibende Streit der politischen Systeme und der Weltanschauungen im Ost-West-Konflikt mit dem Geständnis der eigenen Fehler — in beiden Lagern — und mit der Anerkennung des Lebensrechts auch der anderen Völker gerechter, ehrlicher und sachlicher beurteilt werden. Dann wäre um der Völker willen, die am meisten unter den Interessengegensätzen der Großen und Mächtigen zu leiden haben, der Weg freigemacht zum Verstehen und zum ernstgemeinten Verhandeln mit dem Osten. Es gibt keinen anderen Weg. Der politisch-zersetzende Freund-Feind-Standpunkt — das Kernstück der Außenpolitik im Dritten Reich — muß als destruktiv und unverantwortlich ausgeschaltet werden. In unserem Zeitalter der atomaren und bakteriologisch-chemischen Gefahren und schließlich einer weltweiten Bedrohung kann er unter keinen Umständen noch gerechtfertigt werden.

In dieser Beleuchtung der realen Tatsachen werden die Gründe für die außenpolitische „Verlegenheit" und „Ratlosigkeit" erkennbar, die „Le Monde" am 23. Februar als die politische „Sackgasse" in Europa kennzeichnet. Es gibt nur einen Ausweg: Verhandeln. Nachdem man im März 1952 — außer anderen Gelegenheiten — „die Sternstunde für Deutschland hat verstreichen lassen" (Paul Sethe), ist es jetzt an der Zeit, die neu gebotene Möglichkeit im Sowjet-Memorandum vom Dezember v. J. ernstzunehmen, zumal auch das russische Volk in begründeter Angst vor dem Westen lebt. Es ist jetzt die Stunde, im Blick auf die klügere Außenpolitik Österreichs, das mit seinem Staatsvertrag nicht schlecht gefahren ist, das seinen Frieden hat, und fern von allen Voreingenommenheiten den ernsthaften Versuch zu machen, durch politisch aufgeschlossene Persönlichkeiten auch mit dem Osten in ein erträgliches Verhältnis zu kommen. Es muß um des Friedens willen geschehen; es muß aber ebenso auch um unseres Volkes und seiner Einheit willen geschehen.

Dr. Dr. Georg Groeninger

Führende österreichische Wissenschaftler warnen vor Luftschutz-Legende

Durch ein Gespräch im Österreichischen Fernsehen über „Atomgefahr und Schutzmöglichkeiten" rückte vor kurzem die Persönlichkeit des 74jährigen Universitätsprofessors Dr. Hans Thirring, Bundesrat (der Sozialistischen Partei Österreichs) und em. Vorstand des Instituts für theoretische Physik, Wien, in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses. Thirring ist einer der maßgebenden Gelehrten in seinem Fach und ein Wissenschaftler von unbestechlichem Sinn für Wahrheit und Genauigkeit.

Prof. Thirring nahm eindeutig gegen die Legende von der Wirksamkeit eines zivilen Bevölkerungsschutzes im Falle eines dritten Weltkriegs und für die Verhütung von kriegerischen Konflikten Stellung. Damit fand er die Zustimmung anderer bedeutender Wissenschaftler an österreichischen Universitäten und wissenschaftlichen Instituten. Zu den Unterzeichnern einer von ihm bei einer Pressekonferenz in Wien am 7. Februar verlesenen Erklärung gehören unter anderem auch der Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Direktor des Atominstituts der österreichischen Hochschulen; auch der deutsche Nobelpreisträger Prof. Dr. Max Born hat sich den Unterzeichnern angeschlossen. Die wichtigsten Stellen dieser Erklärung haben folgenden Wortlaut:

„Die Vernichtungskapazität der beiden großen Gegner ist daher heute groß genug, daß beide Partner und ihre Verbündeten binnen 24 Stunden mit einem Bombenhagel überschüttet würden, dessen Zerstörungswirkung mehrere tausendmal größer wäre als die aller Bombenangriffe des Zweiten Weltkrieges zusammengenommen. Dabei würde aus rein geographischen Gründen jeder der beiden großen Gegner die Zivilbevölkerung des anderen früher ausrotten und sein Verkehrssystem und die Produktionskapazität früher vernichten, bevor er ihn wehrlos gemacht hat. Er würde daher dem vernichtenden Gegenschlag nicht entgehen.

Das Ergebnis eines atomaren Weltkrieges

wäre aber nicht allein die Vernichtung der kriegführenden Nationen selbst, sondern auch ein tödlicher Schlag für die Neutralen. Denn Länder wie die Schweiz und Österreich könnten, auch wenn keine einzige Bombe auf ihr Gebiet fiele, nicht als Oasen inmitten einer völlig zerstörten Wüste weiterleben. Dies um so mehr, als nach Monaten weite Gebiete der nördlichen Halbkugel mit einem radioaktiven Niederschlag bedeckt würden, der viele tausendmal stärker wäre als heute nach den Bombenversuchen. Er würde praktisch alle Anbauflächen weit über das zulässige Ausmaß hinaus radioaktiv verseuchen und daher alle Agrarprodukte zum Genuß unbrauchbar machen. Der Unterschied zwischen dem Schicksal der Kriegführenden und der Neutralen würde nur darin bestehen, daß die ersteren rasch getötet würden, die letzteren aber erst nach monatelangem Siechtum zugrundegingen.

Gegen die Folgen eines totalen Krieges nützen weder Luftschutzkeller, noch Lebensmittelhamsterei, noch irgendeine Art des Zivilschutzes. Man kann sich kaum vorstellen, wie bei einer weltweiten radioaktiven Luftverseuchung örtliche Maßnahmen eines Zivilschutzes wirkungsvoll durchgeführt werden könnten, da es ja nicht möglich ist, daß die gesamte Bevölkerung sich für lange Zeit in unterirdischen Räumen aufhält oder ständig mit Gasmasken und Schutzanzügen herumgeht. Auch gegen die Verseuchung der Feldfrüchte und der Gewässer kann bei einer weltweiten Verbreitung der Radioaktivität ein Zivilschutz praktisch derzeit nichts unternehmen. Das einzig wirksame Mittel ist Verhütung des Krieges überhaupt. Wer sich und seinen Kindern eine Zukunft sichern will, kann nur eines tun: Mitzuhelfen, die gemäßigten Staatsmänner und Politiker, die es zu beiden Seiten des Eisernen Vorhanges gibt, in ihrem Bestreben nach Erhaltung des Friedens zu unterstützen. Den Extremisten beider Seiten müßte man die unerbittliche Wahrheit beizubringen versuchen, daß sie mit ihrem Fanatismus einem nationalen Selbstmord entgegentreiben, dessen Grauen sich die meisten Menschen gar nicht vorstellen können."

Diese Erklärung wurde im einzelnen von folgenden Wissenschaftlern unterzeichnet: Univ.-Prof. Dr. Richard Meister, Präsident der Akademie der Wissenschaften — Univ.-Prof. Dr. Ferdinand Steinhauser, Direktor der Zentralanstalt f. Meteorologie — Univ.-Prof. Dr. Ferdinand Cap, Vorstand des Instituts für theoretische Physik, Innsbruck — Prof. Dr. Berta Karlik, Direktor des Instituts für Radiumforschung der Akademie der Wissenschaften — Univ.-Prof. Dr. Karl Przibram, früh. Vorstand des zweiten physikalischen Instituts, Wien — Prof. Dr. Fritz Regler, Direktor des Atominstituts der österreichischen Hochschulen — Univ.-Prof. Dr. Rudolf Steinmaurer, Vorstand des physikalischen Instituts, Innsbruck — Univ.-Prof. Dr. Paul Urban, Vorstand des Instituts für theoretische Physik, Graz — Univ.-Prof. Dr. Julius Wagner, Vorstand des physikalischen Instituts, Graz — Univ.-Prof. Dr. Walter Thirring, Vorstand des Instituts für theoretische Physik, Wien — Univ.-Prof. Dr. Hans Thirring, Bundesrat, em. Vorstand des Instituts für theoretische Physik, Wien — Prof. Dr. Max Born, früher Universität Göttingen, Nobelpreisträger für Physik. —nn

Zum Thema „Freiheit und Bindung"

Die folgende Zuschrift nimmt Bezug auf den Aufsatz „Die schwierige Mitte" von Peter Hartmut Wittke in Heft 12/61 der „Blätter". D. Red.

... Kommen wir gleich zur Sache: „— für das Verhältnis von Freiheit und Bindung gilt, daß eine wirkliche und größtmögliche Freiheit im Leben nur in der innigsten Bindung und Verbindung besteht." Dieser Satz ist goldrichtig und von historischer Relevanz. Ebenso die Bezugnahme auf Mann und Frau als Beispiel. Dieses Beispiel kann vieles klären. Es gibt keine größeren „Gegensätze" als Mann und Frau. Und doch sind sie aufs engste aneinander gebunden. Also ein polarer, aber kein kontradiktorischer Gegensatz. So ist es auch mit der Freiheit der Person und der Bindung an die menschliche Gemeinschaft.

In seiner „Weltgeschichte" weist Hans Delbrück bei der Betrachtung der Französischen Revolution darauf hin, daß es die immer neue Aufgabe der Staatsführung sei, beides miteinander in Einklang zu bringen. Die Sache hat sich nun so entwickelt, daß die Idee der Freiheit sich gegen die Machtansprüche des Ursprungslandes der Freiheit, gegen Frankreich, empört und daß

tern, ihre Familie und die Tradition. Angewidert von allem, was man ihnen während des Krieges ‚eingeredet' hatte, forderten sie für sich das Recht, den Dingen ins Auge zu sehen und sie als das zu bezeichnen, was sie in Wirklichkeit waren. Indem sie Klischees und Gemeinplätze von sich wiesen, lehnten sie auch verachtungsvoll die alten Weisheiten ab, deren Bankerott sie hätten konstatieren können." (S. 187)

„Aber der Humanismus — wofern er nicht revolutionär war — schließt ein, daß man zum Universalen vorstoßen und dabei ein Bourgeois bleiben kann: ich aber stellte einwandfrei fest, daß eine solche Hoffnung Selbstbetrug ist." (S. 188)

„Er (Sartre) scheute keine Mühe, uns von seinem Wissen profitieren zu lassen. ‚Er ist ein fabelhafter geistiger Trainer', notierte ich." (S. 322)

„Ich begriff rasch, daß der Welt, in die mich meine neuen Freunde entführten, etwas Rohes nur deshalb anhaftete, weil sie nichts bemäntelten; sie verlangten im Grunde nichts weiter von mir, als daß ich wagte, was ich immer gewollt hatte, nämlich der Wirklichkeit ins Gesicht zu sehen. Ich brauchte nicht lange Zeit, um mich zu entscheiden." (S. 323)

„Zudem aber war mir eine große Chance zuteil geworden; im Angesicht dieser Zukunft war ich auf einmal nicht mehr allein. Sartre entsprach genau dem, was ich mir mit fünfzehn Jahren gewünscht und verheißen hatte: er war der Doppelgänger, in dem ich in einer Art von Verklärung alles wiederfand, wovon ich auch selber besessen war. Mit ihm würde ich immer alles teilen können. Als ich mich Anfang August von ihm trennte, wußte ich, daß er aus meinem Leben nie mehr verschwinden würde." (S. 331)

Hans von Uslar

Dokumente zum Zeitgeschehen

Das Memorandum der acht evangelischen Laien und Theologen, erarbeitet im November 1961

Eine neue Bundesregierung tritt in diesen Tagen ihr Amt an. Die außenpolitische Lage ist kritisch. In diesem Augenblick wünschen die Unterzeichner die Aufmerksamkeit verantwortlicher Kreise auf eine Gefahr im inneren politischen Leben der Bundesrepublik zu lenken, die unsere Fähigkeit, diese und künftige Krisen zu bestehen, bedroht.

Der Teil des deutschen Volkes, zu dem wir gehören, lebt schon im zweiten Jahrzehnt nach einer vollständigen und begründeten Niederlage wieder in Freiheit und wirtschaftlichem Wohlstand unter einer rechtsstaatlichen Verfassung. Die Arbeit des Volkes, die Hilfe unserer Verbündeten und die Politik der Regierung haben dazu beigetragen. Wir erkennen dies dankbar an.

Aber mit dem Wohlstand ist in breitesten Kreisen des Volkes und seiner Führung die Neigung eingezogen, den Blick vor gesellschaftlichen und politischen Übelständen zu verschließen und harten Entscheidungen auszuweichen. Wir können keine der politischen Parteien von dem Vorwurf freisprechen, daß sie dem Volk die Wahrheit, die es wissen muß, vielfach vorenthalten und statt dessen das gesagt haben, wovon sie meinten, daß man es gern hört. Man hat zu oft fiktive Positionen aufgebaut, sich mit taktischen Erfolgen begnügt und den Ernst unserer Lage am Rande der westlichen Welt verschleiert. Der Vorwurf trifft ebenso einen großen Teil unserer Öffentlichkeit. Einem Politiker, der auf Wählerstimmen angewiesen ist, fällt es nicht leicht, der öffentlichen Meinung entgegen zu handeln. So können Lagen entstehen, in denen die Politiker darauf angewiesen sind, daß auch Staatsbürger, die selbst nicht im aktiven politischen Leben stehen, auf vordringliche politische Notwendigkeiten hinweisen. Dieses Ziel hat die Unterzeichner dieses Memorandums zusammengeführt. Jeder von uns kennt in dem Bereich, den er übersieht,

gefährliche Beispiele politischer und sozialer Illusionen, mangelnder Planung und fehlender Voraussicht. Wir sind bereit, den politisch Verantwortlichen und der Öffentlichkeit hierüber Rede zu stehen.

Überhöhte Ansprüche und dumpfe Angst

Aus der Fülle politischer Aufgaben greifen wir fünf Ziele heraus, deren Erreichung nötig und möglich, aber durch den Zustand unserer öffentlichen Meinung gehemmt ist:

1. Aktive Außenpolitik;
2. militärisch effektive, politisch behutsame Rüstungspolitik;
3. richtig begrenzte, aber energische Maßnahmen zum Bevölkerungsschutz;
4. unnachgiebige und planvolle Sozialpolitik;
5. durchgreifende Schulreform.

Wir erläutern die Ziele in Stichworten.

I. Die Außenpolitik

Vor uns liegen schwierige internationale Verhandlungen über Deutschland. Niemand wird von der Bundesregierung erwarten, daß sie in einem solchen Augenblick vorzeitig Positionen aufgibt und Ansprüche verschenkt. Der Staatsbürger, der den Inhalt der laufenden, nicht offiziellen Gespräche nur unvollständig erfährt, kann keine Vorschläge machen, wie sie im einzelnen geführt werden müssen. Stellung nehmen kann und muß er aber zu dem, was er sieht: zu den außenpolitischen Grundkonzeptionen der Regierung und zu der Reaktion der öffentlichen Meinung. Beides erfüllt uns mit Besorgnis. Die Außenpolitik der Regierung erscheint uns zu einseitig defensiv. Die Reaktionen der Öffentlichkeit bewegen sich in der Unwirklichkeit einer Atmosphäre, die mit einer Mischung aus überhöhten Ansprüchen und dumpfer Angst alle Gebiete der Politik durchzieht.

Wir stehen im Kampf um die Freiheit von Westberlin; wir stehen darüber hinaus im Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der DDR. Beide Forderungen gehören zum unabdingbaren Grundbestand jeder überhaupt denkbaren deutschen Politik. Von unseren westlichen Verbündeten erwarten wir, daß sie im Kampf um die Freiheit von Westberlin das Risiko eines nuklearen Krieges auf sich nehmen und daß auch sie die Selbstbestimmung der Deutschen in der DDR langfristig als eines der wichtigsten Ziele der westlichen Politik festhalten. Wir können beide Forderungen nur deshalb erheben, weil wir damit nicht ausschließlich nationale Interessen verfolgen, sondern uns auf die Menschenrechte der Freiheit und Selbstbestimmung berufen dürfen, deren Verteidigung das westliche Bündnis dient.

Unser Kampf für eine moralisch und rechtlich unanfechtbare Sache ist aber dadurch erschwert, daß das Vertrauen auch der westlichen Welt zu Deutschland durch Hitlers Machtpolitik und durch den Krieg gänzlich zerstört worden ist. Die großen Erfolge, die Bundeskanzler Adenauer in der Wiederherstellung eines Vertrauensverhältnisses zu unseren westlichen Verbündeten erzielt hat, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Mißtrauen gegen Deutschland auch in der Politik der Westmächte ein latenter, aber deshalb nicht weniger wichtiger Faktor geblieben ist. Dies lehrt jeder Blick in eine ausländische Zeitung.

In dieser Lage war es ein bedenklicher Weg, die auf die Menschenrechte gegründete Forderung nach Aufrechterhaltung der Freiheit in Westberlin und nach der Selbstbestimmung der Deutschen in der DDR mit dem nationalen Anliegen nicht nur der Wiedervereinigung, sondern darüber hinaus der Wiederherstellung der Grenzen von 1937 zu verknüpfen. (Im Gespräch mit den Bundestagsabgeordneten hat sich dieser Satz als sprachlich mißverständlich erwiesen. Er will besagen:

1. Wir belasten unser nationales Anliegen der Wiedervereinigung, wenn wir es mit der Forderung der Grenzen von 1937 verknüpfen.

2. Das öffentliche Bewußtsein der Welt unterscheidet zwischen der auf die Menschenrechte gegründeten Forderung der Selbstbestimmung und unserem nationalen Anliegen.)

Die internationale Diskussion der letzten Monate hat gezeigt, daß auch unsere unabdingbaren Rechte durch diese Politik in der Weltöffentlichkeit in ein zweifelhaftes Licht gerückt worden sind. Die deutsche Position in der gegenwärtigen Krise wurde dadurch geschwächt, daß wir an Ansprüchen festgehalten haben, die auch bei unseren Verbünde-

ten keine Zustimmung finden. Wir sagen nichts Neues, wenn wir die Ansicht aussprechen, daß zwar die Freiheit der in Berlin lebenden Menschen ein von der ganzen Welt anerkanntes Recht ist, daß aber das nationale Anliegen der Wiedervereinigung in Freiheit heute nicht durchgesetzt werden kann und daß wir den Souveränitätsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie werden verloren geben müssen.

Wir glauben zu wissen, daß politisch verantwortliche Kreise aller Parteien die von uns ausgesprochene Ansicht teilen; aber aus innenpolitischen Rücksichten scheuen sie sich, die Erkenntnis, die sie gewonnen haben, öffentlich auszusprechen. Eine Atmosphäre, die es der politischen Führung unmöglich macht, dem Volk die Wahrheit zu sagen, ist vergiftet. Wir werden den Krisen der kommenden Monate nicht gewachsen sein, wenn es nicht möglich ist, die Öffentlichkeit auf eine Entwicklung vorzubereiten, die schon im Gange ist und die Schritte erfordert, die unser Volk binnen kurzem wird anerkennen und gutheißen müssen.

Normale Beziehungen zum Osten

Als das wichtigste Beispiel für Möglichkeiten einer aktiven Außenpolitik nennen wir die Normalisierung der politischen Beziehungen zu den östlichen Nachbarn Deutschlands. Ohne sie ist eine dauerhafte Lösung der Grundprobleme der deutschen Politik nicht denkbar. Die Neuordnung der internationalen Politik, die im Gange ist, enthält Chancen für sie. Zu Beginn einer Wiederherstellung des Vertrauens wird ein Bündel von Maßnahmen nötig sein, zu denen gehören können: materielle Wiedergutmachung, Nichtangriffspakte und etwa die Aufforderung an Warschau, geeigneten rückkehrwilligen Deutschen die Rückkehr in die Heimat zu gestatten.

Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze mag in vergangenen Jahren außenpolitisch ein dankbares Handelsobjekt gewesen sein. Heute schließen wir uns der Meinung jener Sachverständigen an, die glauben, daß die öffentliche Anerkennung dieser Grenze im Rahmen eines umfassenden Programms obengenannter Art unsere Beziehungen zu Polen entscheidend entlasten, unseren westlichen Verbündeten das Eintreten für unsere übrigen Anliegen erleichtern und der Sowjetunion die Möglichkeit nehmen würde, Deutschland und Polen gegeneinander auszuspielen.

II. und III. Rüstung, Bevölkerung

Die Bundesrepublik muß in der Rüstungspolitik auch unter großen Opfern und Anstrengungen klar zu den von ihr übernommenen Verpflichtungen des westlichen Bündnisses stehen, bis die Politik der großen Mächte eine allgemeine oder regionale Verminderung der Rüstung ermöglicht. Oberster Gesichtspunkt muß heute die möglichst reibungslose Eingliederung in die westliche Rüstungs- und Verteidigungsplanung sein.

Es ist nicht unsere Absicht, in die uns unbekannten Details schwebender rüstungspolitischer Verhandlungen einzugreifen. Allgemein aber läßt sich soviel sagen: Unter den Nationen der Welt breitet sich heute der Wunsch nach dem Besitz von Atomwaffen unter nationaler Souveränität immer mehr aus. Dieser Wunsch ist vielfach mit illusionären Hoffnungen auf eine weltweite Abrüstung verbunden oder wird doch der Öffentlichkeit gegenüber dadurch getarnt. Wir halten es für die Pflicht der politisch Verantwortlichen in der ganzen Welt, den Nebel solcher Illusionen zu zerstören und den Gefahren entgegenzutreten, die eine solche Politik für alle Nationen beschwört.

In besonderem Maße gilt dies für die Bundesrepublik. Zu einer Stunde, in der wir von unseren Verbündeten erwarten, daß sie zur Verteidigung von Westberlin die größten Risiken auf sich nehmen, können wir für uns nicht eine Bewaffnung fordern, durch die eine einheitliche westliche Verteidigungsplanung militärisch nicht gefördert und die Einheit des politischen Handelns der westlichen Welt gefährdet wird. Da wir dem westlichen Bündnis angehören, können wir ohne Einbuße an militärischer Sicherheit im Felde der Rüstung auf nationale Prestige- und Machtpolitik verzichten. Das ist für uns leichter als für die neutralen Staaten.

Der so oft gehörte Satz, wir könnten nicht verantworten, unsere Truppen dem Gegner mit schlechteren Waffen gegenüberzustellen, erscheint uns als ein Ausdruck des Mißtrauens gegen unsere Bundesgenossen, während doch die Befestigung des bestehenden Vertrauensverhältnisses die einzige Garantie unserer Sicherheit ist. Innerhalb des westlichen Bündnisses muß die Verteilung der Bewaffnung auf die verschiedenen Kontingente

ausschließlich Sache rationaler militärischer Planung und politischer Zweckmäßigkeit sein.

Es ist unbestritten, daß auch heute starke konventionell ausgerüstete Verbände notwendig sind. Daß diese Aufgabe im Rahmen der westlichen Verteidigungsplanung für den Aufbau der nationalen Armeen der europäischen Länder den Vorrang hat, versteht sich von selbst. Das Streben nach einer nationalen oder europäischen Atomrüstung, die uns von Amerika unabhängig machen könnte, scheint uns militärisch illusorisch und politisch gefährlich.

Wie immer die Bundeswehr ausgerüstet wird, jedenfalls ist die Vorbereitung eines Schutzes der Bevölkerung gegen die Gefahren möglicher Kriegshandlungen der Großmächte ein elementares Gebot der Menschlichkeit. Auch der beste Schutz wird unvollkommen bleiben; es wäre aber unverantwortlich, das Volk in dem Glauben zu lassen, Rüstung könnte solchen Schutz ersetzen. Vor allem ist eine umfassende und gründliche Unterrichtung der Bevölkerung über die von ihr selbst zu treffenden Vorkehrungen (zum Beispiel mit Lebensmittelvorräten) und über das Verhalten im Ernstfall nötig.

Eine Reihe anderer europäischer Länder, wie Dänemark, die Schweiz und andere, haben dafür ein Beispiel gegeben. Wir begrüßen es, daß jetzt die ersten Schritte in dieser Richtung getan werden. Aber diese Maßnahmen werden nur Erfolg haben, wenn die Regierung ihre volle Autorität dahinterstellt. Wir können den Politikern aller Parteien den Vorwurf nicht ersparen, daß sie den Bevölkerungsschutz durch Jahre hindurch aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung vernachlässigt oder doch ohne jeden Nachdruck betrieben, zum Teil sogar positiv gehindert haben.

IV./V. Sozialpolitik, Kulturpolitik

Es wäre eine Illusion, zu meinen, die Verteidigung gegen den Kommunismus sei in erster Linie Sache der Außenpolitik und der Rüstung. Die Entscheidung darüber, ob unsere Gesellschaftsordnung der Herausforderung durch den Kommunismus gewachsen ist, fällt auf den Gebieten der Sozialpolitik und der Kulturpolitik, die nur in ihrem wechselseitigen Zusammenhang richtig verstanden und vernünftig geplant werden können. Die sehr komplexen Fragen, um die es hier geht, können hier nicht eingehend erörtert werden; wir beschränken uns auf einige grundsätzliche Bemerkungen.

Es ist der Sozial- und Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre gelungen, in Verbindung mit der allgemeinen Hebung des Lebensstandards ein beträchtliches Maß an individueller Freiheit und sozialer Sicherheit, an Wohlstand und an Wohlfahrt zu erreichen. Aber die soziale Grundordnung ist nicht schon deshalb gesund, weil es im Augenblick den meisten gut geht. Ihr Bestand wird davon abhängen, ob sie die Prinzipien der Selbstverantwortung und der Solidarität klar miteinander zu verbinden weiß. Selbstverantwortung heißt, daß der selbständige Mensch seine Kraft wahrt, den Wechselfällen des Lebens von sich aus zu begegnen. Solidarität bedeutet, daß der Einzelne in der Gemeinschaft klar umrissene Pflichten und einen klar umrissenen Schutz findet.

Diese Forderungen lassen sich nur durch eine wohldurchdachte, gerechte und unnachgiebige Wirtschafts- und Sozialpolitik erfüllen. Aber statt einen umfassenden sozialpolitischen Plan aufzustellen und entschlossen auch gegen Widerstände zu verwirklichen, ist die Regierung immer wieder in eine Sozialpolitik der planlosen Wahlgeschenke abgeglitten. Vor der Aufgabe einer Sozialversicherungsreform ist sie zurückgewichen. Die Behandlung der Krankenversicherung war ein böses Beispiel kurzsichtigen taktischen Verhaltens.

In der Wirtschaftspolitik ist der Kampf gegen Kollektiv und Einzelmonopol auf halbem Wege steckengeblieben. Die Landwirtschaft erhält hohe Subventionen, die aber im großen Umfang nur der Erhaltung des Bestehenden dienen, während es darauf ankäme, die Hilfe nach sorgfältiger Überlegung darauf zu konzentrieren, daß die notwendige Umstellung auf rationelle Betriebsweisen erleichtert wird. Überall drängen sich taktische Konstellationen des Augenblicks zu stark in den Vordergrund. Damit ist der Kampf um die Sicherung unserer Gesellschaftsordnung nicht zu gewinnen.

Im Zusammenhang mit der in vollem Gang befindlichen Umschichtung unserer Gesellschaft hat das technische Zeitalter uns vor neue Bildungs- und Ausbildungsanforderungen gestellt, denen bisher kein Zweig unseres Bildungswesens gewachsen ist. Das öffentliche Bewußtsein hat noch nicht begriffen, daß in der Welt des 20. Jahrhunderts das wirtschaftliche Potential und die politische Selbstbehauptung eines Staates vom Stand seines Bil-

dungswesens abhängig ist. Eine durchgreifende Neuordnung unseres Erziehungs- und Bildungswesens ist heute zu einer politischen Aufgabe ersten Ranges geworden. Sie muß sozial gerechte Methoden der Begabungsauslese einführen, muß der ländlichen Jugend gleiche Bildungschancen eröffnen wie der städtischen und muß es ermöglichen, den steigenden Bedarf an qualifizierten Nachwuchskräften der verschiedenen Bildungsstufen zu befriedigen.

Diese Reform droht an der Schwerfälligkeit unseres föderativen Systems der Kulturverwaltung zu scheitern. Sie ist aber als gemeindeutsche Aufgabe so dringlich wie der Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Wie dort, müssen darum auch hier neue Wege zur Zusammenarbeit von Bund und Ländern gefunden werden, die eine einheitliche Planung und Entscheidung der Grundsatzfragen ermöglichen.

gez.: Rechtsanwalt Hellmut Becker, Kreßbronn,
Präses Joachim Beckmann, Düsseldorf,
Intendant Klaus von Bismarck, Köln,
Professor Werner Heisenberg, München,
Dr. Günter Howe, Heidelberg,
Dr. Georg Picht, Hinterzarten,
Professor Ludwig Raiser, Tübingen,
Professor Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker, Hamburg.

Von symptomatischem Wert ...

... Wenn sie ihr Schweigen brechen, so steht dahinter die schwere Sorge vor einer politischen Haltung, die nur noch in „taktischen Konstellationen" zu denken vermag und sich damit vor der Härte der wirklichen Entscheidungen zu drücken versucht. Niemand kann bestreiten, daß in einer solchen Mentalität der Politiker — die sich seit der fortschreitenden „Anpassung" der sozialdemokratischen Opposition an den Regierungskurs noch schärfer als vorher abzeichnet — eine Gefahr für Bonn liegt, vielleicht sogar die größte Gefahr, der sich die bundesrepublikanische Demokratie ausgesetzt sieht. Darum kommt dem Hervortreten dieser kleinen, aber durch das Niveau ihrer Mitglieder bedeutsamen Gruppe ein symptomatischer Wert zu: Zum erstenmal werden in dem Memorandum der Acht gewisse Gedanken, die schon von einer Reihe unabhängiger Publizisten da und dort entwickelt worden sind, von namhaften Gelehrten aufgegriffen und in direktem Dialog mit den Exponenten der maßgebenden politischen Kräfte zur Debatte gestellt ...

Die Tat v. 27. II. 62

Diskussion um die Neutralität Österreichs

Der sozialistische Vizekanzler Pittermann äußerte am Samstag die Ansicht, daß Österreich seine Neutralität nicht nur im Osten, sondern auch im Westen verteidigen müsse. In einer Radiorede erklärte Pittermann, jene „falschen Propheten" müßten entschieden abgelehnt werden, von denen Staatssekretär Rösch gesagt habe, daß sie zwar die Neutralität Österreichs im Osten bedingungslos bejahten, aber an der westlichen Grenze dabei mit den Augen zwinkerten, um anzudeuten, daß es dort mit der Verteidigung der Neutralität mit allen Mitteln nicht so ernst gemeint sei. Man müsse Staatssekretär Rösch für diese Klarstellung dankbar sein, da nichts für die politische Stabilität Österrreichs schädlicher wäre, als wenn bei anderen Staaten die Ansicht entstünde, die Regierung messe je nach dem politischen System des Nachbarstaates die Neutralität mit zweierlei Maß.

Pittermann bemühte sich auch, die kritischen Stimmen zu seiner Reise nach Polen und zu seiner Forderung nach vermehrtem Osthandel zu wiederlegen. Er bemerkte, eine Konjunkturabschwächung in Westeuropa habe die Wettbewerbsverhältnisse verschärft. Wenn die Absatzmärkte im Osten auch nur teilweise eingebüßt werden sollten, würden dies alle Österreicher zu spüren bekommen. Es sei daher verständlich, wenn man trachte, die bestehenden Kontakte mit den Abnehmern in den Oststaaten zu verbessern.

Neue Zürcher Zeitung v. 12. II. 62

Schwedens Neutralitätspolitik

Der schwedische Ministerpräsident Tage Erlander hielt am Montagabend in Stockholm einen Vortrag über das Thema „Schweden und der europäische Gemeinsame Markt".

Er erklärte dabei: „Wenn wir auch eine möglichst enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wünschen, so wollen wir doch nichts vorkehren, was das Vertrauen in unsere Neutralitätspolitik beeinträchtigen könnte. Wir halten an dieser Politik so entschlossen fest, daß wir es vorziehen würden, neutral zu bleiben, selbst dann, wenn wir Gefahr liefen, isoliert zu werden."

Neue Zürcher Zeitung v. 8. II. 62

Schweden kommt mit 98 Firmen

Die Leipziger Frühjahrsmesse wird von 98 schwedischen Firmen (1959 nur 39; 1960 schon 45) beschickt werden, deren Ausstellungsstände eine Gesamtfläche von 2000 Quadratmetern einnehmen. Der Schwedische Allgemeine Exportverein wird die ursprünglich vorgesehene Errichtung eines Informationsbüros auf der Messe jedoch nicht verwirklichen.

Die Welt v. 22. II. 62

268 britische Firmen stellen in Leipzig aus

An der Leipziger Frühjahrsmesse werden sich 268 britische Firmen beteiligen, teilte die von sowjetzonaler Seite betriebene „Leipzig Fair Agency" in London mit. Das sind 40 Firmen mehr als 1961. Unter den Ausstellern sind Großbetriebe der Stahl-, Chemie- und elektrotechnischen Industrie sowie Textilbetriebe aus Nordengland und Schottland. Die Firmen haben 6000 qm Ausstellungsfläche belegt. Der größte Stand ist der der Stahlindustrie mit 120 qm.

Die Welt v. 21. II. 62

Ein neuer Deutschland-Plan Chrustschows?

Es wird hier (in Wien. D. Red.) berichtet, Mr. Chrustschow sei mit einem neuen Plan für Deutschland beschäftigt — einschließlich eines Landkorridors von Westdeutschland nach Berlin —, der als Grundlage für direkte Verhandlungen zwischen Moskau und Bonn angeboten werden soll.

Sowjetische Diplomaten hier sagten, der Plan sei durch den sowjetischen Ministerpräsidenten auf einer Zusammenkunft im letzten Monat an der polnisch-russischen Grenze mit dem ostdeutschen Kommunistenführer, Herrn Walter Ulbricht, mit dem tschechoslowakischen Präsidenten Novotny und dem polnischen Führer, Mr. Gomulka, unterbreitet worden.

Es heißt, der Plan verlange die Anerkennung von zwei deutschen Staaten als Grundlage für Verhandlungen. Er bietet Westdeutschland auch Konzessionen an, die ein geteiltes Deutschland erträglicher machen würden. Die Hauptpunkte des Planes sollen sein:

1. Ein Friedensvertrag würde unterzeichnet sowohl mit West- wie mit Ostdeutschland. Er würde beide Deutschlands von allen Kriegsreparationen an die Sowjetunion befreien. Beide Deutschlands sollten Mitglieder der Vereinten Nationen werden.

2. Der Viermächte-Status und die Viermächte-Kontrolle Berlins würden aufgehoben. Die Teilung der Stadt würde anerkannt. Westberlin würde ein legaler Teil Westdeutschlands werden mit Garantien für den freien Zugang, unterschrieben von den Westmächten, einschließlich territorialer Veränderungen zugunsten Westdeutschlands hinsichtlich eines Korridors.

3. Die Mauer in Berlin würde beseitigt und die Verbindungen zwischen Ost- und Westdeutschland würden wiederhergestellt und verbessert.

4. Eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Ostdeutschen und die Ersetzung des Ulbricht-Regimes durch eine annehmbare Regierung.

Observer v. 25. II. 62

Der Wiener Korrespondent der großen britischen Sonntagszeitung berichtet weiter, diese Berichte zirkulierten in Wien und würden von österreichischer Seite sehr ernst genommen. Chrustschow wünsche eine wirkliche Entspannung in Europa ohne Gefährdung der Sicherheit der Sowjetunion. Als Nachfolger Ulbrichts sei der stellvertretende Ministerpräsident der DDR, Willi Stoph, in Aussicht genommen. (D. Red.)

USA setzen NATO in der Kuba-Frage unter Druck

Die alte Welt soll ersucht werden, sich in die Angelegenheiten der beiden Amerikas einzumischen und den Untergang des Castro-Regimes in Kuba herbeiführen zu helfen. In einer erstaunlichen Wiederbelebung der Prinzipien der Monroe-Doktrin üben die Vereinigten Staaten Druck auf ihre Alliierten, insbesondere die Mitglieder der NATO aus, ihre Politik an der jüngsten Erklärung der Organisation amerikanischer Staaten auszurichten . . .

Die Allierten sollen ersucht werden, einen Wirtschaftsboykott auszuüben, sicherzustellen, daß keine unerlaubten Waffenlieferungen erfolgen, und ganz allgemein das Leben für Dr. Castro unmöglich zu machen oder dafür zu sorgen, daß er völlig von den Ländern des kommunistischen Blocks abhängig wird.

Es ist eine komische Besessenheit, und der Hauptgrund, den man für diesen letzten Schritt angibt, ist, daß Europa und Kanada zu der Einsicht gezwungen werden müssen, daß Kuba für die Vereinigten Staaten ein Ärgernis ist. Eine zweite Erklärung ist, daß man eine Spaltung innerhalb der atlantischen Allianz über Kuba vermeiden müsse.

Es ist unwahrscheinlich, daß der Vorschlag viel Begeisterung auslöst in Ländern wie Holland, das glaubt, von den Vereinigten Staaten in der West-Neuguinea-Frage weniger als fair behandelt worden zu sein. Auch von den lateinamerikanischen Ländern wird er nicht begrüßt werden.

Für politische Geschichtswissenschaftler ist der Vorschlag außergewöhnlich interessant. Als die Monroe-Doktrin erstmalig verkündet wurde, waren ihre Grund-Prinzipien, daß Amerika und Europa zwei getrennte und unterschiedliche politische Sphären seien: Ersteres sollte nicht als Gegenstand weiterer europäischer Kolonisation angesehen werden; und die europäischen Mächte sollten nicht intervenieren in Zentral- und Südamerika, um die früher zu Spanien gehörenden Kolonien wiederherzustellen.

Jahrelang ist die Doktrin liberal ausgelegt worden, und es ist auch von Interesse, daß die erste Erweiterung, bekannt als das ‚Nicht-Übertragungsprinzip' (non-transfer principe) im Zusammenhang mit Kuba getroffen wurde. Hierin wurde festgelegt, daß amerikanisches Territorium nicht von einer Macht an die andere übertragen werden kann.

Eine andere Erweiterung aus dem Jahre 1902 wurde bekannt als der Roosevelt-Zusatz, unter dem die Vereinigten Staaten sich selbst das Recht gaben, sich in die Affairen anderer amerikanischer Staaten einzumischen. Anlaß für dieses imperialistische Gesetz war die anglo-deutsche Blockade von Venezuela, das damals unter der Diktatur von Cipriano Castro stand.

Eine letzte Erweiterung wurde in der Resolution Senator Cabot Lodge's von 1912 gesehen, die eine Einmischung der Vereinigten Staaten fordert, um eine ausländische Besetzung von Häfen und anderen Plätzen in der amerikanischen Hemisphäre für militärische Zwecke zu verhindern.

Die Doktrin war die zentrale Lehre amerikanischer Außenpolitik um die Zeit des Ersten Weltkrieges herum. Aber in der Folgezeit wuchs die Verstimmung in den Amerikas zusehends. Die Vereinigten Staaten erkannten diese Entwicklung nicht schnell genug und stimmten auf der pan-amerikanischen Konferenz in Havanna gegen den Vorschlag, die Einmischung für illegal zu erklären. Dennoch war die Anerkennung dieses Prinzips nicht zu umgehen, und der Roosevelt-Zusatz wurde schließlich fallengelassen.

Die Protokolle von Montevideo und Buenos Aires verpflichteten die Vereinigten Staaten, sich direkter Intervention zu enthalten, um ein kommunistisches oder prokommunistisches Regime zu stürzen, und die Erklärung von Bogotá verbannte internationale Einmischung. Präsident Kennedys Regierung versprach, mit dem Beginn des „Bündnisses für den Fortschritt" die letzten Ungleichheiten zu beseitigen. Niemals waren interamerikanische Beziehungen besser — vor der Invasion in Kuba . . .

Es spielt keine Rolle, wie man die Konferenz-Arithmetik von Punta del Este auslegt, Regierungen, deren Völker eine klare Mehrheit auf dem Kontinent bilden, stimmten nicht für die Erklärung. Der jüngste Vorschlag, Westeuropa zur Einmischung zu drängen, kann nur weitere Verstimmung bringen.

Times v. 19. II. 62 (Bericht aus Washington)

„Sollte sich die NATO mit Kuba befassen?"

Kuba ist an sich keine Sache der NATO. Abgesehen davon, daß es geographisch weit entfernt ist, bildet es keine direkte Bedrohung für das Bündnis. Die Aussendung einer besonderen Mission, um diesen Gegenstand in Paris vorzutragen, ist deshalb schwerlich mit den Zwecken in Übereinstimmung zu bringen, um derentwillen die NATO im Augenblick existiert. Natürlich ist viel darüber diskutiert worden, in welchem Ausmaß man eine gemeinsame Politik in Angelegenheiten in anderen Teilen der Welt formulieren sollte, aber die Erfahrung hat gezeigt, daß eine solche gemeinsame Politik nicht so einfach geformt werden kann — daß, zum Beispiel, ein gemeinsames Interesse an der Verteidigung Europas kein gemeinsames Interesse an der Verteidigung Goas beinhaltet. Die Vereinigten Staaten sind oft die ersten gewesen, die darauf hinwiesen . . .

Die Überrumpelung der zögernden und instabilen lateinamerikanischen Regierungen auf der Konferenz von Uruguay scheint sicherlich bisher mehr Schaden als Nutzen angerichtet zu haben. Eine Reduzierung des ohnehin kleinen Handels zwischen Kuba und einigen Mitgliedern der NATO würde dies nicht kompensieren, noch in irgendeiner Art größeren Einfluß auf die Lage haben.

Times v. 19. II. 62 (Leitartikel)

Riesenausgaben für „zivile Notstandsplanung"

Für die zivile Notstandsplanung werden in diesem Jahr 695,9 Millionen oder 115 Millionen Mark mehr im Bundeshaushalt bereitstehen als 1961. In dem Einzelplan, der die Ausgaben für Notstandsmaßnahmen des Innen-, Wirtschafts-, Ernährungs-, Verkehrs-, Post- und Wohnungsbauministeriums zusammenfaßt, sind erstmals auch 3 Millionen Mark zur Errichtung von öffentlichen Luftschutzbauten vorgesehen, die in Friedenszeiten als unterirdische Verkehrsanlagen und Tiefgaragen dienen.

Für die Instandsetzung noch bestehender Luftschutzbunker und -stollen sowie die Errichtung neuer Luftschutzbauten sind wieder 35 Millionen Mark veranschlagt. Den größten Posten nehmen in dem Einzelhaushalt die bereitgestellten Gelder für die Anschaffung von Luftschutzgerät ein. Insgesamt 89,9 Millionen Mark sind angesetzt für die Ausrüstung des Brandschutz-, Bergungs-, Sanitäts- und ABC-Dienstes.

Auch die Errichtung von Ausweich- und Hilfskrankenhäusern soll beschleunigt werden. Gegenüber einer Million Mark im Vorjahr sind jetzt 20 Millionen Mark für diesen Zweck eingesetzt. Erstmalig sind in dem Einzelplan 7 Millionen Mark für die Ausbildung des Luftschutz-Hilfsdienstes vorgesehen. Schwesternhelferinnen für Hilfskrankenhäuser sollen in diesem Jahr ebenfalls erstmals im Rahmen der zivilen Notstandsplanung ausgebildet werden, wofür 4 Millionen Mark bereitstehen.

Weiter geht aus dem Einzelplan hervor, daß in diesem Jahr für die Versorgung der Bevölkerung im Verteidigungsfall ein Lebensmittel-Notstandspaket eingeführt werden soll. Für diesen Zweck sowie die Aufklärung der Bevölkerung über eine freiwillige Lebensmittelbevorratung sind 1,6 Millionen Mark veranschlagt. 28,5 Millionen Mark sollen für den Schutz betriebsnotwendiger Anlagen der Bundesbahn, der Straßenverwaltung, der Schiffahrtswege und des Wetterdienstes verwendet werden.

Süddeutsche Zeitung v. 6. II. 62

Die Bundeswehr macht Reklame

Mit Filmen, Anzeigen in Zeitungen und Zeitschriften, mit Plakaten und Prospekten, mit Tonbildreihen,Ausstellungen und Truppenveranstaltungen will die Bundeswehr für Nachwuchs in ihren Reihen auch im Jahre 1962 werben.

Der Haushaltstitel 302 im Wehretat nennt dafür wieder, wie schon im vergangenen Jahr, die Summe von genau neun Millionen Mark.

Ein Drittel dieser Summe, rund drei Millionen DM, sollen für die Streuung von Anzeigen und Beilagen in bundesdeutschen Publikationsorganen verwendet werden. Anzeigen und Beilagen sind meist mit einem Coupon versehen, auf dem Interessenten nur Namen und einige persönliche Daten auszufüllen brauchen, um damit beim Bundesverteidigungsministerium Auskunft über eine mögliche Laufbahn bei einer der deutschen Waffengattungen zu bekommen. Für die Beratung und Auswertung dieser Einzelanfragen

— im Wehretat mit dem Schlagwort „Coupon-Aktion" ausgewiesen — sind zusätzliche 130 000 DM bereitgestellt.

Für Werbeveranstaltungen durch die Truppe sollen 1962 genau 1,3 Millionen Mark ausgegeben werden. „Tage der offenen Tür" haben unzweifelhaft in den letzten Jahren viel zur Popularität der Bundeswehr, besonders bei der Jugend, beigetragen.

Für Druck und Aushang von Plakaten, die den Nachwuchs zum Eintritt in die Bundeswehr bewegen sollen, sind 600 000 DM bereitgestellt. Genau eine Million Mark sollen für die Herstellung und den Druck von Werbedrucksachen aufgewandt werden. Für die graphische und textliche Gestaltung der Werbemittel fordert der Wehretat weitere 130 000 DM.

Offenbar angespornt durch die guten Erfolge bei vorjährigen Veranstaltungen, will das Bundesverteidigungsministerium auch in diesem Jahre wieder eine große Summe für Ausstellungen über die Bundeswehr verwenden: 1,41 Millionen Mark sollen hierfür eingesetzt werden. Für Werbefilme und Tonbildreihen einschließlich der Kosten für die Einschaltung in Lichtspielhäusern sind 1,29 Millionen DM vorgesehen.

Nürnberger Nachrichten v. 10./11. II. 62

Demonstration gegen Botschafter von Etzdorf

Gegen den deutschen Botschafter in Großbritannien, Hasso von Etzdorf, kam es vor dem Universitätsgebäude in Oxford zu Demonstrationen, an denen sich Atombombengegner, Kommunisten und Studenten des Ruskin College beteiligten. Die Demonstranten empfingen den Botschafter bei dessen Eintreffen zu einem Vortrag in der Universität mit Schildern, auf denen es hieß: „Go home, Ex-Nazi", „keine Atomwaffen für Westdeutschland" und „Nazi-Führer wußte nichts von Nazi-Verbrechen?"

Die Welt v. 22. II. 62

*

Anmerkung der Redaktion:

Die britische Wochenzeitung „Tribune" druckte am 16. Februar 1962 eine zuerst im „Jewish Observer and Middle East Review" erschienene Liste derjenigen Botschafter der Bundesrepublik ab, die früher der NSDAP, der SA und SS angehört haben. Aus dieser Liste geht hervor, daß nicht weniger als 38 (!) heutige Botschafter Mitglieder der NSDAP gewesen sind! Fast alle standen im diplomatischen Dienst des Dritten Reiches.

Herr Oberländer kann nicht schweigen

Die kompromißlose Führung eines „revolutionären Krieges" ohne menschenvernichtende Mittel gegen die sowjetische Diktatur forderte der Bundesvertriebenenminister a. D., Prof. Dr. Oberländer, soeben im „Stahlhelm", dem offiziellen Organ des „Stahlhelm — Bund der Frontsoldaten". Der Westen müßte den Zielen der östlichen Diktatur eine offensive Revolution entgegenstellen, weil man eine Revolution nur durch eine Revolution bekämpfen könne. Prof. Oberländer, der erst am 21. Februar in einem persönlichen Handschreiben des Bundeskanzlers zu seiner „vollständigen rechtlichen Rehabilitierung" beglückwünscht wurde und seine „politische Rehabilitierung" vor allem bei seiner Tätigkeit im Rahmen der CDU/CSU angekündigt erhielt, vertrat im „Stahlhelm", der seinen Beitrag in Großaufmachung publizierte, die Ansicht, daß dieser „revolutionäre Krieg" keine Kompromisse kenne, daß Konzessionen den Gegner bei seinen Vorhaben unterstützten und daß es keine Koexistenz zwischen der freien und der unfreien Welt gebe.

Hamburger Echo v. 24. II. 62

„Rehabilitation eines früheren Nazi"

Es ist niemals bestritten worden, daß er (Oberländer) ein Nazi von 1933 an und ein prominentes Mitglied der SA war. In den vergangenen Jahren hat er hervorragende Beiträge zur Arbeit der Moralischen Aufrüstung geleistet ... Dr. Adenauers Förderung der Rehabilitierung von Prof. Oberländer ist jedoch ziemlich bezeichnend für eine grundsätzliche Ignoranz in Kreisen der Bundesregierung für die psychologischen Auswirkungen jeglicher Assoziierung mit prominenten Ex-Nazis in Deutschland und besonders im Ausland.

The Times v. 26. II. 62

Volkes geführten schrecklichen Krieges, die Hand zur Versöhnung auszustrecken haben, nicht die anderen. W i r haben anzubieten, w i r haben Vorschläge zu machen. Wie man in den Wald hineinruft, so hallt es daraus wider. Wir haben zu wählen zwischen der Politik der Bonner Extremisten — die ins Unheil führen muß — und einer Politik der Entspannung, die zum Beispiel damit beginnen könnte, daß Bonn das Kulturabkommen mit der Sowjetunion erneuert und die politische „Sperrklausel" von ihrem Osthandel nimmt.

„Sicherheit", schreibt Margret Boveri, „die Devise der Bonner Außenpolitik in den letzten Jahren, ist schön, wenn sie nicht zuletzt in die Katastrophe führt. Doch ohne Risiko und ohne Mut, es auf sich nehmen, wird keine Politik uns aus dem Irrgarten der Mauern herausführen. Bauen wir sie, jeder für sich, im unentwegten Widerstand gegen die Schlagworte unserer Propagandapublizistik, in uns selber ab, versetzen wir uns in die Lage nicht nur der Untertanen, sondern auch der Regierenden auf der anderen Seite, dann haben wir einen Anfang gemacht, den Haß zu durchkreuzen, wozu mehr Verstand und Kühnheit gehört als zum bloßen Mißtrauen gegen alles, was auf der anderen Seite geschieht, nur weil es auf der anderen Seite geschieht."

(Abgeschlossen am 28. Februar)

Kommentare

Katastrophen-Wollust

Weite Landstriche standen noch unter Wasser, die Opfer waren noch nicht gezählt — da hatte die politisch-propagandistische Ausbeutung der „Großen Flut" von Hamburg schon begonnen. Beflissene journalistische Apologeten der Bonner Aufrüstungs- und Notstandspolitik witterten die Chance, durch eine Art publizistischer Überrumpelungs-Taktik den Schock, den die Ereignisse von Hamburg in weiten Teilen der Bevölkerung verständlicherweise ausgelöst hatten, auszunutzen, die Reaktionen vor allem der Betroffenen sogleich in eine bestimmte politische Richtung zu lenken. Anders gesagt: während man noch Anteilnahme heuchelte, beeilte man sich schon, aus der furchtbaren menschlichen Not des 16./17. Februar 1962 eine höchst anfechtbare politische „Tugend" zu machen.

Nehmen wir diese Propagandisten der „Politik der Stärke" beim Wort. Bereits am 19. 2. schrieb der Leitartikler der Deutschen Zeitung: „Diese Katastrophe an der deutschen Nordseeküste zwingt aber, den ganzen Komplex der Notstandsgesetzgebung neu zu durchdenken . . . Wieweit muß der Freitagsturm als eine Generalprobe betrachtet werden?" Die Kölnische Rundschau fragte am selben Tag absichts: voll, „ob rechtlich fundierte, zentral gelenkte Notstandsmaßnahmen nicht jene Lücken noch zu schließen vermöchten, die jetzt zweifellos festzustellen waren." Ähnlich äußerte sich am 23. Fe-

bruar die Frankfurter Allgemeine. Und Herr v. Hassel, der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, erklärte am 20. Februar in Kiel vor der Presse, die Hamburger Sturmflut habe die Notwendigkeit einer Notstandsgesetzes mit aller Deutlichkeit bewiesen . . .

Doch nicht genug damit, daß unter Berufung auf Hamburg eine neue Propaganda-Welle zugunsten des Notstandsgesetzes einsetzte: es begann gleichzeitig auch eine nicht weniger massive Propaganda zugunsten der Bundeswehr, unter Hinweis auf deren Hilfeleistung bei der Sturmflut-Katastrophe. Auch hier war die rein politische Absicht schnell zu bemerken. So überschrieb die WELT einen großen Bericht über die Hilfsmaßnahmen in Hamburg mit der Suggestivfrage: „Was wären wir ohne die Bundeswehr?" In dem Aufsatz hieß es: „Es schmälert die Verdienste der Polizei, der Freiwilligen, des Technischen Hilfswerkes und aller anderen nicht, wenn man schon jetzt sagt, daß die Bundeswehr nach diesem Einsatz in Deutschland anders angesehen werden wird als vor ihm." Hans Zehrer schrieb am 24. Februar in der WELT, die Bundeswehr habe sich nun „durch ihren Einsatz und ihre Opfer den Weg zur Volkswehr erkämpft". In der WELT AM SONNTAG vom 25. Februar sprach Alexander Rost von einem „Sieg der Bundeswehr", die sich hervorragend „bewährt" habe. Auch die FAZ meinte am 22. Februar: „Dies war eine große Stunde der Bundeswehr". Das Bulletin der Bundesregierung hatte schon am 20. Februar die Bundeswehr als „Helfer in der Not" gepriesen, aber auch nicht versäumt, weiteren „ständigen Opferwillen" der ganzen Bevölkerung zu fordern. Sehr deutlich wurde, ebenfalls am 20., die Rheinische Post: „Auch der Einsatz der Bundeswehr verdient Beachtung. Er mag als selbstverständlich gelten. Aber vor wenigen Jahren noch war die Bundeswehr keineswegs eine Selbstverständlichkeit, und wenn die Opposition sich damals hätte durchsetzen können, dann wären jetzt keine 25 000 Soldaten für den Katastrophen-Einsatz verfügbar gewesen . . ." Schließlich sei noch einmal die WELT zitiert, die am 24. Februar nicht ohne Befriedigung feststellte: „Wir haben viel verloren, aber wir haben auch gewonnen in diesen Tagen."

Uber dergleichen Schamlosigkeiten hinaus haben die publizistischen Reaktionen auf die Katastrophe von Hamburg aber auch einmal mehr enthüllt, wie weit verbreitet, wie leicht erweckbar in der Bundesrepublik eine Mentalität noch immer oder schon wieder ist, die zweimal in diesem Jahrhundert dazu beigetragen hat, Deutschland und ganz Europa in fürchterliches Unheil zu stürzen. Nur mit Schauder hört man dies unaufhörliche Gerede vom „Einsatz" und „Opfer", von der „Bewährung", ja vom „Sieg" der Bundeswehr in Berichten aus Hamburg, die sich wie Kriegsberichte lesen. Der „erste Ernstfall" für die Bundeswehr sei es gewesen, meinte ein Journalist, als habe man nur auf einen solchen gewartet und als sei er nur das Vorspiel zu einem ganz anderen, unvermeidlichen. Man schwelgt geradezu wollüstig in der Katastrophe, allen voran natürlich Hans Zehrer, der Ober-„Metaphysiker" der deutschen Presse, der unmittelbar nach der Sturmflut von Hamburg den „höheren Mächten" Tribut zollte, von denen der Mensch „eben doch" abhängig sei. Alter, verhängnisvoller deutscher Schicksals-Aberglaube und eine verruchte, unmenschliche Opfer-Mythologie feiern in diesen Tagen ihre Auferstehung. Und gerade ihrer bedarf es noch, um die andere, unendlich viel größere Katastrophe wirklich unabwendbar zu machen, von der sie unermüdlich orakelhaft reden, als sehnten sie sie herbei . . .

In diesen pseudo-metaphysischen Orakelsprüchen wie in jenen absichtsvollen politischen Kommentaren zu den Ereignissen des 16./17. Februar, wie auch zu dem entsetzlichen Bergwerksunglück von Völklingen wenige Wochen vorher, wird bewußt oder unbewußt

der entscheidende Unterschied zwischen Natur-Katastrophen und menschlich-geschichtlichen Katastrophen verdunkelt. Naturkatastrophen werden mythisiert. Und der Krieg sowie andere politisch verursachte Notstände werden gewissermaßen zu überdimensionalen Naturkatastrophen, zu einem unabwendbaren Schicksal, von „höheren Mächten" verhängt. In Wirklichkeit aber können Natur-Katastrophen zwar auch heute noch nicht völlig verhindert, wohl aber durch menschliche Umsicht und Vorsorge weitgehend eingedämmt werden. Sowohl in Völklingen wie in Hamburg hat es nachweislich an solch ausreichender Vorsorge gefehlt; nicht irgendwelche „höheren Mächte", sondern menschliches Versagen ist schuld am Ausmaß der beiden Katastrophen.

Kriege aber sind keine unabwenbaren, nur eindämmbaren Natur-Katastrophen. Sie müssen und sie können gerade heute durch eine verantwortungsbewußte, vorausschauende, besonnene Politik verhindert werden. Nicht in der Katastrophe, sondern vor ihr, in ihrer Abwendung, im Aufbau einer sinnvollen, wirklich menschlichen Friedens-Ordnung haben wir, gerade wir so gefährlich katastrophensüchtigen Deutschen uns heute zu „bewähren". Dieser „Einsatz", der Vernunft nämlich ,ist von uns gefordert — in unserem eigenen Interesse!

Die Bundeswehr und das Notstandsgesetz, die beide man uns als dringend notwendig anpreist, sind Teil und Instrument einer Politik, die geschichtliche Katastrophen nicht zu verhindern, unmöglich zu machen versucht, sondern sie in den Bereich des Möglichen rückt. Die schamlose „Unsere Bundeswehr"-Propaganda, nach dem Markenartikel-Motto „Die Bundeswehr hilft in allen Lebenslagen", dient nur dazu, zu verschleiern, daß diese „unsere" Bundeswehr nicht als eine Art bessere Feuerwehr, sondern als ein wichtiger Faktor des Kalten Krieges geschaffen und darum eine schwerwiegende politische Hypothek geworden ist. Nicht im mindesten wird das aufgewogen durch die unbestreitbare Hilfeleistung bei der Sturmflut von Hamburg. Ganz abgesehen davon, daß es bei richtiger Vorsorge für solche Katastrophen des Einsatzes der Bundeswehr nicht erst bedurft hätte. Durch die heutige Propaganda für die Bundeswehr soll in Wirklichkeit durch die Hintertür die heutige Bonner Aufrüstungs-Politik gerechtfertigt, populär gemacht werden. Von „unserer" Bundeswehr zu „unseren" Atomwaffen ist nur noch ein kleiner Schritt. Damit aber auch zu unserem Untergang in einer nicht „schicksalhaften", sondern von uns selbst verantworteten, von unserer Politik heraufbeschworenen Kriegskatastrophe, gegen die das Unheil von Hamburg ein Kinderspiel wäre. Und in der kein „Einsatz", kein „Opfer" und keine „Bewährung" uns mehr helfen würden. So gilt denn nach Hamburg und angesichts der bewußten Politisierung dieser Katastrophe mehr denn je die Warnung vor den falschen Propheten! Anderenfalls werden noch ganz andere Dämme und Deiche brechen als am 16./17. Februar.

Völklingen und Hamburg haben ein weiteres gelehrt. Sie lassen schlagartig erkennen, in welchem Maße in diesem Lande seit Jahren zugunsten einer immer hemmungsloseren Aufrüstung und Militarisierung des ganzen Lebens — die uns nicht schützt, sondern gefährdet! — die Lösung aller wichtigen gesellschaftlichen Probleme, im Großen wie im Kleinen, vernachlässigt oder gar versäumt wird. Ein Minimum der für die Bundeswehr aufgebrachten ungeheuren Mittel hätte genügt, die Dämme und Deiche in Norddeutschland wesentlich flut-sicherer zu machen, als sie es waren. Ein Minimum jener Mittel würde ausreichen, die deutschen Bergwerke in jeder Hinsicht zu sanieren. Oder das Bildungswesen in der Bundesrepublik, von den Volksschulen bis zu den Universitäten, endlich zureichend zu refor-

mieren. Oder das Verkehrsproblem zu lösen. Und so weiter. Unermeßliche F r i e d e n s - Aufgaben, die alle Einsatz und Bewährung und auch Opfer verlangen. Und deren Lösung weit mehr und ganz anders als alle Aufrüstung uns „krisenfest", unsere gesellschaftliche Ordnung wirklich menschlich machen würde! Durch sie und nur sie können Natur-Katasrophen in immer stärkerem Maße „entschärft", politische Katastrophen aber endlich ein für allemal verhindert werden. Allein wenn er uns zum Anlaß solcher Besinnung und entsprechender praktischer Konsequenzen wird, kann der hundertfache Tod von Völklingen und Hamburg nachträglich noch einen wirklich m e n s c h l i c h e n Sinn erhalten. AB

Die letzte Hürde

Frankreich und die Provisorische Regierung der algerischen Republik haben endlich zu einer Einigung gefunden. Nicht nur die Feuereinstellung wird verfügt; es werden auch die Grundsätze der künftigen Beziehungen zwischen beiden Ländern festgesetzt. Sie sind gekennzeichnet durch die Formel „Unabhängigkeit in Gemeinschaft mit Frankreich". Diese Formel ist explosiv genug und birgt wahrscheinlich für die einen wie für die andern diverse Überraschungen. Sie ist ein Kompromiß, der den radikalen Flügel der Algerier nicht befriedigt, noch weniger jedoch die Heißsporne des Kolonialismus, die trotz allen Schiffbruchs an überlebten Vorurteilen kleben. Erlauben die Verträge das Entstehen eines autonomen algerischen Staates, so ist es doch den Unterhändlern de Gaulles gelungen, einige Sicherungen einzubauen, die die französischen Interessen wenigstens teilweise schonen sollen. Während fünfzehn Jahren darf der Flottenstützpunkt Mers el Kebir behalten werden, in Algerien verbleibende Truppen sollen drei Jahre lang die Einhaltung der Abkommen garantieren. Doch ist das ein Schutz mehr formeller denn wirklicher Macht: Mit der Geburt des algerischen Staates beginnt eine neue Entwicklung, die nichts mehr wird aufhalten können. Das zeigt die gesamte afrikanische Praxis zur Genüge.

Ein siebenjähriger Krieg, dem Hunderttausende von Toten zum Opfer fielen (vor denen die sonst moralisch so vibrierende Freie Welt ihr Haupt vergrub) und zu dessen Tagesablauf die schlimmsten Grauen der Folter gehörten, geht zu Ende. Vier Jahre hat es gedauert, bis de Gaulle sich selber zu einer solchen Lösung bekannte. Nur widerwillig gab er das Ziel des Algérie française auf, unter dessen Fahne die kolonialfaschistische OAS ihn jetzt bekämpft. Diese letzte Hürde bleibt noch zu nehmen.

De Gaulles Erfolg ist gleichzeitig sein Mißerfolg. Es ist ihm nicht gelungen, die Algerier zu besiegen. Es ist ihm aber auch nicht geglückt, das französische Volk als passiven Posten von jeder Lösung fernzuhalten. Vier Jahre hat er es eingelullt, nun mußte er feststellen, daß der Schlaf vorbei ist. Am 13. Februar trug eine halbe Million die acht Opfer der antifaschistischen Demonstrationen zu Grabe, während im ganzen Land die Arbeit ruhte. Die Arbeiter streikten und die Universitätsprofessoren, die Eisenbahner und die Studenten. Solche Massen hat Paris seit mehr als einem Jahrzehnt nicht auf der Straße gesehen. Der 13. Februai 1962 erinnerte an die Tage der Befreiung 1945 und an den 12. Februar 1934, als ein erster faschistischer Anschlag abgewehrt wurde. Die Linke, die de Gaulle lahmgelegt glaubte, war mit gewaltiger Macht erschienen, die seit Jahren mit Eifer betriebene Entpolitisierung zerstoben. Die Massen, mit aller List moderner Meinungsbeeinflussung betört, suchten den natürlichen Ausweg im Protest auf der Straße. Das autoritäre

Regime empfing einen gefährlichen Stoß, als sein heiliges Prinzip — das der politischen Enthaltsamkeit des Volkes — vor aller Augen zerbrach. Vor allem die Gangsteranschläge der OAS, deren Terror blindlings-verbrecherisch wütet, hatten dieses Resultat bewirkt. Aber die Massenkundgebungen bedeuteten auch Kritik an der Regierung, an ihrer Zahmheit gegenüber den Terroristen, an der Komplizität mancher Behörden, überhaupt an der ganzen Malaise des algerischen Krieges. Den Manipulationen durch die Autoritätsanbeter wurden endlich sehr bestimmte Grenzen gezogen. Diese Warnung ist in Frankreich verstanden worden. Ist das auch in Bonn der Fall, wo man de Gaulles Methoden als beispielgebend zu befolgen scheint?

Die Aktion der Linken hat den Friedensschluß in Algerien zweifellos beschleunigt. Ein weiteres Hinauszögern hätte immer mehr Massen auf die Straße gebracht. Auch die liberale Diktatur des Generals hat die alte Erfahrung bestätigt: Dort, wo Ventile normaler demokratischer Korrektur fehlen, ist die Gefahr gewaltsamer Explosionen um so größer. Noch eine andere Lehre ergibt sich: Ohne eine weitgehende Einheit der Linken wäre es zu diesen Aktionen nicht gekommen. Bis zuletzt schwenkte die Regierung das Gespenst des Antikommunismus, — was sie erst recht schwächte. Bis auf die OAS-Faschisten, die sie angeblich bekämpft, glaubte ihr dies kaum jemand. Die Lüge erbitterte wie eine Provokation. In Frankreich gibt es jetzt eine Linke, die sich stark genug fühlt, mit den Kommunisten gemeinsam zu kämpfen, ohne auf ihre Unabhängigkeit verzichten zu müssen. Die Grundlage dieses Bündnisses waren: der kommunistische und der christliche Gewerkschaftsbund, der Studentenverband und die Lehrergewerkschaft. Die letzte Hürde der OAS kann de Gaulle nur mit Hilfe der Linken überspringen, — was ihm keineswegs behagt. Es ist damit zu rechnen, daß sich das aktiv gewordene Volk nicht mehr in den Schlaf singen lassen wird.

HA

Dr. Ernst Schwarz

Wiedervereinigung — Utopie und Wirklichkeit

Eine konstruktive Antwort auf das Sowjetmemorandum

Ich merk es wohl, bei aller Schätze Flor,
Wie ihr gewesen, bleibt ihr nach wie vor.
Goethe, Faust, 2. Teil

I.

Die Bundesrepublik ist durch außenpolitische Erfolge, außer durch billige, nicht gerade verwöhnt worden. Mit abstumpfender Eintönigkeit hören wir nun seit zwölf Jahren den Refrain von der Wiedervereinigung, bei dauerndem Krebsgang in dieser Sache. Der Bundeskanzler bleibt unerschüttert bei seinen Hypothesen, Unbeweglichkeit („keine Experimente") kennzeichnet seine Politik. Mit der Geduld desjenigen, der alle und alles überleben will, wartet er auf die Schwäche und sogar auf die Einsicht seines östlichen Gegners. Er wartet auf die Gelegenheit, aber er tut nichts, um sie herbeizuführen. Die Erfolglosigkeit macht ihn eher härter.

siegten, ressentiment-geladenen, wieder den Puls der Macht spürenden Rumpfdeutschland und die Mentalität des siegreichen, von der überwertigen Idee seiner Weltmission erfüllten Amerika geben zusammen einen harten Klang; der Klang der Friedensglocke ist es nicht. Nur wenn mit der Macht der Neuen Welt die Intelligenz, der in seiner Geschichte gereifte Geist der abendländischen Welt und ihre Moral sich verbinden, kann und wird das Zusammengehen mit den USA glückhaft für uns sein.

Man präsentiert so mancherlei Lehren aus der Vergangenheit und rechnet dabei mit dem kurzen Gedächtnis und dem kurzen Verstand der Zeitgenossen. Man studiere aber einmal genau und nicht mit irgendeiner parteipolitischen Brille die Lage, die zu Rapallo und Locarno führte, und man wird für die heutige Lage Lehren daraus ziehen, die nur Oberflächlichkeit und Dummheit übersehen können.

Die nun vorliegende Antwort der Bundesregierung auf das Sowjetmemorandum ist insofern eine gute Antwort, als sie auf dessen Beziehungslosigkeit im gleichen Stil erwidert hat. Sie ist jedoch damit auch eine nichtssagende Antwort geworden. Allgemeine Betrachtungen, wie sie bisher nie Eindruck auf die Sowjets gemacht haben und eigentlich zu nichts verpflichten, verdecken die fehlende politische Substanz. Das Paradepferd der Selbstbestimmung wird in der Hohen Schule geritten, aber das vermag über das eigentliche Problem der Machtansprüche der Weltmächte in bezug auf Deutschland nur hinwegzutäuschen; dieses Problem bleibt in seinem ganzen Ernst unangesprochen. Sicherlich kann, ja muß man die Gesichtspunkte dieser Antwort, natürlich auch die Selbstbestimmung, im Prinzip bejahen, aber ohne sich die Einsicht in die leider notwendigen Einschränkungen dieser Grundsätze nach Maßgabe der konkreten Situation abzuringen, wird dergleichen eine gute Wirkung nach innen, aber schwerlich nach außen haben.

Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik (II)

Eine Dokumentation zur „Politik der Stärke"

Wir setzen in dieser Ausgabe den in unserem Februar-Heft begonnenen Vorabdruck aus einer größeren Dokumentation zur Geschichte der westdeutschen Wiederaufrüstung fort, die voraussichtlich im April als Sonderdruck der „Blätter" erscheinen wird. Mit dieser Publikation, die in ihrer Art in der Bundesrepublik kaum ihresgleichen haben dürfte, soll in konzentrierter Form die gewiß schwerstwiegende Wendung der westdeutschen Nachkriegspolitik dokumentiert werden: der Übergang von den Friedens-, Entwaffnungs- und sogar Neutralitäts-Beteuerungen der ersten Nachkriegsjahre zur „Politik der Stärke" mit allen ihren verhängnisvollen politisch-militärischen, wirtschaftlichen und moralischen Folgen.

Der Sonderdruck wird einen Umfang von 50 bis 60 Seiten im Format der „Blätter" haben und für unsere Abonnenten DM 1,50, für Nichtabonnenten DM 2,— kosten. Da die Auflage begrenzt ist, empfehlen wir unseren Lesern, ihre Bestellung schon jetzt aufzugeben und dazu die diesem Heft beiliegende Bestellkarte zu benutzen.

Verlag und Redaktion

Vorbereitungen

In der Süddeutschen Zeitung schreibt Chefredakteur Werner Friedmann:

Die unbekannten und in keinem Planstellenregister verzeichneten Dienststellen, die in Bonn — vorerst ohne unser Wissen — unterhalten werden, dienen, wie

man vernimmt, der „Vorbereitung". Harmlose Gemüter, welche da glauben, es handle sich um die Vorarbeiten etwa für die Bereitschaftspolizei, würden schnell eines Besseren (oder Schlechteren) belehrt, hätten sie die Chance, einen Blick in die Pläne zu tun . . . Da spielt — und wir schöpfen dieses Wissen nicht aus unkontrollierbaren Gerüchten — die Polizeifrage bereits eine sehr untergeordnete Rolle. Da geht es längst um die Grundlagen für das deutsche Kontingent einer europäischen Wehrmacht. Da geht es um ein Wehrgesetz, das die allgemeine Wehrpflicht vorsieht, da hat man recht genaue Vorstellungen über die Erfassung der Wehrpflichtigen, da stehen zehn deutsche Divisionen auf dem Papier, Panzerverbände etwa in Stärke von 200 000 Mann . . .

Süddeutsche Zeitung v. 25. X. 1950

Die „Sprache der Macht"

Dr. Adenauer auf dem CDU-Parteitag in Goslar am 20. 10. 1950:

Jetzt endlich haben die Westalliierten auch gegenüber Sowjet-Rußland erkannt, daß ein totalitärer Staat nur eine Sprache kennt, die Sprache der Macht, daß man mit einem totalitären Staat nur dann zu einem vernünftigen Ergebnis kommt, wenn man bei der Verhandlung mindestens so stark ist wie er. Nur dann wird ein totalitärer Staat bereit sein, sich friedlich einzuordnen in das Gesamtgefüge der Völker, wenn seine Machthaber wissen, daß jedes Ausbrechen, jeder Angriff für sie selbst schwerste, unter Umständen vernichtende Folgen hat . . .

Lassen Sie mich noch einmal meiner tiefen Überzeugung Ausdruck geben, daß der einzige Weg, den Frieden zu sichern, der ist, den die Westalliierten und die Atlantikpaktstaaten jetzt einzuschlagen beschlossen haben: nämlich mit Sowjet-Rußland über die Herstellung eines dauernden Friedens zu verhandeln, nachdem sie sich mindestens ebenso stark gemacht haben wie Sowjet-Rußland ist.

„Deutschland-Union-Dienst" der CDU, Sonderausgabe vom 20. X. 1950 — 1. Parteitag Goslar. Ausgabe B, Rede des Bundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer S. 6 u. 11

Schwerin plaudert — und muß gehen

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat den Berater für Sicherheitsfragen, Graf Gerhard Schwerin, mit sofortiger Wirkung von seinem Amt entbunden. Das Bundespresseamt veröffentlichte am 30. 10. 1950 dazu folgendes Kommunique:

„Der Berater des Herrn Bundeskanzlers in technischen Fragen der Sicherheit, Graf von Schwerin, hat in einigen Punkten eine Tätigkeit entfaltet, die über die ihm erteilten Aufträge hinausging. Wenn Graf von Schwerin dies auch auf Mißverständnisse zurückführt, so hat er doch den Herrn Bundeskanzler um Entbindung von seiner Aufgabe gebeten. Der Herr Bundeskanzler hat diesem Wunsch entsprochen. " Graf Schwerin war von verschiedenen Zeitungen angegriffen worden, weil er in einem inoffiziellen Gespräch mit Journalisten die Möglichkeiten einer Wehrpflicht erörtert und erklärt hatte, daß er einen bezüglichen Gesetzentwurf im Auftrag des Kanzlers schon in seiner Schublade habe.

„Archiv der Gegenwart", 1950, S. 2649

12 Divisionen mit 250 000 Soldaten

Die Mannschaftsstärke eines möglichen westdeutschen Verteidigungsbeitrages wurde jetzt erstmals offiziell angegeben: Dr. Adenauer bezifferte sie auf 12 Divisionen oder 250 000 Mann.

Bundesinnenminister Dr. Lehr befürwortet gleichzeitig in einem Interview mit „United Press" die Aufstellung von „mindestens 70 000 bis 90 000 Mann Bereitschaftspolizei, damit im Ernstfall der Nachschub der kämpfenden Truppe sicher-

gestellt und Ruhe und Ordnung im Hinterland aufrechterhalten werden kann." . . .

Lehr will die Aufstellung der bisher bewilligten 30 000 Mann kasernierter Polizei mit großer Beschleunigung vorantreiben, ihr noch bessere Waffen geben und sie in verstärktem Maße mit Maschinenwaffen und leichten Panzern ausrüsten . . . Lehr befürwortete die Wiederaufnahme einer „Produktion von leichten Verteidigungswaffen und Munition" in Deutschland.

Nürnberger Nachrichten v. 11. VII. 1951

Armee gegen die Neutralisierung

Der Bundeskanzler auf einer CDU-Kundgebung in Heidelberg am 1. 3. 1952:

Wenn wir in der Europäischen Verteidigungs-Gemeinschaft sind, dann kann von einer Neutralisierung Deutschlands, ein Gedanke, der zeitweise auch in Frankreich Befürworter fand, nicht mehr die Rede sein. Und ich bitte Sie bei der Frage „Sollen wir in die Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft eintreten oder nicht?" sich immer auch vor Augen zu halten, daß die Gefahr der Neutralisierung Deutschlands die unmittelbarste Gefahr ist und daß wir dieser Gefahr nur dadurch entgehen, daß wir eben in die Verteidigungsgemeinschaft eintreten . . .

Ich denke mir die Entwicklung folgendermaßen: Wenn der Westen stärker ist als Sowjetrußland, dann ist der Tag der Verhandlungen mit Sowjetrußland gekommen.

Bulletin v. 4. III. 1952

Adenauer: „. . . wenn möglich offensiv gegen Osten"

Es wurde bezweifelt, daß diese 12 Divisionen überhaupt etwas zu bedeuten hätten. Meine verehrten Damen und Herren, auch das kann ich Ihnen und der Öffentlichkeit, wie ich glaube, in wenigen Sätzen klarmachen, was das zu bedeuten hat. Wenn wir deutsche Divisionen haben, dann haben wir bei der Ausarbeitung der strategischen Verteidigungspläne mitzusprechen. Es gab zwei Vorstellungen solcher Pläne . . .

Die zweite Vorstellung war die, die auch Herr Kollege Dr. Schumacher immer vertreten hat; er hat die These vertreten: möglichst am Eisernen Vorhang verteidigen, und wenn möglich offensiv gegen Osten. Dieser These, die auch Kollege Schumacher vertreten hat, verhelfen wir zum Erfolg.

Deutscher Bundestag, 242. Sitzung vom 5. XII. 1952, S. 11 640

Heeresverbände, Luftwaffe und Marine

Interview der amerikanischen Nachrichtenagentur United Press mit Theodor Blank:

Die zwölf deutschen Divisionen werden etwa 22 bis 24 Monate nach dem Tage „X", dem Inkrafttreten des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, bedingt feldverwendungsfähig sein. Sie setzen sich aus den Freiwilligen-Kadern und den wehrpflichtigen Rekruten zusammen. Die Bundesrepublik stellt sechs Infanterie-Divisionen, vier Panzer-Divisionen und zwei Panzer-Grenadier-Divisionen sowie eine taktische Luftwaffe und eine kleine Marine auf. Die Heeresverbände, zu denen noch Korps- und Armeetruppen gehören, sind etwa 400 000 Mann stark. 20 000 Mann sollen in der Marine, etwa 80 000 Mann in der Luftwaffe dienen.

Wie von unterrichteter Seite ergänzend bekannt wurde, verfügt das deutsche Kontingent nach Abschluß der Aufstellungsphase über etwa 1500 Panzer, genau so viele Flugzeuge und eine Reihe von kleinen Küstenschutzschiffen bis zu 1500 Bruttoregistertonnen . . . Die deutsche Luftwaffe wird zwanzig Geschwader stark sein und in der Mehrzahl über Jagdbomber verfügen. Außerdem sind für diese

rein taktische Luftwaffe Aufklärer, Jäger und Transportflugzeuge vorgesehen.
Bulletin v. 13. IV. 1954

Nicht Ausgleich, sondern Befreiung

Als Abgeordneter der Deutschen Partei erklärte der heutige Bundesminister von Merkatz:

Es gibt nur e i n Deutschland und nur einen deutschen Staat, und das ist die Bundesrepublik, und die Aufgabe ist nicht ein im Wege des Verhandelns und des Brückenbaus zu schaffender Ausgleich. Die Aufgabe ist vielmehr die Befreiung der besetzten deutschen Gebiete, die man de facto von uns abgetrennt hat.
Deutscher Bundestag, 255. Sitzung v. 19. III. 1953 S. 12 337

Niemand bildet sich ein . . .

Bundeskanzler Dr. Adenauer gegenüber dem sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin am 10. 9. 1956 im Moskauer Kreml:

Sie haben davon gesprochen, daß in Deutschland von der „Position der Stärke" geredet werde. Ich glaube, daß da ein sehr großes Mißverständnis vorliegt. Kein Mensch in Deutschland bildet sich etwa ein, mit der Sowjetunion aus der Position der Stärke heraus verhandeln zu können.
Bulletin, Sonderausgabe v. 20. IX. 1955

Strauß spricht vom „Fall Rot"

Wir wissen doch aus der Vergangenheit, daß der frühere deutsche Generalstab das Rundumdenken hatte. Da hat man die Fälle Anton bis Zeppelin — Blau, Gelb, Weiß, Grün usw. — gehabt, und da hatte man eine Lösung für Westen und Osten — und nun kam der Norden noch hinzu — in Generalstabsstudien niedergelegt. Die Zeit der Auseinandersetzung der europäischen nationalstaatlichen Demokratien oder auch nichtnationalstaatlichen Demokratien ist historisch vorbei. Es gibt heute für die militärische Vorbereitung zur Verhanderung eines Krieges nur mehr einen einzigen Fall; das ist der Fall Rot und sonst kein Fall mehr auf der ganzen Welt.
Deutscher Bundestag, 18. Sitzung v. 20. III. 1958, S. 870.

O b e r b ü r g e r m e i s t e r i. R. R o b e r t S c h o l l

Die EWG und der kleineuropäische Organisationsdschungel

Ein konsequenter Weg zur Zementierung der deutschen Spaltung

1.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, auch Gemeinsamer Markt genannt, soll nach dem Gründungsvertrag von 1957 in Rom eine Art Zollunion ihrer 6 Mitgliedsländer (Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Italien und die 3 Beneluxländer Belgien, die Niederlande und Luxemburg) sein. Neben der Aufhebung der

sen, daß menschliches Tun die Landschaft verändert, gutes Tun die Landschaft im Guten verändert, schlechtes, nachlässiges Tun oder Treibenlassen die Landschaft so stark schädigt, wie das z. B. im Dustbowl *) in den USA der Fall ist oder in Südamerika, Afrika und anderen Gebieten noch täglich vor sich geht.

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Zur Diskussion um das sowjetische Memorandum

Die Ausführungen von Dr. Hilf in Heft 2/1962, denen ich nur zustimmen kann, veranlassen mich, Ihnen folgende Gedanken zu übermitteln:

Der Geist unserer politischen Vergangenheit ist — trotz aller Warnungen der Geschichte und trotz unseres politisch-militärischen Zusammenbruchs im außenpolitischen Bereich — lebendig geblieben. Die Orientierung unserer Außenpolitik nach den überholten Begriffen und Methoden der Vergangenheit hat zu einem sichtbaren Mißerfolg geführt. Das hervorragendste staatspolitische Ziel, die Wiedervereinigung — im Grundgesetz als das dringlichste Anliegen des deutschen Volkes hervorgehoben — ist nicht erfüllt. Vielmehr sind die Möglichkeiten der Wiedervereinigung, verglichen mit der Situation vor 12 Jahren, erheblich verschlechtert.

Vom Standpunkt des deutschen Volksinteresses und unseres Deutschtums in seinem wertvollen Bestand kann man die Lage unseres Volkes und die Möglichkeit seiner staatlichen Neuformung nur mit großer Sorge beurteilen. Welch schwere Opfer hat unser Volk seit Generationen im Glauben an die großen Aufgaben seiner obrigkeitlichen Führung zur Erhaltung und Festigung seiner staatlichen Existenz bringen müssen! Und nun steht es nach dem politisch-militärischen Zusammenbruch von 1918 und von 1945 vor den Trümmern all seiner Hoffnungen, vor den Trümmern des einst so stolzen Deutschen Reiches, für das es erwartungsvoll seine Jugend und seine besten Kräfte immer wieder zum Opfer brachte. Und wieder spricht man an oberster Stelle von neuen Opfern — selbst so weitgehend, daß im Ernstfall Deutsche gegen Deutsche stehen müßten.

Warum dieser Rückblick auf die Vergangenheit, auf die Dinge, die nicht mehr zu ändern sind? Weil dies die grundlegende realpolitische Lehre für unsere Außenpolitik ist, daß man im Geist der Vergangenheit mit den geschichtlich widerlegten Ideen von Waffenmacht und Ordenspracht keine wirkliche Aufbauarbeit leisten kann. Man arbeitet politisch mit untauglichen Mitteln, wie es z. B. bei unserer Wiedervereinigung so deutlich sichtbar ist, und nennt dies dann „Politik ohne Experimente".

Dieser Rückblick auf die Vergangenheit, das traurige Ende alles einstigen Glanzes und Stolzes, die enttäuschende Zwecklosigkeit der unübersehbaren Leistungen und Opfer unseres Volkes und nicht zuletzt die Tatsachen unserer Geschichte bis zu den jüngsten Tagen müßten ausreichen, um das Unrealistische unserer Außenpolitik darzutun, die es — im Gegensatz zu Österreich — infolge Ausschlagung gegebener Möglichkeiten nicht vermochte, unserem Volk die ihm staatspolitisch als wichtigste Existenzvorraussetzung zukommende Einheit im Sinne des Grundgesetzes zu schaffen.

Dieser Rückblick müßte ausreichen, um die Dogmatisierung unserer Politik in den ideologischen Vorstellungen eines

*) Sandsturmgebiet.

Kleineuropa mit einer Wiederbelebung des alten römisch-christlichen Reichsgedankens — selbst bei Waffen- und Wirtschaftshilfe durch die USA — als politischen Fehlschlag und als Quelle verschärfter Gegensätze und neuer Gefahren zu erkennen, alles Umstände, die unserem Volk staatspolitisch nur von Nachteil sein konnten.

Dieser Rückblick müßte schließlich ausreichen, um zu erkennen, daß unsere überstürzte Aufrüstung der Bundesrepublik gegen den Osten uns von vornherein mit dem für Deutschland wirtschaftlich wertvollsten, militärisch aber mächtigsten Staat Europas, Rußland, in schärfsten Gegensatz bringen mußte. Es wurden bei uns unsichtbare Mauern errichtet, ehe in Berlin die sichtbare Mauer vom 13. August vorigen Jahres in Erscheinung trat. Wir müssen das ehrlich zugestehen. Und am meisten sind es wiederum Menschen u n s e r e s Volkes, die im östlichen deutschen Teilstaat darunter zu leiden haben.

Es kann und darf keinem Deutschen verübelt werden, wenn er sich in ernster Sorge um sein Volk zu einer kritischen Betrachtung veranlaßt sieht. Daß trotz der immer sichtbarer werdenden Ausweglosigkeit unserer Deutschland-Politik die parlamentarische Opposition, die SPD und zeitweise auch FDP, seit Jahren darauf verzichtet hat, die konstruktiven, weitblickenden Ideen der besten Köpfe in ihren Reihen zur Geltung zu bringen und der Regierung ein aktionsfähiges, vom Interesse des Volkes, von den großen weltwirtschaftlichen Perspektiven und von den weltpolitischen Notwendigkeiten eingegebenes Programm entgegenzustellen, bleibt ein bedauerliches Versagen dieser Parteien, die allzu große Energien für ihr Parteiinteresse, an den Regierungstisch zu kommen, aufwandten und diesem Zweck ihre Programmgestaltung unterordneten.

Es g i b t ein tragfähiges Programm: Es kann aber nur von der Voraussetzung ausgehen, daß man mit Haßkomplexen und Waffen — zumal mit den Mitteln der Massen- und Selbst-Vernichtung von heute — keine erfolgversprechende Außenpolitik machen kann. Das sagt uns wiederum unsere kläglich zerbrochene militaristische Politik dieses Jahrhunderts. Hier muß die politische Vergangenheit vorbehaltlos aufgegeben werden, wie es in den ersten Jahren nach 1945 von allen maßgebenden Stellen eingesehen und verkündet wurde. Wie ganz anders sähe Deutschland heute aus, wenn die politisch Verantwortlichen 1914 und 1939 den Mahnungen gegen den Geist der Gewalt gefolgt wären! Ist das nicht allein schon ein durchschlagender Beweis für die Notwendigkeit einer besseren Zielsetzung in unserer Außenpolitik?

Angst- und Haß-Motive und eine zersetzende Propaganda, die die „Seele" des Antikommunismus, wie umgekehrt die „Seele" des Antikapitalismus bilden und den Gegner mit Waffendrohung einzuschüchtern suchen, können keinerlei konstruktiven Gedanken für eine sinnvolle, realistische Außenpolitik abgeben. Vor allem nicht in einer Welt, die wirtschaftlich, technisch und verkehrsmäßig einer planetarischen Einheit zustrebt und nach neuen Maßstäben ihrer Gestaltung sucht: nämlich nach den weltumspannenden geistigen, human-ethischen und somit praktisch-religiösen Werten im bestverstandenen Sinn des großen schöpferischen Menschheitsgedankens.

Wir brauchen diese höchsten geistigen Werte und eine „ernst zu nehmende echte Humanitätsgesinnung" (Albert Schweitzer im September 1951 in der Paulskirche), um unser Volk und die Menschheit vor den dämonischen Gefahren einer fortschreitenden geistigen Zersetzung mit der Folge einer radikalen Zerstörung jeglicher Ordnung und selbst vor der Gefahr der Vernichtung alles Lebens zu bewahren.

Es ist die vordringliche politische Aufgabe, dieser Welteinheit unter Anerkennung des Daseins und des Lebensrechts a l l e r Völker eine wirkliche Ordnung aus dem Geist des höheren Rechts in Ehrfurcht vor dem Plan der Schöpfung zu geben. Ziele zu verfolgen — aus wirtschaftlichen, ideologischen oder sonstwelchen Machtansprüchen —, die eine radikale Vernichtung im weitesten Ausmaß zur Folge haben können, wäre die höchste Potenz politischer und menschlicher Unvernunft. Es wäre Unvernunft, die Atomkraft weiterhin zum Schaden der Menschheit zu mißbrauchen, anstatt sie zu ihrem Nutzen zu werten. Es wäre Unvernunft, in Weltraum-Flügen das All zu erforschen, aber den Erdplaneten, die Heimat der Menschheit, in immer schlimmere Daseinsnöte zu stürzen.

Unser so ganz neuartiges Zeitalter der Atomkraft und der Weltraumforschung verlangt neue Startpunkte, die die außenpolitische Gedankenwelt der Vergangenheit außer Kraft setzen. Nur von dieser Warte aus, von der Erfassung der weltweiten poli-

tischen Notwendigkeiten und von der Erkenntnis der politischen Unzulänglichkeit einer Vergangenheit, die keine Aufbaugedanken für die Welt von heute zu liefern vermag, läßt sich eine Wende in der geistigen Erstarrung und eine politische Neugestaltung vollziehen. Es ist wirklich so: Die alten, restaurativen Konzeptionen verbauen den einzig möglichen, sinnvollen Weg in die Zukunft. Bei dem offensichtlichen Niedergang Europas und seiner einstigen Weltgeltung und seiner innerlich absterbenden christlich-abendländischen Kultur müßte der aufreibende Streit der politischen Systeme und der Weltanschauungen im Ost-West-Konflikt mit dem Geständnis der eigenen Fehler — in beiden Lagern — und mit der Anerkennung des Lebensrechts auch der anderen Völker gerechter, ehrlicher und sachlicher beurteilt werden. Dann wäre um der Völker willen, die am meisten unter den Interessengegensätzen der Großen und Mächtigen zu leiden haben, der Weg freigemacht zum Verstehen und zum ernstgemeinten Verhandeln mit dem Osten. Es gibt keinen anderen Weg. Der politisch-zersetzende Freund-Feind-Standpunkt — das Kernstück der Außenpolitik im Dritten Reich — muß als destruktiv und unverantwortlich ausgeschaltet werden. In unserem Zeitalter der atomaren und bakteriologisch-chemischen Gefahren und schließlich einer weltweiten Bedrohung kann er unter keinen Umständen noch gerechtfertigt werden.

In dieser Beleuchtung der realen Tatsachen werden die Gründe für die außenpolitische „Verlegenheit" und „Ratlosigkeit" erkennbar, die „Le Monde" am 23. Februar als die politische „Sackgasse" in Europa kennzeichnet. Es gibt nur einen Ausweg: Verhandeln. Nachdem man im März 1952 — außer anderen Gelegenheiten — „die Sternstunde für Deutschland hat verstreichen lassen" (Paul Sethe), ist es jetzt an der Zeit, die neu gebotene Möglichkeit im Sowjet-Memorandum vom Dezember v. J. ernstzunehmen, zumal auch das russische Volk in begründeter Angst vor dem Westen lebt. Es ist jetzt die Stunde, im Blick auf die klügere Außenpolitik Österreichs, das mit seinem Staatsvertrag nicht schlecht gefahren ist, das seinen Frieden hat, und fern von allen Voreingenommenheiten den ernsthaften Versuch zu machen, durch politisch aufgeschlossene Persönlichkeiten auch mit dem Osten in ein erträgliches Verhältnis zu kommen. Es muß um des Friedens willen geschehen; es muß aber ebenso auch um unseres Volkes und seiner Einheit willen geschehen.

Dr. Dr. Georg Groeninger

Führende österreichische Wissenschaftler warnen vor Luftschutz-Legende

Durch ein Gespräch im Österreichischen Fernsehen über „Atomgefahr und Schutzmöglichkeiten" rückte vor kurzem die Persönlichkeit des 74jährigen Universitätsprofessors Dr. Hans Thirring, Bundesrat (der Sozialistischen Partei Österreichs) und em. Vorstand des Instituts für theoretische Physik, Wien, in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses. Thirring ist einer der maßgebenden Gelehrten in seinem Fach und ein Wissenschaftler von unbestechlichem Sinn für Wahrheit und Genauigkeit.

Prof. Thirring nahm eindeutig gegen die Legende von der Wirksamkeit eines zivilen Bevölkerungsschutzes im Falle eines dritten Weltkriegs und für die Verhütung von kriegerischen Konflikten Stellung. Damit fand er die Zustimmung anderer bedeutender Wissenschaftler an österreichischen Universitäten und wissenschaftlichen Instituten. Zu den Unterzeichnern einer von ihm bei einer Pressekonferenz in Wien am 7. Februar verlesenen Erklärung gehören unter anderem auch der Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Direktor des Atominstituts der österreichischen Hochschulen; auch der deutsche Nobelpreisträger Prof. Dr. Max Born hat sich den Unterzeichnern angeschlossen. Die wichtigsten Stellen dieser Erklärung haben folgenden Wortlaut:

„Die Vernichtungskapazität der beiden großen Gegner ist daher heute groß genug, daß beide Partner und ihre Verbündeten binnen 24 Stunden mit einem Bombenhagel überschüttet würden, dessen Zerstörungswirkung mehrere tausendmal größer wäre als die aller Bombenangriffe des Zweiten Weltkrieges zusammengenommen. Dabei würde aus rein geographischen Gründen jeder der beiden großen Gegner die Zivilbevölkerung des anderen früher ausrotten und sein Verkehrssystem und die Produktionskapazität früher vernichten, bevor er ihn wehrlos gemacht hat. Er würde daher dem vernichtenden Gegenschlag nicht entgehen.

Das Ergebnis eines atomaren Weltkrieges

wäre aber nicht allein die Vernichtung der kriegführenden Nationen selbst, sondern auch ein tödlicher Schlag für die Neutralen. Denn Länder wie die Schweiz und Österreich könnten, auch wenn keine einzige Bombe auf ihr Gebiet fiele, nicht als Oasen inmitten einer völlig zerstörten Wüste weiterleben. Dies um so mehr, als nach Monaten weite Gebiete der nördlichen Halbkugel mit einem radioaktiven Niederschlag bedeckt würden, der viele tausendmal stärker wäre als heute nach den Bombenversuchen. Er würde praktisch alle Anbauflächen weit über das zulässige Ausmaß hinaus radioaktiv verseuchen und daher alle Agrarprodukte zum Genuß unbrauchbar machen. Der Unterschied zwischen dem Schicksal der Kriegführenden und der Neutralen würde nur darin bestehen, daß die ersteren rasch getötet würden, die letzteren aber erst nach monatelangem Siechtum zugrundegingen.

Gegen die Folgen eines totalen Krieges nützen weder Luftschutzkeller, noch Lebensmittelhamsterei, noch irgendeine Art des Zivilschutzes. Man kann sich kaum vorstellen, wie bei einer weltweiten radioaktiven Luftverseuchung örtliche Maßnahmen eines Zivilschutzes wirkungsvoll durchgeführt werden könnten, da es ja nicht möglich ist, daß die gesamte Bevölkerung sich für lange Zeit in unterirdischen Räumen aufhält oder ständig mit Gasmasken und Schutzanzügen herumgeht. Auch gegen die Verseuchung der Feldfrüchte und der Gewässer kann bei einer weltweiten Verbreitung der Radioaktivität ein Zivilschutz praktisch derzeit nichts unternehmen. Das einzig wirksame Mittel ist Verhütung des Krieges überhaupt. Wer sich und seinen Kindern eine Zukunft sichern will, kann nur eines tun: Mitzuhelfen, die gemäßigten Staatsmänner und Politiker, die es zu beiden Seiten des Eisernen Vorhanges gibt, in ihrem Bestreben nach Erhaltung des Friedens zu unterstützen. Den Extremisten beider Seiten müßte man die unerbittliche Wahrheit beizubringen versuchen, daß sie mit ihrem Fanatismus einem nationalen Selbstmord entgegentreiben, dessen Grauen sich die meisten Menschen gar nicht vorstellen können."

Diese Erklärung wurde im einzelnen von folgenden Wissenschaftlern unterzeichnet: Univ.-Prof. Dr. Richard Meister, Präsident der Akademie der Wissenschaften — Univ.-Prof. Dr. Ferdinand Steinhauser, Direktor der Zentralanstalt f. Meteorologie — Univ.-Prof. Dr. Ferdinand Cap, Vorstand des Instituts für theoretische Physik, Innsbruck — Prof. Dr. Berta Karlik, Direktor des Instituts für Radiumforschung der Akademie der Wissenschaften — Univ.-Prof. Dr. Karl Przibram, früh. Vorstand des zweiten physikalischen Instituts, Wien — Prof. Dr. Fritz Regler, Direktor des Atominstituts der österreichischen Hochschulen — Univ.-Prof. Dr. Rudolf Steinmaurer, Vorstand des physikalischen Instituts, Innsbruck — Univ.-Prof. Dr. Paul Urban, Vorstand des Instituts für theoretische Physik, Graz — Univ.-Prof. Dr. Julius Wagner, Vorstand des physikalischen Instituts, Graz — Univ.-Prof. Dr. Walter Thirring, Vorstand des Instituts für theoretische Physik, Wien — Univ.-Prof. Dr. Hans Thirring, Bundesrat, em. Vorstand des Instituts für theoretische Physik, Wien — Prof. Dr. Max Born, früher Universität Göttingen, Nobelpreisträger für Physik. —nn

Zum Thema „Freiheit und Bindung"

Die folgende Zuschrift nimmt Bezug auf den Aufsatz „Die schwierige Mitte" von Peter Hartmut Wittke in Heft 12/61 der „Blätter". D. Red.

... Kommen wir gleich zur Sache: „— für das Verhältnis von Freiheit und Bindung gilt, daß eine wirkliche und größtmögliche Freiheit im Leben nur in der innigsten Bindung und Verbindung besteht." Dieser Satz ist goldrichtig und von historischer Relevanz. Ebenso die Bezugnahme auf Mann und Frau als Beispiel. Dieses Beispiel kann vieles klären. Es gibt keine größeren „Gegensätze" als Mann und Frau. Und doch sind sie aufs engste aneinander gebunden. Also ein polarer, aber kein kontradiktorischer Gegensatz. So ist es auch mit der Freiheit der Person und der Bindung an die menschliche Gemeinschaft.

In seiner „Weltgeschichte" weist Hans Delbrück bei der Betrachtung der Französischen Revolution darauf hin, daß es die immer neue Aufgabe der Staatsführung sei, beides miteinander in Einklang zu bringen. Die Sache hat sich nun so entwickelt, daß die Idee der Freiheit sich gegen die Machtansprüche des Ursprungslandes der Freiheit, gegen Frankreich, empört und daß

trotz allem die Freiheit in Europa sich so entwickelte, daß das 19. Jahrhundert als das unserer höchst möglichen Freiheit angesprochen werden kann. Sie ereignete sich aber auf dem gegebenen Hintergrund selbstverständlicher zahlreicher Bindungen. Aber durch die Utrierung der Freiheit im 20. Jahrhundert gingen alle Bindungen vor die Hunde — und schließlich die Freiheit selbst. Sie ist heute nur noch zum Schlachtruf der Reaktion entwürdigt.

Nun schlägt das Pendel nach der anderen Seite hin aus — man nennt so etwas „dialektischer Materialismus". Das heißt, hinter dem, was sich uns so lieblich gramig als ††† Kommunismus quält, arbeitet in Wahrheit die seit langem zu kurz gekommene Idee der „Gemeinschaft". Wittke nennt es gut und richtig Bindung und Verbindung. Ums Jahr 1910 lernten wir noch, es sei z. B. bei Karl Marx zu unterscheiden zwischen Oberfläche und Unterfläche. Ja, Herman Cohen, der Begründer des neukantischen Idealismus in Marburg, nennt in seiner Ethik Marx einen „Abgesandten des Gottes der Geschichte" (1906). Aber damals konnte man eben Geheimrat sein und doch seiner Meinung freien Lauf lassen. Damals durfte man noch denken, ja, man konnte es sogar noch!

Was für ein Schwindel, die herrliche Idee der Freiheit mit den kommunistischen Praktiken zu konfrontieren, statt der Freiheit schlimmstes Kind, den Kapitalismus, ins Spiel zu bringen! „Frei" sein wollen sie doch alle, sogar die katholische Kirche samt ihrem Index, aber sie meinen natürlich alle die Freiheit für sich — auch der Kommunismus. Die heutige Sorte von Freiheit ist aber immer nur möglich auf Kosten anderer. Das ist das 20. Jahrhundert in Reinkultur. Auflösung und Bindungen fürchterlichster, atomarer Art.

Die Aufgabe, die Idee (Leitbild), das Ideal (Leitstern) des 21. Jahrhunderts kann nur sein, Freiheit und Gemeinschaft miteinander in Einklang zu bringen. Dabei ist auszugehen von der Gemeinschaft. Luther schrieb in seiner Situation über „die F r e i h e i t eines Christenmenschen" von der unbedingten B i n d u n g an Gott im Glauben und von der ebenso unbedingten Bindung an den Nächsten in der Liebe. Und in der modernen Theologie (leider noch nicht so in der heutigen Predigt!) hat es sich längst herumgesprochen, daß von der Gemeinschaft (genannt Kirche) auszugehen ist und nicht, wie im Zeitalter des Liberalismus, von dem Verhältnis der Einzelseele zu Gott.

Daraus folgt aber mit zwingender Notwendigkeit für die deutsche Praxis — die Berliner Mauer stößt uns geradezu darauf —, daß in diesem ohnmächtigen, zerrissenen, klerikalisierten, amerikanisierten, russifizierten Deutschland sich dennoch die weltgeschichtliche Entscheidung anbahnt. Einmal hat sich Deutschland schon entschieden, aber falsch. Richtig entscheiden können wir uns nur durch Besinnung auf die starken Wurzeln unserer deutschen Kraft in Geschichte, Philosophie (Denken!), Religion (d. h. Buße). Praktisch anfangen können wir aber schon, indem wir politisch unsere Beziehung zum „Osten" normalisieren. Denn jeder Tag, den wir versäumen, mit diesen „komischen Leuten" zu reden und zu verhandeln, wobei wir dann wahrscheinlich feststellen werden, daß sie gar nicht so komisch sind, wie sie hinter dem Visier aussehen — jeder Tag treibt uns weiter kriegwärts und erhöht eines jeden Chance, nicht davon-, sondern umzukommen.

Die Parole kann nur sein: Zusammenarbeit aller Völker und Menschen zur Sicherung der menschlichen Existenz. Stabilisierung des Völkerrechts wie einen rocher de bronce . . .

Wenn man, wie ich, zum 3. Mal das Verderben auf sich zukommen sieht, nicht so sehr durch die Berliner Mauer als vielmehr durch das Bonner Brett vorm Kopfe, ohne daß man etwas dagegen machen kann, außer Beten und einen klaren Kopf behalten, so freut es einen doch, wenn man hier und da noch die leise Stimme der Vernunft zu hören bekommt . . .

Hans Bornschein, Pastor i. R.

Bemerkungen

Oreste Rosenfeld wurde 1891 in Astrachan (Rußland) geboren. Bis 1915 als Rechtsanwalt in Moskau tätig, gehörte er der Sozialdemokratischen Partei (Menschewiki) an und wurde mehrmals verhaftet. Nach Kriegsende trat er der Sozialistischen Partei Frankreichs (SFIO) bei. Seit 1927 außenpolitischer Spezialist des Zentralorgans Le Populaire, wurde er 1932 dessen Chefredakteur. Seit dieser Zeit war er enger Mitarbeiter Léon Blums. Nach 1945 kam er in den Parteivorstand. 1956 reiste er mit einer SFIO-Delegation in die UdSSR und hatte Gespräche mit Chrustschow und führenden sowjetischen Staatsmännern. Er kämpfte gegen die deutsche Aufrüstung und gegen den Algerienkrieg. Mit der Minderheit wurde er 1958 aus der SFIO ausgeschlossen. Er war einer der Mitbegründer der Vereinigten Sozialistischen Partei (PSU), deren außenpolitischen Ausschuß er leitet.

Prof. Dr. Dr. Walther Maas, 1901 in Bromberg geboren, ist seit 1954 Professor der Geographie an der Kanthochschule Braunschweig. Von 1932—33 war er Dozent am Woodbrooke College der Universität Birmingham und von 1933—35 Assistent an der Sorbonne. Von seinen zahlreichen, auch im Ausland erschienenen Veröffentlichungen nennen wir die neuesten: Probleme der Sozialgeographie, Berlin 1961; Mensch und Erde, die Noosphäre, Braunschweig 1962.

In einigen Wochen erscheint, als Sonderdruck, die auf S. 182 angekündigte

DOKUMENTATION ZUR GESCHICHTE DER WIEDERAUFRÜSTUNG DER BUNDESREPUBLIK.

Bestellungen bitten wir schon jetzt vorzunehmen; vgl. die dem Heft beiliegende neue Bestellkarte.

Es schrieben bisher u. a.:

Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof.Dr. Geoffrey Barraclough
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
General a. D. Dr. Franz Beyer
Lucie Beyer, MdB
Dr. Wilhelm R. Beyer
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O.,
M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D.
Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Dr. Gerhard Caemmerer †
Dr. Gustavo Davidson
San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident
Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Wolf Donner
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D.
Dr. Fritz Eberhard
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann
Dr. Hans Magnus
Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D.
Dr. Gustav Feick
RA Erwin Fischer
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Friedrich Wilhelm
Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel
(Frankfurt)
Hans-Moritz v. Frankenberg
und Proschlitz
Min.-Dir. i.R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Dr. Werner Gerth
Albrecht Goes
Prof. Gerhard Gollwitzer
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Walter Hagemann
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Esther Sophia Hayiron
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D.
Dr. Arno Hennig
Dr. Elsa Hennings
Dr. Hans Henrich
Botschafter a. D. Dr. Werner
Otto von Hentig
Dr. Walther Herbst
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hill
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Dr. Viktor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Alexander Karev
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Wilhelm von Kleist
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Kogon
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Albert J. Luthuli
Dr. Bodo Manstein
Wladimir Massitsch
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h.,
Dr. phil. h. c. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Botschafter a. D. Prof. Dr.
Ernst Wilhelm Meyer, MdB
Herbert Mochalski
Dr. Girya K. Mookerjee
Prof. Dr. Wilhelm Müller
Hans Nätscher
Peter Nellen, MdB
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Niekiewicz
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László
Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Earl Bertrand Russell,
O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Adolf Schmidt
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Rolf von Schoen
Oberbürgermeister i. R.
Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr.
Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk
Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr. Hans-Joachim Tepe
Reinhard Tietz
P. A. Timberlake
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Hellmut Traub
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer
Rudolf Weckerling
Philipp Wehr, MdB †
Johannes Weidenheim
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari